Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Alle: Halbgasse 12, 1070 Wien. - Erscheint im Verlag Alois Wieser Gesellschaft m.b.H. Druck Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Verlagspostamt 1070. - Inland: Jahresabonnement 150,-, Halbjahresabonnement 75,-. Zu beziehen über: KB Österreichs, Zentraler Vertrieb Halbgasse 12, 1070 Wien, Tel.: 0222/93 83 37. Redaktion: Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Tel.: 0222/57 37 23, Journaldienst: Mo-Fr von 18-19.30

P.b.b. Erscheint vierzehntägig am Donnerstag Preis 5,-

Nr. 14/2. Jahrgang 7. Juli 1977

Durchführung des Volksgruppengesetzes – Die Verordnungen werden nicht hingenommen!

Seit 1. Juli sind die Durchführungsverordnungen zum Volksgruppengesetz in Kraft (Amtssprachen- und Ortstafelregelung).

Noch vor diesem Datum verurteilten die beiden zentralen Slowenenorganisationen in einem Brief an den Bundeskanzler die Verordnungen erneut mit Entschiedenheit. Sie sind „zutiefst enttäuscht und ernstlich entrüstet". Weiters stellen sie fest: „...nicht nur alle unsere ..vorgetragenen begründeten Bedenken (sind) unberücksichtigt geblieben, sondern auch sämtliche unsere Befürchtungen (sind) tatsächlich eingetreten." Im Wesen sei diese Regelung „eine vom Gesetz geförderte Diskriminierung."

Dieser Widerstand ist gerecht und verdient volle Unterstützung.

Mit riesigem Propagandaufwand verfolgten die bürgerlichen Massenmedien den „Staatsakt" der Aufstellung der ersten österreichischen zweisprachigen Aufschrift in Zell Pfarre/Zele Fara. Die Bevölkerung selbst zeigte kein Interesse für die Aufstellung. Das Kind, das die bürgerlichen Parteien nach so schwerer Geburt doch auf die Welt brachten und der Rummel drum herum, sollte darüber hinwegtäuschen, daß die Verordnungen nur eine Fortsetzung der jahrzehntelangen Entrechtung der Minderheiten ist.

Die Entrechtung geben sogar die bürgerlichen Parteien zu, wenn sie in der Sondernummer der „Kärntner Landeszeitung" (30.6.1977, im weiteren: KL) schreiben, daß keine „Neustrukturierung der Verwaltung oder deren personelle Umorganisierung notwendig wird", und sie darauf hinweisen, daß die slowenische Amtssprache für Kärnten nichts Neues sei, da schon unter dem Landeshauptmann Dr. Arthur Lemisch in den zwanziger Jahren die Bezirkshauptmannschaften angewiesen wurden, „slowenische Eingaben in gleicher Weise zu behandeln wie deutsche Eingaben". Damit stellen sie sich richtigerweise in die finstere Tradition der Nationalitätenpolitik der 1. Republik, in der in Wirklichkeit die letzten Überreste der slowenischen Amtssprache und die slowenischen Aufschriften beseitigt wurden, in der Slowenen physisch bedroht und politisch verfolgt wurden.



Am 26. Juni verabschiedeten in Ferlach/Borovlje 700 Teilnehmer einer slowenischen Gesangsveranstaltung einen Protestbrief gegen die geplante Auflassung der zweisprachigen Schule in Windisch Bleiberg/ Slovenji Plajberk und forderten die Behörden auf, diesen Plan sofort fallenzulassen. Der Sekretär des Zentralverbandes slowenischer Organisationen lehnte in seiner Rede die neuen Verordnungen und das Volksgruppengesetz scharf ab und versicherte, daß die Kärntner Slowenen genügend Kraft, Willen und Elan für den weiteren Kampf um ihre Rechte haben.

Den Zweck der Ablenkung und gleichzeitig der Einschüchterung verfolgt auch die gemeinsame Erklärung der drei Kärntner Landtagsparteien, die neben anderen „Informationen" in der oben erwähnten „Kärntner Landeszeitung", die an alle Haushalte verschickt wurde, abgedruckt ist. Die Erklärung hebt hervor, daß die Beziehungen der Menschen verschiedener Volksgruppen nun in eine entscheidende Phase träten. Die Zeit der großen Versöhnung sei angebrochen, und davon, ob diese verwirklicht werde, hänge die Aufwärtsentwicklung Kärntens ab. Und deswegen seien die drei Parteien, die die Mehrheit der Bevölkerung repräsentieren, bereit, allen „gesetzeswidrigen Friedensstörern mit der gesamten staatlichen Autorität und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten." (KL, S.1)

Der Chefredakteur der Kärntner Tages-

Fortsetzung auf Seite 3

Aus dem Inhalt

Allseitiger Kampf gegen das Atomprogramm – Zentrale Demonstration zum Parlament am 26. Oktober!

Letztes Wochenende hat in Droß bei Krems die Delegiertenkonferenz der IÖAG stattgefunden und die nächsten Schritte der Anti-AKW-Bewegung festgelegt. Über diese Konferenz berichten wir auf Seite 4, wo auch der von etwa 35 Delegierten aus ganz Österreich gefaßte Beschluß zur Demonstration zum Parlament abgedruckt ist.

3000 Menschen demonstrierten in Allentsteig gegen die Atommüllagerung

Für Samstag, den 25. Juni, hatte der Arbeitskreis gegen Atommüll Waldviertel zu einer Traktorauffahrt und Kundgebung in Allentsteig aufgerufen. 500 Bauern wollten vorerst mit ihrem Traktor kommen. Um nicht die Zufahrtsstraßen nach Allentsteig zu blockieren, ließen dann viele ihren Traktor jedoch zu Hause. Dennoch fuhren 150 Traktoren voll besetzt nach Allentsteig. Die anderen kamen mit Autos, Bussen usw. aus Zwettl, Waidhofen an der Thaya, aus dutzenden Ortschaften des Waldviertels.

Aus Wien war eine Gruppe von Physikern, unter ihnen viele Studenten, Assistenten und Wissenschaftler des II. Physikalischen Institutes der Universität Wien, angereist gekommen. In weißen Mänteln marschierten sie unter der Losung: „Physiker gegen Atomkraftwerke" in Allentsteig ein. Dort erwarteten am Hauptplatz ca. 500 bis 600 Leute die von beiden Seiten einmarschierenden Züge. Die Allentsteiger hatten Transparente mit wie:

„Kreisky muß sich beugen, wenn nein, dann werdens wir ihm schon zeigen"

„In Allentsteig darf kein Atommüll sein, sonst schlagen wir alles kurz und klein."

In vielen Tafeln und Transparenten wurde gegen die Atommüllagerung im Waldviertel und gegen den Bau und die Inbetriebnahme von Zwentendorf protestiert. Einige Bauern trugen das Transparent: „Atomkraftwerke erst, wenn der Mensch sie beherrscht". Sie gehen damit die Frage der Atomenergie von der richtigen Seite an: Sind es doch die Kapitalisten, die nach dem Prinzip „Nach mir die Sintflut" Produktivkräfte einsetzen wollen, die sie nicht beherrschen und folgt daraus doch keineswegs, daß die arbeitenden Menschen diese wie andere Produktivkräfte nicht zu beherrschen lernen werden, wenn sie erst einmal die Kapitalistenklasse gestürzt haben. Aus ganz Österreich waren Vertreter der verschiedenen in der IÖAG organisierten Gruppen erschienen oder hatten Grußbotschaften geschickt. Besonder zahlreich war der Linzer Arbeitskreis vertreten. Die Losung, die er mittrug war: „Nieder mit dem Parlamentsbetrug! Das Volk will kein Atomkraftwerk, dem muß sich die Regierung beugen!"



In den ersten Reden, von den Bürgermeistern von Allentsteig und Zwettl sowie von verschiedenen Aktivisten der Anti-Atommüll- und Anti-AKW-Bewegung im Waldviertel gehalten, wurde auf die verschiedenen Auswirkungen hingewiesen, die so ein Atommüllplatz für die wirtschaftliche Existenzgrundlage der Waldviertler hat: Verringerung des Fremdenverkehrs (schon jetzt schreiben Gäste ab), verschärfter Druck der Aufkäufer landwirtschaftlicher Produkte (sie drohen jetzt schon, keine Produkte abzukaufen). Die Folgen davon, wie der Allentsteiger Bürgermeister meinte: verstärkte Abwanderung.

Der Obmann der Bauernkammer Allentsteig zog Parallelen mit der gewaltsamen Enteignung von Ackerland durch die Hitlerfaschisten im 38er-Jahr – sie wurden in den Truppenübungsplatz umgewandelt – und erinnerte an den Widerstand, den es schon damals gegeben hat

Der Bürgermeister von Zwettl entlarvte die Bundesregierung, indem er darauf hinwies, daß Kreisky noch vor einem Jahr erklärte, daß nicht daran gedacht sei, in Allentsteig Atommüll zu lagern, und jetzt

Fortsetzung auf Seite 4

15.000 S für die politischen Gefangenen im besetzten Palästina!

„Um die Solidarität mit dem Kampf der politischen Gefangenen in Palästina zu verstärken, hat das Nah-Ost-Komitee Wien beschlossen, 15.000,- S aufzubringen, und an den palästinensischen roten Halbmond (das dortige Rote Kreuz, die Red.) zu überweisen." (Aus dem Spendenaufruf des Nah-Ost-Komitees).

Während der Spendensammlung, die auch der KB Österreichs unterstützt, hat sich gezeigt, daß immer mehr Menschen die Verbrechen von Imperialismus und Zionismus gegen das palästinensische Volk verurteilen. In mehreren Straßendiskussionen – vor allem in Favoriten – zeigten die Werktätigen großes Interesse an den Zielen der palästinensischen Revolution. Ein Arbeiter sagte z.B.: „Ich finde es richtig, daß die Palästinenser kämpfen, um leben zu können." Ein Lehrling warf drei Schilling in die Spendenkasse, mit der Bemerkung: „Mehr habe ich jetzt nicht, aber ich glaube, jeder Schilling ist wichtig." In einer ÖGJ-Gruppe wurde ein Diskussionsabend über den Kampf des palästinensischen Volkes geplant.

Diese wachsende Bereitschaft, den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes zu unterstützen und auch der wachsende Wunsch der Massen nach einem gerechten Frieden im Nahen Osten ohne Einmischung der Supermächte und der anderen Imperialisten, zeigt sich auch im bisherigen Spendenergebnis: Mit 12.700,- Schilling wurde das Ziel schon fast erreicht.

SPENDENKONTO: 601 289 903 bei Zentralsparkasse der Gemeinde Wien
KENNWORT: Spende für die politischen Gefangenen in Palästina

Als bisherigen Höhepunkt der Spendensammlung führte das Nah-Ost-Komitee am 28.6. in Wien eine Solidaritätsveranstaltung durch. Sie wurde von 170 Menschen besucht. Am Beginn wurde eine Grußbotschaft des Vertreters der PLO bei den internationalen Organisationen in Wien, Ghazi Hussein, verlesen, in der er die Bedeutung des Kampfes der politischen Gefangenen für den palästinensischen Befreiungskampf unterstrich und die Spendensammlung begrüßte. Der palästinensische Maler Ismael Shamout zeigte Kinderzeichnungen, die in eindrucksvoller Weise den Kampf der palästinensischen Massen wiederspiegelten. Zwei Filme, die von der PLO hergestellt wurden, vermittelten einen guten Eindruck der zionistischen Verbrechen am palästinensischen Volk und seinem revolutionären Kampf.

In zwei Referaten wurde vom Kampf der politischen Gefangenen und den wachsenden Kämpfen des palästinensischen Volkes berichtet und u.a. festgestellt: „wir sind davon überzeugt, daß der Kolonialstaat Israel dem befreiten Palästina weichen wird, wo Juden, Christen und Moslems friedlich miteinander leben werden" und weiter: „Jeder Schilling, den wir sammeln, ist ein Beitrag zur Unterstützung des palästinensischen Volkes, jeder Schilling, den wir sammeln, stärkt die Solidaritätsbewegung mit dem Kampf des palästinensischen Volkes gegen Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion." Die erfolgreiche Veranstaltung wurde mit einem Solidaritätstelegramm an die PLO beendet. Es konnten 4.974,- S gesammelt werden.

Die bisherigen Erfolge sollten bis zum Ende der Spendensammlung, am 15.7., allen Antizionisten ein Ansporn sein, mit weiteren Spenden das Ziel von 15.000,- S zu übertreffen.

ES LEBE DER KAMPF DES PALÄSTINENSISCHEN VOLKES!

Kriegsgeschrei macht die arabischen Völker nicht kapitulationsbereit

Das Erstarken des Kampfs der arabischen Völker, voran das palästinensische, hat die Position der Imperialisten im Nahen Osten merklich geschwächt. Bei den Supermächten, die diesen Raum für ihre Weltherrschaft brauchen, hat das zu verzweifelten Anstrengungen geführt, den Boden ihrer Einflußnahme abzusichern: den Zustand von weder Krieg noch Frieden, die Existenz des räuberischen Kolonialstaates Israel. Dieser ist heute so schwach und angeschlagen wie noch nie und die Supermächte müssen heute um eine „Lösung" ringen, die der arabischen Revolution einen Rückschlag versetzen und dem Zionistenstaat das Überleben sichern soll. Die Likudregierung selbst geht mit zähem Siedlergeist an die Straffung der eigenen Reihen: Streikverbote im öffentlichen Dienst, Zwangsüberführungen von Beschäftigten des unproduktiven Sektors in die industrielle, vor allem Rüstungsproduktion. Inflationsbekämpfung mit „kontrollierter" Arbeitslosigkeit von 100.000.

Schon jetzt zeichnen sich größere Risse in der Siedlergesellschaft ab. Begin soll die notwendigen Grundlagen für den Fall eines Krieges schaffen. Auch nach „außen" hat die Schwäche diese Regierung zu wildem Herumschlagen getrieben. Die 1967 besetzten Gebiete werden weiter und stärker besiedelt. Armeeführer fordern einen „Blitzkrieg" tief in die arabischen Länder hinein. Saudiarabiens Ölfelder wollen sie in Flammen sehen. In ihrer Tollwut hat die Regierung über Verhandlungen festgelegt, sie „werde alle Nachbarstaaten zu direkten Friedensverhandlungen einladen, bei der jedes nur denkbare Thema zur Diskussion stehen müsse, ohne Vorbedingungen (!) von irgendeiner Seite." (Neue Zürcher Zeitung, 21.6.)

Das heurige Jahr haben die Supermächte zum „Jahr der Nahost-Lösung" erklärt. Es ist schon über die Hälfte und sie haben nichts durchgebracht. Sie können bei weitem nicht so, wie sie wollen. Jetzt schöpfen sie neue Hoffnung. Mit der Begin-Regierung glauben sie, den passenden Jagdhund zu haben. Die russischen Sozialimperialisten haben schon begonnen mit Verweis auf die neue Regierung in Israel das Lied vom „natürlichen Verbündeten" der arabischen Völker lauthals anzustimmen. Sie wittern günstigere Bedingungen.

Die amerikanische Supermacht hat den Siedlerstaat fest an der Leine. Er ist in jeder Beziehung von ihnen abhängig. Carter hat gleich eine neue 115-Millionen-Dollar-Waffenlieferung freigegeben.

In einer Erklärung des Weißen Hauses vom 27.6. heißt es, daß „Israel und seine arabischen Nachbarn schwierige Kompromisse werden machen müssen für den Frieden". Über deren Schwierigkeitsgrad gibt der von US-Sicherheitsberater Brzenzinski geäußerte Plan Aufschluß: Jordanien soll in zwei Provinzen geteilt werden, wovon das Westjordanland die „Heimstätte" der Palästinenser werden soll. Im Rahmen des jordanischen Staates soll die „Heimstätte" innere Autonomie haben. Sie soll entmilitarisiert sein mit Ausnahme jordanischer Polizei und israelischen Patrouillen, die über die Entmilitarisierung wachen sollen. In mehreren Etappen soll Sinai und die Golan-Höhen von den Zionisten geräumt werden, ohne daß Ägypten und Syrien die volle Souveränität wiedererlangen. UN-Truppen sollen auf Golan bleiben und Ägypten soll eine gewisse Linie auf Sinai nicht überschreiten dürfen.

Mit Frieden hat das nichts zu tun, das war auch nicht die Absicht. Darüberhinaus ist der Plan größenwahnsinnig. die „Heimstätte" der Palästinenser ist bestenfalls ein größeres, geräumigeres Gefängnis. Dafür hat das Volk nicht den bewaffneten Kampf geführt. Auf ewig sollen Ägypten und Syrien die Souveränität von Teilen des Landes genommen werden und Basis ihrer Bedrohung bleiben. Dafür sollen sie an der Abwürgung des palästinensischen Freiheitskampfes mitwirken. Die Zionisten sollen Statthalter bleiben und Jordanien Hilfspolizist spielen. Noch bevor die USA offiziell mit diesem Plan heraus ist, ist er zum Scheitern verurteilt.

Die Pläne der Supermächte zeigen viele Gemeinsamkeiten. Das ermuntert sie gegenseitig weitere Vorstöße zu unternehmen, um den Konkurrenten möglichst wenig von der Beute zu lassen. So basiert der Brzenzinski-Plan auf dem von Breschnew vorgelegten Plan der Sozialimperialisten. (vgl. Klassenkampf 11/77). Der russische Botschafter in Jordanien hat diesen Anfang Juni konkretisiert. Neu dabei ist die noch stärkere Betonung von „starken Verteidigungslinien" für Israel und – ein Hohn – die Forderung nach Teilnahme der PLO an den Genfer Verhandlungen. Die Sozialimperialisten haben inzwischen weiter in Richtung Infiltration gearbeitet. So haben sie den ägyptischen Außenminister Anfang Juni nach Moskau eingeladen. Gefahren ist er, weil die Sozialimperialisten die Zeit vorher sich „gesprächsbereit" gegeben haben. Beim Treffen haben sie dann ihre Absichten geäußert und Fahmi hat bei der Rückkehr erklärt: „Keine positiven Resultate". Mit Verweis auf die israelische Regierung hatte die Sowjetunion Waffenverkäufe und industrielle „Hilfe" angeboten ohne die Forderung Ägyptens, dies bedingungslos zu tun, zu erfüllen. Nach der Rückkehr des Außenministers berichteten die ägyptischen Zeitungen über die freundschaftliche Unterstützung der VR China und über die Verbrechen des Sozialimperialismus gegenüber dem Land.

Die Begin-Regierung ist noch keine Kriegsregierung. Der US-Imperialismus will den Kettenhund noch nicht in die Aggression schicken. Ebenso wie die sowjetische Supermacht suchen sie den Zustand von weder Krieg noch Frieden mit Verträgen am Verhandlungstisch aufrechtzuerhalten. Darauf sind sie überhaupt erst gekommen durch den anwachsenden Drang der arabischen Nation nach Unabhängigkeit und Abschüttelung des imperialistischen Jochs. Weil die arabischen Völker gegen das imperialistische Joch kämpfen, ist es den Supermächten bisher auch nicht gelungen, diesem Joch unter anderem Namen Anerkennung zu verschaffen bei den Völkern. Die Möglichkeiten für die Supermächte werden daher auch mit einer kriegslüsternen Regierung wie der jetzigen nicht viel günstiger. Die Russen haben das bei ihren jüngsten Versuchen gegenüber Ägypten schon erfahren. Immer schärfer haben sie es auf die Palästinensische Befreiungsorganisation abgesehen. Sie wollen ihr die Waffen aus der Hand nehmen. Dafür bieten sie als „Lösung" die Unterjochung der arabischen Völker, des palästinensischen eingeschlossen, zum Zweck der Weltherrschaft für den Sozialimperialismus. Das wird keinen Widerhall finden bei den palästinensischen Revolutionären. Genausowenig wie die Absichten der USA, die es mehr mit Hussein von Jordanien halten.

Unter der Führung der palästinensischen Revolution hat sich die Einheit der arabischen Nation gestärkt. Sie hat den Krieg nicht zu fürchten, in den die Zionisten ganz sicher geschickt werden, wenn die Pläne der beiden Supermächte zur Abwürgung der arabischen Revolution nicht aufgehen.

Anders die Supermächte, die sich noch nicht daran trauen, weil sie die bewaffneten arabischen Volksmassen fürchten müssen. Diese beherrschen das Handwerk sehr gut: sie weben das Leichentuch von Kolonialismus und Imperialismus.

H.L.

Keine Einmischung der Supermächte im Roten Meer!

Das Rote Meer ist eine der wichtigsten Durchzugsstraßen für den Erdöltransport nach Europa und strategisches Bindeglied zwischen dem Nahen Osten und Afrika. Die beiden Supermächte stoßen mit ihren Hegemoniebestrebungen auch in diesem Raum auf immer heftigeren Widerstand der Völker und Staaten. Von immer mehr Staatsoberhäuptern wird der russische Sozialimperialismus entlarvt, der erst im Mai eine schmähliche Niederlage einstecken mußte, als die sudanesische Regierung die 90 sowjetischen Militärexperten auswies.

In einem Interview mit der International Herald Tribune erklärte der Präsident von Somalia, M. Siad Barre:

„Rußland unterscheidet sich nicht von anderen Großmächten, die Fremde in diesem Gebiet sind, und dem nachgehen, was sie für ihre eigenen Interessen halten. Unsere Meinung ist, daß die Erdölwege offen, frei und in Frieden gelassen werden müssen und daß die Völker, die an diesen Meeren leben, die Verantwortung übernehmen müssen, daß es zu keiner Einmischung irgendeiner Supermacht kommt." (International Herald Tribune, 21.6.)

Auf die Frage nach Erleichterungen, die im somalischen Hafen Berbera bewilligt werden, hatte er schon zuvor festgestellt:

„Wir bewilligen der Sowjetunion Erleichterungen für die Schiffahrt. Wir sind aber auch bereit, jedem anderen Land die gleichen Erleichterungen zu bewilligen, unter der Bedingung, daß dies über die gängigen und legalen Kanäle geschieht und daß die staatliche Souveränität vollständig gewahrt bleibt." (Peking Rundschau 23/77).

Wieder einheitlicher Ölpreis der OPEC

Saudiarabien und die Vereinigten Arabischen Emirate haben ihren Ölpreis ab 1. Juli um weitere 5% erhöht und so mit den anderen Mitgliedstaaten der OPEC (Organisation erdölproduzierender Länder) gleichgezogen. Ein paar Tage vor Bekanntgabe dieses Beschlußes hatte US-Präsident Carter noch in unverschämter Manier in einer Pressekonferenz gewarnt, er hoffe, daß die Erdölpreise der OPEC bis Ende 1978 nicht erhöht würden (Neue Zürcher Zeitung, 2.6.). Er und die anderen Imperialisten setzten darauf, mit der durch den gespaltenen Ölpreis geschaffenen Situation einen Keil in die Produzentenländer zu treiben. Sie auseinander zu dividieren, um sie dann einzeln im Kampf über die Verfügung über das Erdöl zu schlagen – das ist ihre Taktik. Jetzt haben sie die gebührende Antwort erhalten. Der jetzt einheitliche Ölpreis verbessert die Voraussetzungen für die erdölproduzierenden Länder der 3. Welt, im Kampf gegen die imperialistische Plünderung ihrer Erdölressourcen weitere Erfolge zu erringen.

Kubanische „Hilfe"

Unermüdlich biedern sich die Kubaner als Schrittmacher der Sozialimperialisten bei den afrikanischen Völkern an, um unter dem Deckmantel der „Hilfe" sich als neue Kolonialisten einschleichen zu können. Anläßlich eines Besuches des kubanischen Außenministers in Sambia erklärte dieser, Kuba sei bereit, den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika und den „Frontstaaten" Militärhilfe zu gewähren. Damit keine Mißverständnisse aufkommen, erklärte er auch gleich den Charakter dieser Miltärhilfe: Sie „könnte aus Personal, Ausbildungskräften und Wirtschaftsfachleuten bestehen" (Neue Zürcher Zeitung, 24. 6.) – nicht etwa Waffen, wie das die Befreiungsbewegungen und die Frontstaaten immer wieder fordern. Auch als Mozambique vom UN-Sicherheitsrat Hilfe zur Verteidigung seiner Grenze gegen die rhodesischen Überfälle verlangte, forderte es eine einzige Art von Hilfe: Waffen.

Fortsetzung von Seite 1

Die Verordnungen werden nicht hingenommen

zeitung (SP), Primosch, droht, daß gegenüber solchen Außenseitern „keinerlei Veranlassung mehr (besteht) ..eine andere Behandlung, als gewöhnlichen Gesetzesbrechern zukommen zu lassen"..„Für diese Leute ist kein Platz unter uns".

Obwohl sie diese Mahnungen an die „Extremisten auf beiden Seiten richten", sind sie im wesentlichen darauf ausgerichtet, die slowenische Minderheit einzuschüchtern und den Widerstand aller Gegner dieser chauvinistischen Politik der herrschenden Klasse zu brechen. Die laufenden Prozesse gegen 25 Slowenen sind Beweis dafür.

Das Volksgruppengesetz entspricht im wesentlichen allen bürgerlichen, chauvinistischen Strömungen und es ist mit seinen örtlichen, sachlichen und personellen Einschränkungen darauf ausgerichtet, letzten Endes sämtliche Minderheitenrechte zu beseitigen.

* Es macht die Minderheitenrechte von einer „beträchtlichen Zahl" der Minderheitsangehörigen abhängig und engt so den Geltungsbereich entscheidend ein (bei der Amtssprache auf 1/3, bei den Ortstafeln auf 1/6 des von Slowenen bewohnten Gebietes).
* Es führt acht Kategorien von Slowenen ein: solche„ die überhaupt kein Recht auf Gebrauch ihrer Muttersprache im Verkehr mit den Behörden haben; solche, die nur die Möglichkeit haben, sich zum slowenischen Sprachunterricht in der Schule jährlich anzumelden; andere dürfen zusätzlich bei Gemeindeämtern, nicht aber bei Gerichten ihre Muttersprache gebrauchen; andere dürfen zusätzlich noch bei Gerichten slowenisch sprechen, allerdings nur, wenn sie die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschen; ein geringer Teil kann sowohl die Sprache in der Schule, bei Ämtern und Gerichten gebrauchen und auf der Ortstafel den slowenischen Namen seines Heimatortes finden.
* Durch weitere Ausnahmebestimmungen (wie vorherige Anmeldung) wird das Slowenische zu einer Hilfssprache degradiert und ihr Gebrauch ein wahrer Hindernislauf.

Angesichts dieser Durchführung muß selbst die „Kärntner Landeszeitung" zumindest zugeben, daß „gegenüber den bisherigen erlaßmäßig Vorgesehenen, eine Reduzierung auf jene Ämter vorgenommen (wurde), bei denen ein besonderes Bedürfnis für eine solche Regelung zu erwarten (!) ist." (KL, S.3).

Entschiedene Proteste

Da dieses Gesetz trotz krampfhafter Beteuerungen der bürgerlichen Parteien nichts Demokratisches an sich hat, ist es seit Beginn auf den Widerstand der Minderheiten gestoßen. Der Widerstand dagegen wird sicherlich in nächster Zeit beträchtlich anwachsen.

Letzte Woche gab es Protestaufschriften an Schulen und Wegweisern in etlichen Orten, vier davon in solchen Orten, die nach dem Volksgruppengesetz für „deutsch" erklärt werden, ebenso im Strandbad Klagenfurt/Celovec (s. Bild)



In Eberndorf/Dobrla vas, das per Gesetz zu einer rein deutschen Gemeinde erklärt wurde, richteten etliche Slowenen Protestbriefe an den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler und andere Politiker.

In einigen Orten, wie in St. Jakob i.R./Št. Jakob v Rožu - wird es in nächster Zeit öffentliche Protestversammlungen geben, auf denen die Minderheitenangehörigen den Protest gegen ihre besondere Entrechtung erheben werden.

In Klagenfurt/Celovec gab es eine Protestveranstaltung am Alten Platz, mit dem Thema: Warum gemeinsam gegen die besondere Entrechtung der Minderheiten kämpfen? Organisiert wurde sie vom Klagenfurter Solidaritätskomitee. Es wurde ein Flugblatt verteilt, das eine gemeinsame Erklärung des Solidaritätskomitees, der Slowenenorganisationen, des SP-nahen Bundes Kärntner Studenten und des Kommunistischen Bundes Österreichs - Ortsaufbaugruppe Klagenfurt/Celovec enthielt. Diese Erklärung wurde in allen größeren Städten Österreichs als Plakat geklebt.

Weiters wurden vom Klagenfurter Komitee mit einem offenen Brief an den Bürgermeister, den Landeshauptmann und Kreisky Unterschriften gegen das Gesetz und für eine zweisprachige Ortstafel in Klagenfurt/Celovec als gesellschaftlichem, wirtschaftlichem und kulturellem Zentrum Kärntens gesammelt.

Am 1. Juli fand auch in Wien am Viktor Adler-Markt (Favoriten) eine Protestveranstaltung der Wiener „Initiativgruppe für die Rechte der Minderheiten" statt, an der sich bis zu 200 Menschen beteiligten. Unterstützt wurde diese Kundgebung unter anderem vom Kroatischen Akademikerklub und den beiden slowenischen Zentralorganisationen.

In Graz gab es ebenfalls eine Protestkundgebung des Solidaritätskomitees, die auch von der Ortsgruppe des Kommunistischen Bundes Österreichs unterstützt wurde. Zwischen 80 bis 100 Menschen beteiligten sich an der Kundgebung.

An allen diesen aktiven Protestschritten beteiligte sich die KPÖ nicht. Sie leistet mit ihrer Politik der Regierung Schützenhilfe, wenn auch einige ihrer Mitglieder damit nicht einverstanden sind. So schreibt z.B. das Landesleitungsmitglied der Kärntner KPÖ, Nischelwitzer, in der Volksstimme (29.6.77) auf Seite 2 folgendes zur Erklärung der drei Parteien: „Hoffen wir, daß dieser Aufruf wenigstens erreicht, daß die paar zweisprachigen Taferln, die nun aufgestellt werden sollen, stehenbleiben, eine weitere Verschärfung unterbleibt und der Weg für weitere Gespräche sich wieder öffnet". Hier spricht ein Herr, dem der aktive und selbständige Kampf der Slowenen genau so in die Knochen geht, wie den Herren der anderen bürgerlichen Parteien.

Durch die Proteste wurde vom ersten Tag der Geltung dieses auf besondere Unterdrückung ausgerichteten Gesetzes sein Bestand und seine Gültigkeit aktiv angezweifelt. Vom ersten Tag seiner Geltung wurde dadurch praktisch bewiesen, daß es nicht den „gegebnen Realitäten im gemischtsprachigen Gebiet angepaßt" ist, wie es die bürgerlichen Parteien behaupten. Und es wurde deutlich darauf hingewiesen, daß dieses Gesetz nicht die endgültige Lösung sein kann, wie es sich die bürgerlichen Parteien erhoffen.

Die Bewegung konnte von der Bourgeoisie nicht eingeschüchtert und eingebremst werden und sie wird sich weiterentwickeln, wenn sie am Ziel der Verwirklichung der Rechte der Minderheiten auf Gebrauch ihrer Muttersprache im öffentlichen Leben und im Erziehungswesen im gesamten gemischtsprachigen Gebiet festhält und auf diesem Weg die jetzigen Verordnungen bekämpft und schließlich das Gesetz selbst zu Fall bringt.

V.W.

Klagenfurt/Celovec
Kundgebung für die Rechte der Minderheiten

Anläßlich des Inkrafttretens der Verordnungen (Amtssprache, Ortstafeln) zum Volksgruppengesetz (VGG) am 1. Juli 1977 veranstaltete das Solidaritätskomitee für die Rechte der Minderheiten eine Informations- und Protestveranstaltung am Alten Platz in Klagenfurt.

Insbesonders als der Bürgermeister von Klagenfurt Guggenberger am Alten Platz erschien und von uns zu einer Stellungnahme zu den Forderungen der Bewegung für die Rechte der Minderheiten aufgefordert wurde, war das Interesse groß. Angesprochen auf die notwendige Zweisprachigkeit im gesamten gemischtsprachigen Gebiet, antwortete er mit dem nationalistischen und obendrein falschen Argument „Es können ja alle Deutsch. Schaun Sie, ich war in Dusanbe, der Hauptstadt Tadschikistans (Partnerstadt Klagenfurts) und dort hat auch der Bürgermeister bei unserer Begrüßung nach einigen Worten Tadschikisch gleich russisch gesprochen. Ich fragte ihn, warum er russisch redet. Er antwortete darauf, daß ja ohnehin alle russisch verstünden."

Die beiden chauvinistischen Bürgermeister haben sich also prächtig verstanden.

Auf die Ortstafelregelung angesprochen, meinte er, Ortstafeln seien nicht so wichtig. Er meinte damit natürlich nur die zweisprachigen Ortstafeln.

Außerdem erdreistete er sich noch, zu behaupten, daß die Minderheit gar nichts gegen ihn hätte. So würde er bei der jährlichen Schülerakademie des slowenischen Gymnasiums immer sehr herzlich empfangen. Die Tatsache ist jedoch, daß der gute Guggenberger, ebenso wie Wagner sich zur diesjährigen Schülerakademie des slowenischen Gymnasiums gar nicht mehr einfanden, obwohl sie ausdrücklich eingeladen waren.

Die Veranstaltung wurde beendet mit den Parolen:
Weg mit dem Volksgruppengesetz!
Weg mit den Verordnungen!
Vorwärts im Kampf um die Rechte der Minderheiten!

H.St., Ortsaufbaugruppe Klagenfurt

Eberndorf/Dobrla vas: Das Volksgruppengesetz in der Praxis - Slowenisch unerwünscht!

Die slowenische Zeitung Naš Tednik berichtet am 16.6. über die praktische Bedeutung der neuen Verordnungen in einem Ort mitten im gemischtsprachigen Gebiet. Die neuen Verordnungen gelten hier nicht und schon wird Eberndorf/Dobrla vas für die Behörden zur deutschen Gemeinde. Wir bringen Auszüge aus dem Artikel:

„Auf der letzten Gemeinderatssitzung war auch die Rede vom 25. Jahrestag der Ernennung Eberndorfs/Dobrla vas zum Markt. Berichterstatter war der Kulturreferent, Vizebürgermeister und Landtagsabgeordneter der ÖVP, Leo Uster. Er sagte, daß drei Männerchöre und drei gemischte Chöre mitwirken werden. Der slowenische Gemeinderatsabgeordnete Tine Wastl stellte daraufhin die Frage, ob auch slowenische Kulturvereine eingeladen werden. Darauf bemerkte Uster, daß Eberndorf/-Dobrla vas nach den neuesten Gesetzen keine zweisprachige Gemeinde ist, daß also die Gemeindefeier nur in der (deutschen) Amtssprache stattfinden wird.

Es muß erwähnt werden, daß Leo Ulster nicht irgendein Gemeinderatsmitglied ist, sondern Vizebürgermeister, Landtagsabgeordneter und Mitglied des Minderheitenausschusses des Kärntner Landtags. Also war seine Aussage nicht vielleicht eine Folge von Unwissenheit, sondern er mußte genau wissen, was der Gesetzgeber mit diesen Gesetzen bezweckt hat. Der Gesetzgeber wollte nicht nur Deutsch als alleinige Amtssprache, sondern wollte Eberndorf/Dobrla vas ganz offiziell zu einer deutschen Gemeinde machen. Slowenisch ist vorerst noch in der Schule erlaubt und natürlich zu Hause im Stall. Uster ist außerdem noch Direktor der zweisprachigen Schule. Man kann sich vorstellen, wie so ein wirklich minderheitenfeindlicher politischer Mandatar auf seine Lehrer und v.a. auf die Kinder einwirkt. Die „geregelte" Zweisprachigkeit in den Schulen wird so zur Farce und es ist nur eine Frage der Zeit, wann man auch diese Farce amtlich beseitigen wird und eine rein deutsche Schule dekretieren wird. Slowenisch wird dann wirklich nur mehr im Stall etwas gelten...

Noch eine Pikanterie: der Landtagsabgeordnete Uster ist von seiner Partei auch für den neuen Minderheitenbeirat bestimmt worden.... Die (slowenischen) Zentralorganisationen hatten von allem Anfang an gesagt, daß es bei der Mitgliedschaft im Beirat nur darum gehe, daß die Mitglieder mit dem Inhalt und den Zielen des Gesetzes übereinstimmen. Der Rat der Kärntner Slowenen und der Zentralverband slowenischer Organisationen hatten gesagt, daß der Zweck des Gesetzes die weitere Einengung der Minderheitenrechte ist. Der Abgeordnete Uster gibt nun den Slowenen recht. Außerdem hat der Gesetzgeber das zweisprachige Gebiet auf ein Drittel bzw. ein Sechstel eingeengt, während auf der anderen Seite die Parteien ihre Beiräte aus Gemeinden auswählen, die in ihren eigenen Gemeinden kein Recht auf Zweisprachigkeit haben. Von allem Anfang an war klar, daß ein jedes solches Beiratsmitglied unglaubwürdig ist, wenn es nicht auf der ersten Sitzung - oder schon vorher - verlangt, daß auch seine eigene Gemeinde zweisprachige Aufschriften und Zweisprachigkeit auf den Ämtern bekommt. Uster aber strebt jetzt danach, daß er das slowenische Wort auch noch auf kulturellem Gebiet beseitigt. Doch wen wundert dies: der Abgeordnete und designierte Beirat Uster ist Ehrengast bei den Veranstaltungen des Heimatdienstes. Der Heimatdienst wäre so im Minderheitenbeirat vertreten ..."

IÖAG-Konferenz beschließt:
Allseitiger Kampf gegen das Atomprogramm
Zentrale Demonstration zum Parlament am 26. Oktober

Im niederösterreichischen Droß (bei Krems) nahe der geplanten „Atommüllstraße" (die gegen den Willen der ansässigen Bauern ausgebaut werden soll, um den Atommüll vom Tullnerfeld ins Waldviertel zu transportieren), tagte am 2. Juli 1977 die Delegiertenkonferenz der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG). Über 100 Teilnehmer aus ganz Österreich waren gekommen, um über die vergangenen Monate Bilanz zu ziehen und die Aufgaben für die nächsten Monate abzustecken.

„In den Monaten seit dem Aktionstag am 24.3. hat unsere Bewegung sowohl an Breite als auch Klarheit, Festigkeit und Entschlossenheit gewonnen. Die Beschlüsse der Tullner Konferenz vom 16.4. haben sich als gut und richtig erwiesen. Mit der Demonstration am 12.Juni hat unsere Bewegung einen neuen, bisher nicht dagewesenen Höhepunkt erreicht. Die Fronten sind heute klarer als noch vor wenigen Wochen und es zeigt sich, daß wir uns auf einen langen, härter werdenden Kampf einstellen müssen" (aus dem Rechenschaftsbericht des alten Koordinationsausschusses).

Die Aussagen über die Entwicklung der Bewegung bestätigten sich schon bei der Konstituierung der Konferenz, bei der Aufstellung der Delegierten. Neben den bisher vertretenen Gruppen aus Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Vorarlberg, Kärnten, Graz, Klosterneuburg, Mödling wurden eine ganze Reihe neuer Gruppen aus Korneuburg, Sieghartskirchen (Tullnerfeld), Knittelfeld, Kufstein, Vorchdorf, Schärding und aus dem Waldviertel in die Initiative aufgenommen. Auch die überregionale Mütterinitiative erhielt eine Delegiertenstimme.

Aus Tulln hat die Konferenz mit großer Stimmenmehrheit diesmal keinen Delegierten anerkannt. Das lag daran, daß der von einer der beiden Tullner AKW-Gegnergruppen geschickte Vertreter nicht, wie beabsichtigt, der gemeinsame Delegierte beider Gruppen war. Entscheidend für die Ablehnung war, daß der geschickte Vertreter, der als KPÖ-KSV-Funktionär bekannt ist, niemals offen und ehrlich für die Forderungen der IÖAG eingetreten ist, noch eintreten wird. In der Gruppe selbst gibt es - wie eine Tullner Aktivistin berichtete - einen ständigen Kampf um die gegen die Forderungen der IÖAG gerichtete Linie der KPÖ zurückzuweisen.

Die Berichte der einzelnen Gruppen gaben einen knappen Überblick über die Entwicklung der Bewegung in der letzten Zeit. Neben dem Auftreten in der Stadt bildet die Arbeit in politischen Organisationen und in den Gewerkschaften heute einen wichtigen Schwerpunkt der Tätigkeit zahlreicher Gruppen. Besonderen Beifall ernteten die Berichte der Waldviertler Vertreter. In unermüdlicher Basisarbeit hatte der „Arbeitskreis gegen Atommüll, Waldviertel" in vielen noch so kleinen Orten Veranstaltungen organisiert, die auf großes Interesse der Bevölkerung gestoßen waren.

Der Rechenschaftsbericht des Koordinationsausschusses, in dem die Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen AKW-Betreibern auf der einen Seite und der Volksbewegung auf der anderen Seite Bilanz gezogen wird, wurde von der Konferenz gebilligt. Darin heißt es u.a.: „Die Regierung muß heute zur Kenntnis nehmen, daß es ihr nicht gelungen ist, unsere Bewegung zu unterlaufen oder zu spalten. Sie hat uns nicht davon abhalten können, unsere Forderungen in die Öffentlichkeit, auf die Straße zu tragen. Anstatt unsere Hoffnungen auf das Parlament zu setzen, haben wir am 12.Juni demonstriert, daß wir keine andere Entscheidung als die Erfüllung unserer Forderungen akzeptieren können, daß wir Regierung und Parlament das Recht absprechen, in dieser Frage gegen die Interessen und gegen den Willen des Volkes zu entscheiden."...

„Atomkraftwerke Nein! Kein Parlamentsentscheid darf anders sein!"

Einstimmig beschloß die Konferenz am 26.Oktober 1977 eine gesamtösterreichische Demonstration zum Parlament zu organisieren, um Regierung und Volksvertreter mit den Interessen und Forderungen des Volkes zu konfrontieren und von ihnen an Ort und Stelle Rede und Antwort zu verlangen. An diesem Tag versammeln sich alle Volksvertreter genannten Herrschaften im Parlament, um in feierlichen Reden das Staatsbewußtsein des Österreichers zu beschwören und sich an salbungsvollen Worten über Demokratie, mündige Staatsbürger und sozialen Fortschritt zu erbauen. Diese Gelegenheit wird man sich nicht entgehen lassen, wo doch der arbeitsfreie Tag die Möglichkeit bietet, auch aus den Bundesländern anzureisen.

Es ist klar, daß die Bourgeoisie ihre Massenmedien und vor allem ihr Staatsapparat einiges daransetzen werden, eine solche Demonstration zu behindern oder gar nicht zustande kommen zu lassen. Deswegen wird es notwendig sein von Anfang an die Ziele und die Notwendigkeit einer solchen Demonstration klarzumachen. Das Volk kann das AKW-Programm nur zu Fall bringen „im Vertrauen auf die eigene Kraft - nicht im Vertrauen auf das käufliche Gewissen von parlamentarischen „Volksvertretern", denen die bürgerliche Demokratie das „Recht" gibt, gegen die Interessen des Volkes zu entscheiden und dem Volk das Recht abspricht, sie dafür zur Rechenschaft zu ziehen" (aus dem Aufruf des KB Österreichs zum 12.6.)

Schließlich ist die Konferenz allen Versuchen, AKW-Gegner zu kriminalisieren, entschieden entgegengetreten. Sie unterstützt entschieden den Linzer Aktivisten Stefan Nagy (siehe Klassenkampf Nr.13). Die Konferenz protestierte gegen die Kündigung eines Grazer Aktivisten durch die Maschinenfabrik Andritz (die am Bau von AKW beteiligt ist). Ein Rechtshilfefonds, der aus Spenden finanziert werden soll, wurde eingerichtet.

Die drohende Anlieferung der Brennelemente und der Ausbau der Atommüllstraße wurden erörtert und es wurden einige Festlegungen zur Vorbereitung von Aktionen getroffen.

Dabei spielt die Arbeit im Tullnerfeld eine wichtige Rolle. In einer eigenen Resolution (21 pro, 7 gegen, 3 Enthaltungen) stellte die Konferenz ausdrücklich fest, daß die Arbeit im Tullnerfeld nur vorankommen könne, wenn sich alle AKW-Gegner auf der Grundlage der vier Forderungen der IÖAG zusammenschließen. Keine Grundlage für so einen Zusammenschluß kann die Linie der KPÖ (demokratische Kontrolle, sicheres Atomkraftwerk, Hervorstreichen alternativer Energiequellen) sein. Damit wurden die Versuche der Revisionisten, in der IÖAG Fuß zu fassen, entschieden zurückgewiesen. Das ist eine gute Voraussetzung, um den politischen Anforderungen der nächsten Zeit gerecht zu werden.

Gleichzeitig wurde die Atommüllforderung erweitert. „Keine Atommüllagerung in Allentsteig, Zwentendorf, Tirol oder anderswo in Österreich!"

Alle Gruppen wurden in einer Resolution aufgefordert, „angesichts der Notwendigkeit möglichst großer Klarheit und Einheit aller AKW-Gegner" in den nächsten Monaten eine „eingehende inhaltliche Diskussion" zu führen und größere Klarheit über die Forderungen der IÖAG, die Energiepolitik Österreichs, die internationalen Zusammenhänge (Energieagentur, Uranlieferungen, Abhängigkeit von den Supermächten, Arbeitsplatzsicherung, u.a. zu erreichen. Die Ergebnisse dieser Diskussion sollen auf einer Konferenz im Herbst zusammengefaßt werden.

Da „die Einrichtung eines Koordinationsausschusses die IÖAG um vieles schlagkräftiger gemacht hat", wurde auf Grundlage der Konferenzbeschlüsse ein neuer Koordinationsausschuß gewählt, in dem jetzt auch ein Waldviertler vertreten ist.

K.M.

Beschluß der IÖAG über Demonstration zum Parlament

Der Nationalrat soll im Herbst über das Atomprogramm der Regierung beschließen.

- Schon vor wenigen Jahren hat das Parlament das Strahlenschutzgesetz beschlossen, das die gesetzliche Grundlage für den Bau von Atomkraftwerken in Österreich darstellt.
- Das Parlament hat Verträge mit der Internationalen Energieagentur beschlossen, die den Bau von Atomkraftwerken fordert.
- Seit Jahren wird in Zwentendorf gebaut, in St. Pantaleon projektiert und vermessen. In Allentsteig wurden Probebohrungen durchgeführt. Während die Ablehnung in der Bevölkerung immer breiter wird und der aktive Widerstand immer stärker wird, arbeitet die Regierung Zug um Zug an der praktischen Durchsetzung des AKW-Programms.

WIRD DAS PARLAMENT BERATEN, UM DAS VOLK ZU TÄUSCHEN?

- Die Politiker wollen uns überzeugen, daß wir unsere Hoffnungen vertrauensvoll in ihre Hände legen sollen
- Die Regierung will die Autorität des Parlaments gegen uns und für das AKW-Programm in die Waagschale werfen. Die Entscheidungen, die längst außerhalb des Parlaments getroffen wurden, sollen nun „im Namen des Volkes" abgesegnet werden.

Es ist heute klar, daß die entscheidenden Kräfte in den Großparteien alles daransetzen werden, das AKW-Programm durchzusetzen. Die verantwortlichen Politiker haben bisher unsere Forderung ignoriert, in aller Öffentlichkeit Rede und Antwort über ihre Pläne zu stehen. Regierung und die meisten Volksvertreter sind auf vielfältigste Art und Weise mit den Interessen, die hinter dem AKW-Programm stehen, verbunden und ihnen verpflichtet. So sehr verpflichtet, daß wir uns damit begnügen dürfen, alle vier Jahre unsere Stimme abzugeben. WIR MÜSSEN MIT VEREINTEN KRÄFTEN SELBST UNSERE INTERESSEN IN DIE HAND NEHMEN!

Deshalb werden wir am 26.Oktober gemeinsam zum PARLAMENT marschieren,

von Regierung und Parlament, die sich an diesem Tag zu einer Festsitzung versammeln, dort Rede und Antwort verlangen, von ihnen Rechenschaft verlangen, welchen Interessen sie sich eigentlich verpflichtet fühlen.

Kein Abgeordneter hat das Recht, uns und unseren Kindern die Folgen des AKW-Programmes aufzubürden. Wer gegen die Interessen und gegen den Willen des Volkes entscheidet, der kann kein Volksvertreter sein.!

ATOMKRAFTWERKE NEIN - KEIN PARLAMENTSENTSCHEID DARF ANDERS SEIN!

Dieser Beschluß wurde ohne Gegenstimme angenommen.

Linz: Verhandlung gegen Stefan Nagy auf unbestimmte Zeit vertagt

Am 28. Juni fand im Linzer Landesgericht die Hauptveranstaltung gegen Stefan Nagy statt, der, wie wir in der letzten Nummer berichteten, im März die Parole: „Unsere Gesundheit für euren Profit - Atomkraftwerke Nein!" auf die Generaldirektion der OKA gesprüht hatte und wegen schwerer Sachbeschädigung angeklagt worden war.

Der Versuch des Gerichtes, mit einem scharfen Urteil gegen einen einzelnen Aktivisten die gesamte Anti-AKW-Bewegung zu treffen, scheiterte am Vertreter der OKA, der als Zeuge des Staatsanwaltes nicht vermochte, positiv zu erklären, wie es eigentlich zu den 17.000,- S Schaden, von dem die Anklage spricht, gekommen ist. Daraufhin vertagte das Gericht die Verhandlung auf unbestimmte Zeit.

Die Verhandlung selbst war eine gute Gelegenheit, um öffentlich zu demonstrieren, wie gerecht Stefan Nagy mit dem Anbringen der Parole gehandelt hatte.

So entrollten im Gerichtssaal 20 AKW-Gegner ein Transparent mit genau der Aufschrift, wegen deren Anbringung Stefan Nagy vor Gericht gekommen war und der Angeklagte selbst erklärte:

„Die wahren Verbrecher sitzen im Aufsichtsrat der OKA. Es ist die OKA, die durch ihre Beteiligung an den ersten beiden AKWen gegen den entschiedenen Willen der Bevölkerung handelt und im Unrecht steht. Es ist die OKA, die in verbrecherischer Weise über die Gesundheit und das Leben der arbeitenden Menschen hinweg einzig und allein ihre Profitinteressen am Bau von AKWen zu realisieren sucht. Demgegenüber war das Anbringen der Parole gerade am Gebäude der Generaldirektion der OKA als öffentliche Anklage dieser Verbrechen völlig richtig, und findet auch breiteste Unterstützung unter der Bevölkerung."

Nach einem Bericht von St.N., Linz

3000 gegen Atommüllagerung

Fortsetzung von Seite 1

würden in der Nähe des Ortes Bohrtürme errichtet - die Vorbereitungsarbeiten für die Müllstätten.

Ein Redner des Arbeitskreises Atommüll beschloß die Rednerliste. Er wies wie viele Redner vor ihm, darauf hin, daß man, wenn man gegen Müllagerung im Waldviertel ist, auch gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf sein muß: „Wenn man gegen den Mist ist, muß man auch gegen die Kuh sein, die den Mist macht", meinte er. Diese Position richtet sich gegen die verschiedenen Spaltungsversuche, die von den bürgerlichen Kräften in die Bewegung getragen werden. So meinte einer der anwesenden ÖVP-Landtagsabgeordneten:„ Gegen den Atomstrom bin ich nicht, nur sollen sie den Mist nicht ins Waldviertel schicken, sondern zum Beispiel nach Deutschland". Aber nicht nur gegen diese bürgerliche Position nahm der Vertreter des Arbeitskreises Stellung. Er betonte auch ganz klar, wo die Kraft liegt, die verhindern kann, daß in Allentsteig ein Atommülldepot errichtet werden kan: „Wenn Bauer, Arbeiter und Beamter zusammenstehen, dann gelingt es, den Atommüll vom Waldviertel fernzuhalten".

Das Spiel der bürgerlichen Politiker wird schneller durchschaut, als diese es wahrhaben wollen. Den Landtagsabgeordneten hat ihre Anwesenheit gar nichts genützt. Als die Veranstaltung zu Ende ging, ohne daß einer von diesen Herren gewagt hätte, selber zu reden und zu sagen, daß er gegen das Atommüllager eintreten würde, wurde diese Tatsache von einem großen Teil der Anwesenden richtig verstanden: „Das sind nicht unsere Interessensvertreter", meinte eine Bäuerin.

FN

Weitere Beschlüsse gegen die Haltung des ÖGB-Vorstandes zu den AKW

„Die gewerkschaftliche Mitgliederversammlung am 30.6.77 der Fachgruppe Angestellte bei Ziviltechnikern unterstützt folgende Resolution:

„Wir protestieren gegen den Beschluß des ÖGB-Vorstandes und gegen die vehementen Stellungnahmen des ÖGB-Präsidenten Benya für die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf.

Wir unterstützen aber die Forderungen der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner, welche lauten: Kein Probebetrieb und keine Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf! Kein Atomkraftwerk in Sankt Pantaleon, Bogenhofen oder anderswo in Österreich! Keine Atomkraftwerke an Österreichs Grenzen! Keine Atommüllagerung im Waldviertel, in Tirol oder anderswo in Osterreich!

Atomkraftwerke können in keiner Weise Wirtschaftskrisen verhindern, noch Arbeitsplätze sichern, bedeuten aber beim momentanen technischen Stand eine gefährliche Bedrohung der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung.

Wir fordern den ÖGB-Vorstand und den ÖGB-Präsidenten Benya auf, ihre Entscheidungen, die sich gegen das Interesse der von ihnen vertretenen Gewerkschaftsmitglieder richten, zurückzunehmen und die genannten Forderungen zu unterstützen."

Diese Resolution beschloß einstimmig die ÖGB-Mitglieder-Versammlung der Fachgruppe Angestellte bie Ziviltechnikern.

Eine ebensolche Resolution, in der der ÖGB-Vorstand aufgefordert wird, seine Erklärung zurückzunehmen und die IÖAG-Forderungen zu unterstützen, beschlossen der Angestellten-Betriebsrat und die Belegschaft des Instituts für höhere Studien bei ihrer Betriebsversammlung am 27. Juni.



IN TIEFER TRAUER

GEBEN WIR BEKANNT, DAS S I E AN DEN FOLGEN
EINES A T O M K R A F T W E R K E S
UNVORHERGESEHEN UM'S LEBEN GEKOMMEN SIND.
DAS UNGLÜCK WAR LEIDER NICHT VORHERZUSEHEN.

IN TIEFER TRAUER
DIE HINTERBLIEBENEN
ÜBERLEBENDEN

WIEN, IM JAHR 19 ?

Gewerkschaft d.Lebens-
u.Genußmittelarbeiter-Jugendref.
für d.Inh.verantw.:Gerh.Riess
BEIDE 1060 Wien Albertg.35

Die ÖGJ-Gruppe der Lebens- und Genußmittelarbeiter wurde wegen Verbreitung des obigen Flugblattes vor Handelsminister Staribacher, den Obmann dieser Gewerkschaft, zitiert. Dieser meinte, daß die Verbreitung solcher Flugblätter nur Privatpersonen gestattet sei, weil man sonst meinen könnte, „die Gewerkschaft der Lebens- und Genußmittelarbeiter habe etwas gegen Atomkraftwerke". Als die vor den Minister zitierten Jugendlichen meinten, daß dies auf die Gewerkschaftsjugend ihrer Sektion durchaus zuträfe, meinte der Minister: „Ihr seid's nicht die Gewerkschaft." Darüber denken jedoch immer mehr ÖGB-Mitglieder, die in Resolutionen und Beschlüssen vom ÖGB-Vorstand die Zurücknahme seiner Stellungnahme zu den AKW und die Unterstützung der IÖAG fordern, anders als Staribacher.

DDR-Wissenschaftler hetzt gegen AKW-Gegner

Im Heft 1/1977 der DDR-Zeitschrift „Kernenergie" findet sich ein Artikel über Fragen der Genehmigungsverfahren für AKWs in verschiedenen Ländern. Verfasser dieses sogenannten „Fortschrittsberichts" ist ein gewisser L. Albrecht vom „Staatlichen Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz" (SAAS) der DDR, also eine „offizielle" Stimme. Der Grundtenor des Artikels: Ob Ost oder West, Verzögerungen im AKW-Bau sind ein Übel. Dazu heißt es in dem Artikel: „Ein weiterer nicht zu unterschätzender Verzögerungsfaktor ist der in einigen Ländern gesetzlich vorgeschriebene Erörterungstermin. Hier ist es in den letzten Jahren besonders in der BRD und in der Schweiz durch sogenannte Bürgerinitiativen zu erheblichen Verzögerungen gekommen, indem die Erörterungen durch immer neue, meistens unbegründete Einwände verlängert, Anfechtungsklagen bei den Gerichten eingereicht und sogar Bauplätze besetzt wurden." Nach solchen Worten macht sich L. Albrecht Gdanken, wie sich die mißliche Situation verbessern läßt; seine guten Ratschläge krönt er mit der Feststellung: „Als letztes, aber nicht unbedeutendstes, soll die Bevölkerungsaufklärung erwähnung finden. Sie wird dazu beitragen, daß die kleinen, aber bisher sehr erfolgreich wirkenden Gruppen von Kernenergiegegnern durch die Rückführung der Diskussion auf die wirklich anstehenden Probleme ihren Einfluß verlieren werden."

Über die weitaus günstigere Lage im „realen Sozialismus", vor allem in seinem fortgeschrittensten Stadium in der Sowjetunion, gibt L. Albrecht ebenfalls Aufschluß. Er führt aus, daß es seit seinem letzten Bericht dort keine erwähnenswerten Neuerungen mehr gegeben habe. In jenem besagten Bericht („Kernenergie", 3/1969) heißt es bezeichnenderweise über die Sowjetunion: „Eine staatliche Genehmigungspflicht für (Kernkraftwerks-) Projekte ist aus den Vorschriften nicht ersichtlich, sondern die Verantwortung für die Einhaltung der Vorschriften bis ins Detail wird den Leitungen der an der Projektierung und dem Bau beteiligten Projektierungs- und Konstruktionsbüros und Bau- und Montagebetrieben übertragen."

aus „Rote Fahne" 22/77
Zentralorgan der KPD

Eine wichtige Forderung im Kampf gegen die imperialistische Energiepolitik:

Österreich raus aus der Internationalen Energieagentur!

„Die in den nächsten Jahrzehnten auf Europa zukommenden Energieprobleme können nur von allen Verbraucherstaaten durch gemeinsame, koordinierte Anstrengungen bewältigt werden. Als Basis für eine solche Kooperation haben sich die westlichen Industriestaaten die Internationale Energieagentur geschaffen" (Z-Information, 15.4.77). Man setze statt Verbraucherstaaten imperialistischer Räuber und statt Kooperation die Worte Front gegen den Vormarsch der Dritten Welt und Vorbereitung auf einen neuen Weltkrieg, so liest man in groben Zügen das, was die IEA wirklich ist. Von Anfang an, also seit etwa drei Jahren, ist die österreichische Regierung mit von der Partie. „Der Schwerpunkt der Energiepolitik auf internationaler Ebene lag seit Erscheinen des letzten Energieplanes (1975) ..eindeutig im Rahmen der Internationalen Energieagentur" (Energieplan 1976 des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie, S.19).

Für die österreichische Arbeiterklasse und das österreichische Volk verheißt die Mitgliedschaft Österreichs in der IEA nichts Gutes.

Man braucht nur die in der Arbeit der IEA im Vordergrund stehenden Fragen und ihre Auswirkungen auf die werktätige Bevölkerung untersuchen, nämlich die Frage der Ölversorgung und der Atomkraftwerke „Die Einrichtung eines Krisenversorgungssystems für Erdöl war die erste und vordringlichste Aufgabe der Internationalen Energieagentur der OECD (Presse, 5.4.)

Die Zeiten schrankenloser Plünderung billigen Erdöls aus den Ländern der Dritten Welt sind vorbei, dennoch halten die internationalen Ölmonopolgesellschaften die Verarbeitung und Zulieferung des Öls in die kapitalistischen und imperialistischen Staaten in ihrer Hand. Arbeitsteilig mit dem imperialistischen Staat wird dem Volk über Öl- und Benzinpreise ein Vielfaches dessen abgepreßt, was die ölproduzierenden Länder der Dritten Welt erhalten. Die Imperialisten wollen sich nicht abfinden mit der Entwicklung, daß die Völker der Dritten Welt für wirtschaftliche und politische Selbstbestimmung kämpfen und sich auf diesem Weg zusammenschließen. So hat die IEA als erstes „vollständig abgeschlossen .. den Aufbau des weltweiten Energieinformationssystems und der zugehörigen Datenbank. Es erfaßt laufend alle Nachrichten über den Welterdölmarkt und die Aktivitäten aller wichtigen Erdölgesellschaften, der internationalen, nationalen, der integrierten und der unabhängigen" (Presse, 1.4.77).

Die in allen IEA-Mitgliedsländern im Aufbau befindlichen Notstands-Öllager sollen den Imperialisten einen besseren Stand im Falle einer neuen schärferen Auseinandersetzung mit den ölproduzierenden Staaten der Dritten Welt geben als auch insbesondere verhindern, daß im Falle des Ausbruchs des sich heute anbahnenden Krieges zwischen den beiden Supermächten den USA und den anderen westlichen Imperialisten die Produktion zusammenbricht und allzubald der Treibstoff für ihre Panzer und Flugzeuge ausgeht. In Ausführung der IEA-Bestimmungen hat die österreichische Regierung im Jahre 1976 das Erdölbevorratungs- und Meldegesetz sowie das Energielenkungsgesetz beschlossen, welches auch schon Regelungen für die Elektrizitätsversorgung im Krisen- oder Kriegsfall gibt. Aufkommen für diese gegen den Kampf der Völker um politische und soziale Befreiung gerichtete Agentur und ihre Ziele muß niemand anders als das werktätige Volk sowohl über direkte und indirekte Steuern als auch über die Preise von Öl und Benzin.

Und wofür dient die IEA ebenfalls? „Der Kernenergie wird, nachdem sie als einzige der neuen Energiequellen bereits verfügbar ist, von der IEA eine entscheidende Rolle zugemessen" (Presse, 24.3.77). Auch das österreichische Atomkraftwerksbauprogramm ist fest in die Zielsetzungen der IEA eingebettet. So heißt es im offiziellen Energieplan 1976: „Die Kernenergie bildete einen besonderen Gegenstand internationaler Zusammenarbeit innerhalb der IEA. Hier wurden Angebot und Nachfrage bei Naturuan, die Anreicherungskapazität sowie die Methoden zur Kostenkalkulation für nuklear erzeugte elektrische Energie untersucht. Die Kernkraftwerksprogramme der Mitgliedsstaaten der Prognosen bis 1985 und 1990 wurden zusammengestellt" (S.21/22). Im scharfen Kontrast zum betrügerischen Gerede von der Parlamentsentscheidung über Atomkraftwerke ist deren Bau und Inbetriebnahme für den Energieplan keine Frage: „Die Kernenergienutzung in Österreich wird im Betrachtungszeitraum auf der Basis von Leichtwasserreaktoren erfolgen. Bis 1985/86 wird die in Kernkraftwerken installierte elektrische Leistung rd. 2050 MW betragen." Nach der Tabelle 10.5. des Energieplanes 1976 soll die Atomenergie im Jahr 1980 11%, 1985 15% und 1990 20% der gesamten Stromerzeugung im Bereich der öffentlichen Versorgung liefern.

Trotz des Versuchs der Regierung, dieses Programm mit allen Mitteln durchzuziehen, ist sie auf erheblichen und weiter wachsenden Widerstand gestoßen. Auch im Falle einer Inbetriebnahme des Zwentendorfer Werks würde das Volk vom „billigen Atomstrom", dessen Erzeugungskosten von einem Kraftwerksbesitzer im Fernsehen auf 40 bis 50 g/kWh geschätzt wurden, nicht viel merken. Im Gegenteil. Der Strompreis für Haushalte, in den letzten vier Jahren etwa um die Hälfte auf 90 g/kWh plus Grundgebühr angestiegen, wird weiter in die Höhe schnellen. Das hat Androsch bereits angekündigt und dafür garantiert das Monopol der Elektrizitätsgesellschaften, die sich auch leisten können, für die Stromeinlieferung aus kleineren Kraftwerken nicht mehr als 10 bis 16 Groschen zu zahlen und Hunderte von Wasserkraftwerken in Österreich mit diesem Preisdiktat ungenutzt verkommen zu lassen.

Der verstärkte Ausbau von Atomkraftwerken und seine Folgen gefährdet die Existenzbedingungen von Teilen des Volkes ganz unmittelbar und ruft berechtigten Widerstand hervor. Objektiv richtet sich dieser Widerstand auch gegen die Ziele der IEA und die Absichten, die vor allem die Supermacht USA damit verfolgt. Insgesamt ist die IEA ein Instrument in den Händen der auch untereinander in Konkurrenz liegenden westlichen Imperialisten um eine gegen die Interessen der proletarischen Weltrevolution gerichtete Front gegen den Kampf der Dritten Welt zu errichten und die Vorbereitungen der Imperialisten auf den drohenden Krieg zügiger voranzutreiben. Für die Völker der imperialistischen Länder folgt daraus unmittelbar eine verschärfte Auspressung durch Steuern, Tarife und Preise. Gleichzeitig werden die Voraussetzungen für weitgehende staatliche Zwangsmaßnahmen geschaffen.

Der Kampf für den Austritt Österreichs aus der IEA ist mit dem Kampf gegen Atomkraftwerke eng verbunden und es gilt, intensiv an der Enthüllung der Ziele und des Charakters der IEA zu arbeiten, um im Herbst die Forderungen der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner um die nach dem sofortigen Austritt Österreichs aus der IEA zu erweitern.

J.R.

Spitalsbedienstete/Wien

Verschärfter Lohndruck - Steigbügel der Gemeinde für die Rationalisierungspolitik

Das am 20. Juni abgeschlossene Gehaltsabkommen bringt auch für die große Masse der Spitalsbediensteten einen Lohnraub: Für alle Beamte, die unter 7.400,- verdienen (das ist heute mehr als die Hälfte der Beamten), macht die Erhöhung (8 % oder 550,- öS) nach Abzug der 0,5 % Erhöhung des Pensionsbeitrages nicht einmal mehr den Mindestbetrag aus.

Einig ist man sich unter den Kollegen: Das ist sehr wenig und entspricht nicht der Teuerung in den vergangenen 18 Monaten. Eine Kollegin drückte das so aus: „Jetzt arbeiten wir bald wieder für ein Butterbrot, arbeiten dürfen wir aber immer mehr."

Verschiedene Meinungen haben die Kollegen zur Frage, wie man sich jetzt zu diesem Lohnraubabkommen stellen soll. Einige meinten, es wäre halt so am vernünftigsten, weil man mit höheren Gehältern den Staatshaushalt noch mehr belasten würde, was ja letztlich wieder durch unsere Steuergelder bezahlt werden muß. Diese Kollegen übersehen, daß es nicht die Gehälter der öffentlichen Bediensteten sind, die das Defizit ansteigen lassen, sondern daß es die vielfältigsten Dienste des Staates an der Kapitalistenklasse sind, die in Krisenzeiten aufwendiger und umfangreicher werden. (War 1973 der Anteil der Personalausgaben am Gesamtbudget des Bundes 30,87 %, so sind es 1977 nur mehr 27,91 %).

Recht haben die Kollegen zwar damit, daß der kapitalistische Staat immer versuchen wird, seine Schulden vom Volk bezahlen zu lassen. Ob ihm das gelingt oder nicht, hängt aber lediglich davon ab, ob sich das Volk das gefallen läßt oder nicht.

Ganz anders ist dagegen die Haltung der Kollegen, die versuchen, die Durchführung der 40-Stundenwoche durchzusetzen, d.h. die Abschaffung der laufend zwangsweise gemachten Überstunden beim Pflegepersonal (heute werden im Schnitt 7 - 10 Überstunden pro Woche vom Pflegepersonal verlangt). Sie haben schon in den Diskussionen über das Für und Wider der Überstunden von den Vorgesetzten, aber auch von Kollegen zu hören bekommen, daß man ohne Überstunden doch um 2000,- S weniger verdient. Der Ausweg aus dieser Situation besteht allerdings nicht in der Beibehaltung der Überstunden, oder womöglich deren Ausbau, sondern in der Anhebung der Grundgehälter. Das ist der Maßstab, den die Kollegen an das abgeschlossene Abkommen anlegen müssen: klar ist dann, daß es völlig untauglich ist, um den materiellen Druck zu Mehrleistungen für die Kollegen zu mildern, völlig klar ist, daß es der Gemeinde bei weiteren Rationalisierungen und Einsparungen den Steigbügel abgeben wird.

l.m., Zelle AKH, Wien

Den Widerstand gegen die Rationalisierungen organisieren!

Bei der außerordentlichen Betriebsversammlung des Fernmeldebetriebsamtes am 1.6.1977 hatte jeder Kollege, der seine Meinung zu der Lohnfrage vortrug, verlangt, daß nicht unter 9,75 %, der Forderung der Gewerkschaft, abgeschlossen werden darf. Obwohl selbst diese Höhe nicht geeignet gewesen wäre, unsere Lage zu halten, geschweige denn, zu verbessern.

Jeder, der auf der Versammlung war, sollte sich in Erinnerung rufen, wie entrüstet Tmej (Obmann der Post- und Telegraphengewerkschaft) auftrat, als er das Angebot der Regierung vom 31.5.1977 (also am Tag vor der Versammlung!) zurückwies. Und zwar 7,9% verbunden mit 1% Pensionsbeitragserhöhung. Jetzt ist abgeschlossen worden. Mit 8% und 2% Pensionsbeitragserhöhung auf vier Etappen.

Wie auf der Versammlung gegen eine Schillingforderung von Seiten Billeth's (Obmann der Vertrauensmänner vom Fernmeldeamt) polemisiert wurde. *Der Ledige habe da mehr und das sei so kompliziert, denn „wie soll das gehen - Brutto oder Netto", und 71% der Bediensteten bekämen ohnehin den Mindestbetrag. Das macht bei manchen bis zu 13% Erhöhung aus.* Da soll aber nicht die miese Lohnhöhe die Ursache sein, sondern das Verhandlungsgeschick der Gewerkschaftsführung! Für 71% bedeutet der Abschluß eine lineare Erhöhung, die nicht ausreicht, keinen Unterschied macht auf die jeweilige Lage des Betroffenen.

Als schließlich daran gegangen werden sollte, einen Beschluß zu fassen, der den Willen der Versammelten ausdrückt, nachdem die Kollegen ihre Meinungen und Vorschläge dargelegt hatten, wurde die Versammlung abgebrochen.

Nun ist abgeschlossen. Wir werden noch zu hören bekommen, daß nicht mehr zu holen war. Von Vernunft und Verantwortung. Wir kennen das und viele Kollegen gingen nicht zur Versammlung aus diesen Gründen. Sie wollten nicht noch verhöhnt werden. Denn eine Verhöhnung war es, als Tmej es ablehnte, sich festzulegen, nicht unter 9,75% abzuschließen. Als er noch sagte, daß die Gewerkschaftsgremien die Höhe festlegen werden. Er ist offensichtlich der Meinung, daß die Kollegen als Mitglieder der Gewerkschaft nichts zu sagen haben.

Aber die Lage ist nicht nur schlechter für uns geworden. Denn durch die Politik der Gewerkschaftsführung, die schädliche Unterordnung unter die staatliche Rationalisierungspolitik und den staatlichen Lohnabbau im öffentlichen Dienst, ist vieles klarer geworden.

Die Notwendigkeit von Forderungen, die unseren Interessen dienen, die geeignet sind, uns zusammenzuschließen, wird immer mehr erkannt.

In der Mödlinger Telefonzentrale wurden bereits mit der Stoppuhr gewisse Arbeitsabläufe bei der Störungsmeldestelle gestoppt. Seit Jahren haben wir die Aufnahmesperre. Jetzt ist der Lohn noch gedrückt worden. Was liegt jetzt näher, als den „Leistungslohn" einzuführen. Jetzt wird von vielen Kollegen die systemisierte Arbeit von 2-3 Leuten gemacht mit dem Zuckerl des Kilometergeldes und der Streckenpauschale. Schon jetzt wird bei Amtskontrollen darauf geachtet, ob die angeordnete Mehrarbeit durchgeführt wurde. Ob es technische Probleme gibt, zuwenige Leitungswege oder zu wenig Personal zur Durchführung der Arbeit ist nicht gefragt. Gegen diese fortgesetzten Angriffe auf unsere Arbeitsbedingungen gilt es, den Widerstand zu organisieren. Wenn wir jetzt nichts gegen die Verschlechterungen unternehmen, werden wir abgeklopft werden wie ein Schnitzel, das wir uns nicht mehr leisten werden können.

Daß wir nicht neben der Gewerkschaft sondern nur mit ihr etwas erreichen können, sollte uns klar sein. Darum hinein in die Gewerkschaft! Nicht umsonst hat ein Kollege auf der Betriebsversammlung gesagt, daß der drohende schlechte Gehaltsabschluß die Kollegen nicht veranlassen sollte, aus der Gewerkschaft auszutreten. Nicht wir gehen hinaus, sondern jene, deren Politik gegen unsere Interessen gerichtet ist, indem sie sich völlig der Regierung unterordnen, sollten wir nicht länger dulden: Leute wie Tmej, Billeth oder Pöder.

Gerade der letzte Abschluß sollte als Prüfstein gelten.

H. Wö., Telegraphenbediensteter

AKH Wien: Das aktuelle Kampfziel ist die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche

Für das Pflegepersonal im Allgemeinen Krankenhaus in Wien steht die 40-Stundenwoche nur am Papier: Radldienste mit 47 - 51 Stundenwochen sind die Praxis. Dagegen vergrößert sich der Widerstand täglich, denn die Arbeit wird immer schwerer, die Belastung immer größer, die einzige Möglichkeit, um dem körperlichen Verfall entgegenzuwirken, ist eine Verkürzung der Arbeitszeit, die Abschaffung der Überstunden. Wenn die betroffenen Schwestern und Pfleger diese Forderung an die Vorgesetzten herantragen, wenn sie damit zur Personalvertretung gehen bekommen sie immer die gleiche Anwort: Wir sind ja auch für die Arbeitszeitverkürzung, wirklich, aber es geht leider nicht, weil es keine Schwestern gibt, weil es zu wenig Menschen gibt, die die Strapazen des Sozialberufes auf sich nehmen. Die Kollegen werden auf die Zukunft vertröstet. Doch die Schwestern machen andere Erfahrungen: Sie wissen, daß bei diesen schlechten Arbeitsbedingungen niemand freiwillig im Allgemeinen Krankenhaus bleibt, daß viele, die die Schule fertighaben, woanders hingehen, daß für Frauen mit Kindern dieser Beruf unter diesen Arbeitsbedingungen praktisch unmöglich ist, daß in den Schwesternschulen der Druck auf die Schüler sehr groß ist, so daß in der Regel nur 40 % der Schüler die Schule tatsächlich fertigmachen. Das alles zeigt bereits: Es ist nicht Schicksal, daß es so wenig Schwestern gibt, es ist die Folge der Gemeindepolitik.

Von 1965 bis 74 wurde die Zahl der Krankenpflegeschulen nur von 7 auf 8 in Wien erhöht, damals gab es 126 Absolventen, 1974 gab es 175. Von 1968 bis 1975 hat die Zahl der beschäftigten diplomierten Schwestern in Wien nur um 278 zugenommen. Im Vergleich dazu: Allein im AKH müßten ca. 250 neue Schwestern eingestellt werden, um die 40 Stundenwoche durchzuführen.

Die Gemeinde spart sich auf diese Weise Gehälter und Ausbildungsstätten und hat außerdem ein prächtiges Spaltungsmittel in der Hand, das ihr auch bei allen anderen Maßnahmen von Nutzen ist. Sie geht weder davon aus, die Lage des Personals zu verbessern, noch davon, die gesundheitliche Versorgung zu heben. Das muß sie, um weitere Steuergelder aus dem Gemeindebudget freizumachen für die Krisenpolitik der Finanzbourgeoisie. Dabei geht die Gesundheit der Bevölkerung drauf und geht die Gesundheit des Pflegepersonals drauf, die zu untragbaren Überstundenleistungen gezwungen werden.

Wenn die Bewegung gegen die Überstunden Erfolg haben will, so wird das nur gehen, wenn wir uns nicht auf Versprechungen des Dienstgebers verlassen, sondern an unseren eigenen Interessen festhalten und uns auf unsere eigene Kraft verlassen. Diese Haltung müssen wir auch in der Gewerkschaft durchsetzen. Heute haben wir Personalvertreter, Mitglieder der SPÖ, die zwar gerne von unseren Interessen reden, in der Praxis aber nichts dafür tun. Wir müssen sie bei ihren Worten nehmen, um sie auch zu Taten zu zwingen.

Die Personalvertretung muß brechen mit der Politik der Unterordnung unter die rücksichtslose Rationalisierungspolitik der Gemeinde und sich nach den Interessen des Personals richten. Das aktuelle Kampfziel ist die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche.

l.m., Zelle AKH, Wien

Die Personalvertretung der Bundesbediensteten in der Bewährungshilfe hat in einem Schreiben an das Verhandlungskomitee gegen den völlig unzureichenden Gehaltsabschluss protestiert. Wie im Klassenkampf Nr.13 berichtet, hatte während der Verhandlungen die Betriebsversammlung der Privatangestellten in der Bewährungshilfe – deren Bezüge an den Wiener Gemeindebediensteten orientiert sind – die Personalvertretung und den Betriebsrat der Bewährungshilfe aufgefordert, Schritte zur Wahrung der Interessen der gesamten Belegschaft zu unternehmen.

Psychiatrisches Krankenhaus Baumgartnerhöhe/Wien

Jetzt versucht Gemeinde mit List und Spaltung Überstunden auszudehnen

War die Gemeinde bei ihrem ersten Anlauf zur Ausdehnung der Arbeitszeit von 43 auf 48 Wochenstunden in unserer Anstalt an der einheitlichen Ablehnung durch das Pflegepersonal gescheitert (von ca. 400 Bediensteten unterschrieben bis auf 2 alle gegen den Gemeindeplan), so versucht sie jetzt mit anderen Mitteln, dennoch ihren Plan durchzusetzen.

Dabei bedient sie sich einerseits des Mittels der Spaltung. So hat sie angekündigt, daß die Schüler der Krankenpflegeschule auch während des Schuljahres in den Radldienst (mit Nacht-, Sonn- und Feiertagsdienst) einbezogen werden sollen. Das würde im Schnitt auf eine 55-Stundenwoche hinauslaufen (bei maximal 60 Wochenstunden!), innerhalb von 6 Wochen würde es für die Schüler nur 4 freie Tage ohne vorhergegangenen Nachtdienst geben! Eine derart brutale Regelung, mit der man den wehrlosesten Teil des Personals, die Schüler, allerschärfster Ausbeutung unterwerfen will, zielt vor allem darauf ab, die Einheit des Personals in der Frage der Arbeitszeit zu zerbrechen. Sie richtet sich daher gegen das gesamte Personal! Obendrein hofft die Gemeinde, damit wenigstens die ärgsten Auswüchse der Unterbesetzung der Dienstposten etwas zu kaschieren – natürlich auf Kosten unserer Gesundheit!

Andererseits bedient sich die Gemeinde jetzt eines üblen Tricks, um mit ihren Einsparungsplänen, trotz der erlittenen Abfuhr bei ihrem ersten Anlauf, gegen das Personal durchzukommen. Sie möchte die Tatsache ausnützen, daß bei der Unterschriftenaktion gegen die 48-Stundenwoche nicht ausdrücklich auch die damit verbundene Einführung des „5er-Radls" abgelehnt wurde. So möchten die Herrn vom Magistrat das „6er-Radl", die jetzt übliche und relativ günstige Diensteinteilung durch das zuvor erwähnte „5er-Radl", wo man eben nur mit 43 Wochenstunden, ersetzt sehen. Mit diesem „5er-Radl" stehen den Bediensteten aber mit einem Schlag etwa ⅓ weniger freie Tage zur Verfügung. Damit steigert sich die Verfügbarkeit des Personals für den Dienstgeber beträchtlich. Überdies verbessern sich für sie damit die Bedingungen, früher oder später die 48-Stundenwoche doch noch durchzusetzen.

Ein Bediensteter

Waagner-Biró-Konzern

Vorreiter beim verschärften Druck auf die Arbeiterschaft

Der Waagner-Biro-Konzern ist ein „alteingesessenes Unternehmen" in der österreichischen Stahl- und Maschinenbauindustrie mit knapp 4.000 Beschäftigten in den Werken Graz und Wien. Die Aktien dieser AG befinden sich zu 84 % im Besitz der Länderbank, der Rest ist Streubesitz.

Seit Jahren, verstärkt seit dem Beginn der Krise im Jahre 1975, führt die Firmenleitung Rationalisierungsmaßnahmen in einem solchen Umfang, mit einer so ausgefeilten Raffinesse durch, daß sie als beispielgebend für andere Kapitalisten gilt. Wir müssen andererseits daraus lernen, wie solchem Druck auf die Arbeiter und Angestellten begegnet werden kann.

Die Lage in der Stahl- und Maschinenbaubranche

Kennzeichnend für die jetzige Situation ist ein Rückgang der Investitionen in fast allen Industriezweigen. Vor allem die Stahlindustrie steckt in einer Krise, aus der sie nicht und nicht herauskommen kann (vgl. Klassenkampf Nr. 6/77 vom 17. März). Dementsprechend weiten die Stahlkapitalisten ihre Produktion nicht aus, im Gegenteil sie schränken sie ein. In der Hauptsache werden Rationalisierungs-Investitionen getätigt. Ebenso sinken die Investitionsaufträge der öffentlichen Hand.

Im Export gehen immer mehr Länder dazu über, vor allem technisches Know-how und die Herstellung hochwertiger Produkte in Auftrag zu geben, die einfacheren Konstruktionen aber selbst zu erzeugen. Dies gilt vor allem für die Länder der Dritten Welt und ist Ausdruck des Unabhängigkeitsstrebens dieser Staaten.

In dieser Situation tobt ein heftiger Konkurrenzkampf um die Märkte, um jeden einzelnen Auftrag in der Investitionsgüterindustrie. Sie treibt die großen mulitnationalen Konzerne in die traditionellen Märkte der heimischen, kleineren Konzerne. Die „Marktnischen-Politik" hört sich auf, sobald auch Riesenkonzerne gezwungen sind, kleine und kleinste Aufträge zu übernehmen.

Nach jüngsten Untersuchungen des Wirtschaftsforschungsinstitutes sank die Auslastung in der Stahl- und Maschinenbauindustrie vom langjährigen neunmonatlichen Durchschnitt auf sechs Monate herunter.

Die Stellung des Waagner-Biro-Konzerns

Wenn man sich die Produktenpalette ansieht:

- 24 % Stahlbau
- 22 % Maschinenbau
- 20 % Anlagenbau und Umweltschutz
- 17 % Wärmetechnik
- 7 % Gießerei,

so zeigt sich, daß Anlagenbau, Umwelttechnik, Energietechnik und Rückgewinnung von Rohstoffen eine große Rolle spielen. Sehen wir uns die Entwicklung seit 1973 an:

	1973	1974	1975	1976
Umsatz in Mill. S	1.210	1.390	1.650	1.965
Auftragseingang während des Jahres in Mill. S	1.329	2.990	2.534	2.150
Auftragsstand zu Ende d. Jahres in Mill. S	1.854	3.522	4.456	4.700
Exportanteil in %	32	68	72	57

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß ab 1975 die Aufträge zurückgingen, also mit dem Jahr der beginnenden Krise. Die Auftragsbestände zu Ende des Jahres stiegen noch, da erteilte Aufträge nicht sofort in Produktion gehen und viele Arbeiten länger als ein Jahr zur Fertigstellung benötigen.

Der Exportanteil am Umsatz des Waagner-Biro-Konzerns sank von 72 % im Jahr 1975 auf 57 % im Jahr 1976. Im heurigen Jahr entfallen von den Auftragseingängen, soweit sie aus dem Ausland kommen, 38 % auf den Nahen Osten, 33 % auf den RGW-Raum, der Rest auf die westlichen Industriestaaten und auf Südamerika.

Noch bis vor einigen Monaten gaben sich die Konzernherren der Biro zuversichtlich. Zuversichtlich „... *auf eine weitere Verbesserung der Ertragslage des Unternehmens ...., die schließlich auch in einer höheren Dividende ihren Niederschlag finden müßte.*" (Girozentrale Börsendienst). Sie sahen günstige Möglichkeiten für die Steigerung der Ausbeutung der Belegschaft, denn nur dadurch können sie im internationalen Konkurrenzkampf bestehen. Um ihre Profite zu halten oder zu erhöhen, müssen sie mehr aus den Arbeitern herauspressen, rationalisieren, um die Produktionskosten zu senken.

Die Auswirkungen des Kampfes um die Konkurrenzfähigkeit auf die Belegschaft

	1973	1974	1975	1976
Umsatz in Mio. S	1.210	1.390	1.650	1.965
Personalstand	3.903	4.010	4.077	3.823
Umsatz pro Beschäftigten in Mill. S	0,31	0,35	0,40	0,51

Der Umsatz pro Beschäftigtem stieg ständig, am stärksten voriges Jahr. Obwohl nicht direkt vergleichbar, da weitere Faktoren (wie Preisentwicklung) berücksichtigt werden müssen, läßt sich erkennen, womit die Waagner-Biro-Kapitalisten ihren Umsatz erhöhen konnten: Mit verschärfter Antreiberei, Arbeitshetze und Freisetzung von Arbeitern; dies v.a. 1976, wo die Zahl der Arbeiter von 2.614 um 248 auf 2.366, also um 9,5 % gesenkt, der Umsatz hingegen um 19 % erhöht wurde.

Ständig Kündigungen!

Nach der Reduzierung der Belegschaft im vorigen Jahr soll heuer weiter gekündigt werden, insgesamt 250 Arbeiter und Angestellte. Dutzende sind davon schon betroffen und wurden in den bisherigen Monaten dieses Jahres gekündigt. Begründet wurde dies mit „dem Rückgang der Werkstattstunden trotz steigender Umsätze."

Die Firmenleitung geht bei diesen Kündigungen sehr geschickt vor, um einerseits sehr wohl durch die Angst um den Arbeitsplatz die Kollegen zu erhöhter Arbeitsleistung anzutreiben, andererseits keinen Widerstand dagegen aufkommen zu lassen. Niemals wird eine größere Anzahl aus einer Abteilung zugleich gekündigt, viele Selbstkündigungen werden mit Versetzungen, verbunden mit kräftigen Lohneinbußen, erzwungen. Ein besonders schändliches Mittel stellt das Angebot der Kapitalisten an viele Arbeiter dar, auf Montage zu gehen. Das ist für die meisten Kollegen unannehmbar, sie sind verheiratet, haben Familie und wollen nicht jahrelang in der Welt herumzigeunern. Nehmen sie das sogenannte „Angebot" nicht an, heißt's Arbeitsverweigerung und Kündigung.

Andere Kollegen werden wieder in andere Abteilungen versetzt, wo sie niemand kennt, nach einigen Tagen oder Wochen „verschwinden" sie.

Die Kapitalisten fürchten die Solidarität der Arbeiter und versuchen sie zu unterlaufen.

Steigender Lohndruck

	1975	1976
Lohnsumme	352.426.370,-	339.549.120,-
Beschäftigte Lohnempfänger	2.614	2.366
Jahresdurchschnittsverdienst pro Lohnempfänger (brutto)	134.822,-	143.511,-

Die Herren in den Verwaltungsetagen sind Meister im Lohndrücken. Sie haben erreicht, daß für die Arbeiter der Brutto-Durchschnittsverdienst nur um 6,5 % gestiegen ist. Und das bei einer offziellen Teuerungsrate um die 10 %, einem Kollektivvertragsabschluß 1976 von 7,5 % und einer geringen innerbetrieblichen Lohnerhöhung im Sommer 1976.

Es wurden bei der Biro eine Reihe von Maßnahmen gesetzt, um den Reallohn zu senken:

* *Versetzungen von Kollegen mit Streichung von Zulagen oder Einstufung in niedere Lohngruppen. Dies bedeutete für viele Kollegen einen absoluten Lohnverlust bis S 20,- pro Stunde.*
* *Kündigung von Facharbeitern – ein angelernter Arbeiter muß dieselbe Arbeit, natürlich mit geringerem Lohn, ausführen.*
* *Vor allem bei Ausländern wird ein weiteres Mittel eingesetzt: Kündigung eines ausländischen Kollegen und gleichzeitige Aufnahme eines anderen zu schlechteren Lohn bedingungen.*
* *Langsameres Vorrücken in eine höhere Lohngruppe.*
* *Und als letzte Masche die sogenannte „Abschaffung des Akkords", wie die Firmenleitung verkündete. Um die Lohnkosten zu senken, werden die überall im Betrieb erkämpften Prämien geschmälert, die ca. 25 % des Bruttolohnes ausmachen. Diese Prämien wurden bisher nach gefertigter Tonne, nach Einhaltung des Liefertermins etc. abteilungs- und gruppenweise berechnet. Nun sollen sie generell gesenkt werden, „nivelliert", wie die Betriebsleitung sagt, „es sei so wenig Arbeit da".*

All diese Maßnahmen, Kündigungen und Lohndrückerei, verbunden mit verstärkter Arbeitshetze, verstärkter Belastung durch Lärm und Schmutz, konnten allerdings nicht ohne Widerstand der Belegschaft durchgesetzt werden.

Der Widerstand der Belegschaft entwickelt sich

Schon voriges Jahr gab es heftige Auseinandersetzungen unter den Kollegen, wie dem Reallohnabbau nach dem miserablen Kollektivvertragsabschluß begegnet werden könnte. Viele waren unsicher, ob es überhaupt möglich sei, bei der krisenhaften Entwicklung eine innerbetriebliche Lohnerhöhung, wie sie jedes Jahr vorher erkämpft wurde, auch für 1976 zu erreichen. Inzwischen schritten die Kollegen im Grazer Werk zur Tat, riefen eine Protestveranstaltung ein und stellten der Firmenleitung ein Ultimatum: Lohnerhöhung oder Streik. Die Firmenleitung mußte nachgeben, versprach Lohnerhöhung und die Betriebsräte begannen mit ihnen zu verhandeln. Nun verließen sich die Kollegen auf den vom steirischen SP-Landtagsabgeordneten Premesberger geführten Zentralbetriebsrat und waren prompt verlassen. Ihre Kampfbereitschaft verpuffte durch die langen Verhandlungen und heraus kam eine spalterische Prozenterhöhung zwischen ein und zwei Prozent, nur für einen Teil der Kollegen und noch dazu zu verschiedenen Terminen ausbezahlt.

Als die Firmenleitung in Wien zu weiteren Rationalisieungsmaßnahmen griff, z.B. einer geplanten Einführung eines Dreischichtbetriebes in einigen Abteilungen, wurde dies von der Belegschaft geschlossen abgelehnt und nichts war mit dem Schichtbetrieb.

Heuer ist die Situation unter den Kollegen stark geprägt von der Angst um den Arbeitsplatz und dumpfer Wut über den starken Druck, der auf ihnen lastet. Schiffbruch hat erlitten die jahrelang von der Firmenleitung und einigen SP-Betriebsräten gepredigte.. „Waagner-Biro-Familie"-Ideologie. Aus eigener Erfahrung kannten die Kollegen schon, daß es nicht weit her war mit den „gemeinsamen Anstrengungen", dem „gemeinsamen Zusammenstehen in einer schwierigen Lage" und was es noch der Schlagwörter gab. Die Auswirkungen der Krise bekamen die Kollegen zu spüren, Arbeitshetze, Lohndruck und Kündigungen. Die Konzernherren steigerten den Umsatz, erhöhten die Dividende und ihre Rücklagen.

Dieses Durchschauen der Lage: auf der einen Seite die Waagner-Biro-Kapitalisten, auf der anderen Seite die Arbeiter und Angestellten, führte auf Grund der erschwerten Bedingungen noch zu keinen aktiven Kampfmaßnahmen gegen die Kündigungen und für eine innerbetriebliche Lohnerhöhung. Die Diskussionen darüber schlagen jedoch schon hohe Wellen. In den Pausen und während der Arbeit sind dies die Hauptsgesprächsthemen.

Bei der innerbetrieblichen Lohnerhöhung sind die zwei brennendsten Fragen der Kollegen: 1. Was können wir erreichen, welche Forderung brauchen wir und wie können wir sie durchsetzen, und 2. Was ist mit den Verhandlungen, die die Betriebsräte bis jetzt hinter unserem Rücken mit der Firmenleitung darüber führen.

Dabei zeigt sich die schädliche Haltung der beiden Betriebsratsfraktionen. Die SP-Betriebsräte jammern den Kollegen vor, wie schlecht die Lage der Biro sei und daß nichts zu holen sei. Wie bei der letzten Betriebsversammlung, wo sie über eine Stunde darüber sprachen, jedoch keine Minute darauf verwendeten, Forderungen zu diskutieren oder Informationen über den Stand der Verhandlungen zu geben. Sie stimmten noch jeder Kündigung zu und unternehmen nichts, die Kollegen für eine Lohnerhöhung zusammenzuschließen.

Die Vertreter der KPÖ „machen in Opposition" einzig und allein damit,indem sie der Firmenleitung gute Ratschläge erteilen, wie sie den Konkurrenzkampf besser meistern kann, sie in einem Flugblatt schreiben „Aufgabe der Unternehmensleitung ist es, durch Forschung der voraussichtlichen Entwicklung Rechnung zu tragen, um zeitgerecht neue Produktionsbereiche zu erschließen." Sie wenden sich „verantwortungsbewußt" an die Firmenleitung, wie die Kollegen gegen die Firmenleitung vorgehen könnten, kein Wort.

In dieser Situation ist der Unmut über die Angriffe der Firmenleitung und das Verhalten einiger Betriebsräte sehr groß. Da ist es außerordentlich wichtig, daß die Zelle des KB verstärkt im Betrieb Einfluß ausübt und versucht, die Kollegen im Kampf für den Lohn und die Arbeitsbedingungen zusammenzuschließen.

J.K., (Waagner-Biro-Zelle Wien)

Steyr-Puch/Graz-Thondorf: Arbeiterinnen in der Spannerei verhindern Akkordverschärfung

Vor drei Monaten wurden von der Betriebsleitung neue Zeitnehmungen angeordnet und durchgeführt. Das Ziel der Betriebsleitung war es, den Akkord zu erhöhen.

„Der jetzige Akkord ist schon zu hoch, er ist schon nicht mehr zu schaffen, wir wollen nicht mehr", hörte man die meisten Arbeiter sagen und es blieb nicht nur beim mündlichen Protest. Die in letzter Zeit erschienenen Auswertungen der Zeitnehmungen brachten ein negatives Ergebnis für die Betriebsleitung. Bei manchen Abteilungen waren derart verschiedene Werte, daß sie total unbrauchbar waren.

Die Betriebsleitung, bestrebt die Arbeitshetze noch mehr zu verschärfen, griff daher zu anderen Mitteln. In der Spannerei (Mopedsparte) gab sie den Auftrag, daß beim Einziehen der Speichen die Arbeiterinnen 2 bis 3 Gewinde lockerer anziehen sollen, dafür aber statt 120 Stück 160 Stück schaffen müßten. Dies sei eine „Erleichterung" für alle, deshalb könne die Stückzahl ruhig erhöht werden. Doch die Herren haben sich geschnitten. Sie glaubten wohl, daß jene Arbeiterinnen, die 20 Jahre an einer Maschine stehen, nicht durchschauen, was da gespielt wird. Der Handgriff bleibt der gleiche, es wird nur schlampiger gearbeitet, was eine Gefahr für den bedeutet, der derlei Moped fährt. Die Arbeiterinnen dieser Abteilung, hauptsächlich ältere Frauen, weigerten sich geschlossen, mehr zu arbeiten. Sie wissen, daß der Betrieb sie braucht, weil sie an den Maschinen eingearbeitet sind und gerade in der Spannerei es lange braucht, bis man halbwegs eingearbeitet ist. Die Arbeiterinnen gingen geschlossen zum Meister und sagten: „Wir schaffen es nicht, wenn ihr den Akkord erhöht. Wenn ihr ihn erhöhen wollt, holt Junge her und werft uns hinaus, aber wir machen kein Stück mehr." Trotz verstärktem Druck durch Meister und Betriebsleitung, trotz Einstellung junger Arbeiterinnen konnte sich die Betriebsleitung nicht durchsetzen, die Arbeiterinnen blieben geschlossen beim alten Akkordsatz und verhinderten somit eine Erhöhung des Akkords.

AZ (Zelle Puch, Ortsgruppe Graz)

Kärnten: „Gleitende Arbeitswoche" stößt bei Bankangestellten auf Ablehnung



Am Samstag, den 18.6.1977 blieb in Feldkirchen die Tür der Sparkasse geschlossen, obwohl sich die Geldinstitute „Sparkasse" und „Volksbank" geeinigt hatten, abwechselnd je einen Samstag vormittag offenzuhaben, ein anderer Wochentag wäre für die Angestellten dafür frei. Diese als „Fremdenverkehrsservice" ausgegebene Neueinführung stieß auf Ablehnung der Angestellten und der Gewerkschaft der Geld- und Kreditangestellten. Jene htten zu einer Blockade aufgerufen und Delegierte von verschiedenen Banken Kärntens (etwa 20) beteiligten sich an dieser Blockade. Sie wollen verhindern, daß solche „Beispiele" Schule machen und letztlich der Samstag als Arbeitstag bei den Banken eingeführt wird. Das war ein sehr guter erster Schritt der Bankangestellten und der Gewerkschaft, der Aushöhlung des Arbeiter- und Angestelltenschutzes entgegenzutreten. Ist doch offensichtlich, daß solche Regelungen nur dazu dienen, die Arbeitszeit den „Bedürfnissen" der Profitwirtschaft völlig unterzuordnen.

ELIN-Wien, Brünnerstraße:

Diskussionen um Innerbetriebliche

Bei der ELIN ging es in letzter Zeit um die Regelung und Auszahlung der heurigen innerbetrieblichen Lohnerhöhung.

Das letzte Angebot der Firma lautet:

* *1,5% der Lohnsumme werden in unterschiedlicher Höhe auf einen Teil der Belegschaft aufgeteilt*
* *160,- pro Jahr der Betriebszugehörigkeit (wird erst ab dem dritten Jahr ausbezahlt),*
* *3 Tage zusätzlichen Urlaub für alle die über 25 Jahre in der Firma sind.*

Dieses Spalterangebot kommt nicht zufällig. In der Folge der Verschärfung der internationalen Konkurrenz ist die Firma immer mehr in Schwierigkeiten geraten, ihre Waren abzusetzen. Auf dem Rücken der Arbeiter mehr Profit herauszuholen und so am Weltmarkt an Schlagkraft zu gewinnen, ist das Ziel der Elin-Kapitalisten. Das Mittel dazu ist die umfassende Steigerung der Ausbeutung der Arbeitskraft und die Elin-Arbeiter haben bereits gemerkt, was das bedeutet: Neustoppungen, Einführung der Wechselschicht in einzelnen Abteilungen, Einsatz von schnelleren Maschinen und nicht zuletzt Druck auf den Lohn und Spaltung beim Lohn.

Erstens bekommt nur ein kleiner Teil von den 1,5% etwas und es ist nicht klar, wer was erhält;

zweitens wird die Prämienzahlung von der Anzahl der Jahre der Betriebszugehörigkeit abhängig gemacht, wobei man in den ersten drei Jahren nichts bekommt.

So ergeben sich unterschiedliche Erhöhungen von 0 bis ca. 8.000.- pro Jahr. Diese Gegensätze, die durch das Vorgehen der Firmenleitung geschaffen werden, sollen einen Kampf um eine ausreichende innerbetriebliche Lohnerhöhung für alle gleich verhindern.

Eine einheitliche Forderung müßte gewährleisten, daß die Löhne von Kollegen in niedrigen Lohngruppen (Lehrlinge, Jugendliche, Frauen) bedeutend angehoben werden und andererseits ältere Kollegen dadurch nicht weniger bekommen. So eine Forderung wäre zum Beispiel ein wesentlich höherer Prozentsatz von der Lohnsumme und eine gleichmäßige Verteilung dieser unter den Kollegen.

Die Haltung des gewerkschaftlichen Linksblocks (KPÖ) zur Innerbetrieblichen

Vor einem Jahr sprach man in der Betriebszeitung des GLB davon, daß die Prämienauszahlung Spaltung unter den Kollegen bedeutet. Auch hörte man etwas von einer Forderung nach einem 15.Monatsgehalt, und daß es notwendig wäre, die Innerbetriebliche breit gestreut auszuzahlen. Im Verlauf der heurigen Verhandlungen hat es der Linksblock nicht für nötig gehalten, Forderungen öffentlich aufzustellen und zu diskutieren. Genauso wie die SP-Betriebsräte führt er geheime Verhandlungen und gibt die Angebote der Firmenleitung nicht bekannt, geschweige denn auf der Grundlage richtiger Forderungen sich auf die Kollegen zu stützen. Hingegen zerbricht man sich in der Zeitung des GLB den Kopf für die Elin-Kapitalisten:

„Auch wir sehen in der Entwicklung unseres Betriebes eine gefährliche Tendenz. Seit Jahren schon stagniert unser Beschäftigungsstand, er verminderte sich seit der „Zusammenlegung" um rund 100 Kollegen. Ohne Zweifel investierte - und rationalisierte man in letzter Zeit sehr viel und sicherlich mit dem Effekt, daß wir jetzt rationeller arbeiten; nur geht es auf die Dauer nicht an, daß zwar der Beschäftigtenstand im Konzern steigt, bei uns aber zurückgeht." Und weiter: *„Wir meinen, daß man neben dem eingeschlagenen Weg so viel als möglich in der Fabrik selbst fertigt, aber auch neue Produktionen aufnehmen soll. Sicherlich gibt es auch hier Probleme....Man müßte endlich - und darin liegt unsere Chance - auf Spezialfertigungen ausweichen."* Und als letztes noch der gute Rat: *„Vor allem müßte man den krisenfesten sozialistischen Markt mehr ins Auge fassen!"*

Diese Sätze sprechen für sich. Die KPÖ begrüßt sogar die Rationalisierungen, die die Ausbeutung der Kollegen steigern: in der Brünnerstraße arbeiten immer weniger Kollegen unter immer größerer Hetze. Anstatt Vorschläge zu machen, wie der Kampf gegen die Folgen der verstärkten Ausbeutung organisiert werden soll, macht die KPÖ den ELIN-Kapitalisten Vorschläge, wie sie mehr Profit machen könnten; anstatt dem Lohndruck entgegenzutreten, schweigt sie. Dafür macht sie Propaganda für den Handel mit der sozialimperialistischen Sowjetunion. Auf den von dieser Supermacht kontrollierten Ostmärkten sollen die ELIN-Kapitalisten den Mehrwert, den sie aus den Arbeitern hier herauspressen realisieren; das soll für die Elin-Arbeiter angeblich besser sein, weil es dann den Elin-Kapitalisten besser ginge. Von solchen heruntergekommenen Argumenten einer heruntergekommenen ehemals kommunistischen Partei werden sich die Elin-Arbeiter allerdings nicht Sand in die Augen streuen lassen.

Zelle Elin/Wien

Maschinenfabrik ANDRITZ/Graz: Firmenleitung will Kampf gegen das Prämiensystem mit einer Kündigung abwürgen

Wie wir bereits berichteten (Klassenkampf 12/77) hatten sich bereits vor einigen Wochen weit über 100 Angestellte in der Maschinenfabrik Andritz (MFA) auf einer im Betrieb kursierenden Unterschriftenliste für die Einberufung einer Gruppenversammlung ausgesprochen. Auf dieser Versammlung sollte gegen das ungerechte und spalterische Prämiensystem und die dazugehörige Leistungsbeurteilung eine einheitliche Meinung der Angestellten hergestellt und ein Beschluß gefaßt werden, wie dagegen vorgegangen werden soll.

Gegen diese breite Bewegung unter den MFA-Angestellten, die auch unter vielen Arbeitern der Firma Sympathie und Unterstützung findet, entfaltete die Firmenleitung in Zusammenarbeit mit einigen sozialdemokratischen Betriebsräten eine großangelegte Hetzkampagne. Am 28. Juni fand diese Kampagne ihren vorläufigen Höhepunkt in der Kündigung des Kollegen Helmut Heimel aus dem Papiermaschinenbau.

Die Kündigung würde zwar erst mit 30. September wirksam, dem Kollegen Heimel wurde aber ab sofort verboten, das Werksgelände zu betreten. Der Betriebsrat hat dieser Kündigung mehrheitlich zugestimmt.

Kollege Heimel war einer der an der Unterschriftenaktion Beteiligten. Er hat beigetragen zur Überwindung der von der Firmenleitung geschürten Spaltung der Kollegen. Dazu kommt, daß er seit jeher ein erklärter Gegner des Atomkraftwerksprogramms der Kapitalisten und der Regierung ist, was den MFA-Kapitalisten besonders deshalb gegen den Strich geht, weil sie nicht unerheblich am Geschäft mit den Atomkraftwerken beteiligt sind (v.a. Produktion von Kühlwasserpumpen für Atomkraftwerke).

Kollege Heimel wandte sich am 30. Juni mit einem Brief an die Arbeiter und Angestellten bei MFA, in dem es heißt: „Wenn es der Firmenleitung gelingt, in diesem Fall ungehindert zu ihrem Ziel zu kommen, so hat sie in Zukunft freie Hand." Er fordert daher die Kollegen auf, für seine Wiedereinstellung einzutreten.

Es wurde im Betrieb sofort begonnen, Unterschriften für dieses Ziel zu sammeln. Die Zelle MFA des Kommunistischen Bundes hat die Arbeiter und Angestellten bei MFA aufgerufen, diese Unterschriftensammlung zu unterstützen und mit allen Kräften die Wiedereinstellung des Kollegen Heimel zu verlangen.

Die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner hat auf ihrer gesamtösterreichischen Konferenz am 2. Juni eine Resolution beschlossen, in der sie gegen die Kündigung des Kollegen Heimel protestiert und seine sofortige Wiedereinstellung fordert.

K.W./Ortsgruppe Graz

Uni-Klagenfurt: Rationalisierungskommission stuft

Am Mittwoch und am Donnerstag (22. und 23.6.) war an der Klagenfurter Hochschule eine Kommission vom Ministerium. Diese Kommission hat überprüft, was die öffentlichen Bediensteten tun, im besonderen die Sekretärinnen. Jeder, der im Öffentlichen Dienst beschäftigt ist, weiß, daß so eine Überprüfung öfters vorkommt, selten allerdings etwas Gutes zur Folge hat. So auch in diesem Fall.

Die Kommission war noch nicht weg, wurde bekannt, daß geplant ist, die Dienstposten der Sekretärinnen in Hinkunft in C einzustufen. Vielleicht wird noch hier oder da ein anderer Posten auch zurückgestuft.

Das soll so sein: Jede Sekretärin, die noch keinen fixen Dienstvertrag hat, wird nicht mehr in B – wie bisher – sondern in C eingestuft.

Das hat folgende Auswirkungen im Gehalt: B = netto 5.600,- C = netto etwa 5.000,-. Da bei den Gehaltsverhandlungen nichts herausgeschaut hat, so ist das ein weiterer Angriff auf die Existenzbedingungen der Bediensteten. Der Staat denkt sich wohl, er kann sich das erlauben, denn bei der derzeitigen Arbeitslosigkeit (besonders in Kärnten ist sie noch immer hoch), ist jeder froh, einen Job zu haben.

Die bürgerlichen Zeitungen sagen, die Arbeit der Sekretärinnen bestehe nur aus „ein bißl Tippen". Das ist falsch. Eine Sekretärin hat erzählt, was sie alles machen muß: Die Korrespondenzen der Lehrkanzeln erledigen (auch in Englisch), Verwaltungsarbeiten, Tagungen organisieren, Sitzungen vorbereiten, dort Protokoll schreiben und sich um die Durchführung der Sitzungsbeschlüsse kümmern, wissenschaft-

Hernstein-Klausur:

Beschlüsse nach dem Geschmack des Finanzkapitals

Anläßlich der Hernstein-Klausurtagung hat sich die SP-Regierung und Parteispitze auf Richtlinien und Maßnahmen festgelegt, die spätestens im Budget 1978 zum Tragen kommen sollen.

Das Schweigen des ÖGB zu diesen Festlegungen, die eine schwere Hypothek für die weitere Entwicklung der Lage der Werktätigen ankündigen, ist empörend, aber darf nicht verwundern, da ÖGB-Führer in der Runde an der Suppe mitgekocht haben.

Nicht zu übersehen war die erwartungsvoll-gierige Zufriedenheit, mit der die Vertreter des Finanzkapitals die Ankündigungen Androsch' aufnahmen. Unter dem Motto „Die Richtung stimmt" lobte Igler, Präsident der Industriellenvereinigung, die „Kurskorrektur" der Regierung, die bloß „noch viel zu zaghaft" ausgefallen sei.

Gab es wirklich eine „Kurskorrektur" in der Regierungspolitik und worin soll diese bestanden haben? In welchem Verhältnis stehen die angekündigten Maßnahmen zu den Interessen der verschiedenen Klassen? Sehen wir uns folgende Zusammenstellung der Maßnahmen an:

1. Keine Korrektur der Lohnsteuer „vor 1979" - bei der ständigen Steigerung des Preisniveaus folgt daraus, daß der Teil des Lohns ständig größer wird, den der Staat an sich reißt. Das verdeutlicht den Plan, auch in Zukunft einen immer größeren Teil der Staatstätigkeit von den Werktätigen über diverse Massensteuern finanzieren zu lassen. Eine Wirtschaftszeitung stellte dazu die Überlegung an: „Kommt die Regierung ohne Steuersenkung über die Runde (d.h. über die nächste Nationalratswahl, W.R.) dann wäre die nächste Korrektur kaum vor 1981/82 zu erwarten" (Wirtschaft und Politik, 14.6.77).
2. Durchgreifende Einsparungsmaßnahmen gegenüber den Lohnabhängigen des Staates. Auf der Tagung wurde die ablehnende Haltung gegenüber der Forderung nach voller Teuerungsabgeltung bekräftigt, in der Zwischenzeit wurde mit dem 7,5%/mindestens S 550.-- Abschluß auch in diesem Bereich der Lohnraub vorangebracht. Die Fortsetzung des Rationalisierungsprogramms bei Post und Bahn wurde betont, ebenso der Plan, im kommenden Jahr weitere 1 bis 2% der Dienstposten einzusparen.
3. Kürzung der Ausgaben für eigene Investitionen des Bundes um 10%, v.a. bei der Bahn. Kürzung der Ausgaben für Bildung und Soziales.
4. Kürzung der Förderungsausgaben auf dem Gebiet landwirtschaftlicher Überschußprodukte (zur Preisstützung und für den Abbau der Überproduktion durch Exportförderung). Die Überproduktion landwirtschaftlicher Produkte wird sich dadurch am Markt deutlicher geltend machen und die Misere der kleinen Bauern verschärfen. Die Preise wichtiger Nahrungsmittel werden dadurch - wie schon Anfang 1977 bei der ersten Kürzung der Milchsubvention geschehen - einen Sprung nach oben machen.
5. Dem Monopolkapital - und das ist sozusagen die andere Seite des Programms - wird ein noch kräftigerer Zugriff zur Staatskasse in Aussicht gestellt. Bedeutend mehr Budgetgelder als bisher sollen in die Exportförderung, in die Förderung produktiver, die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Industrie stärkender Investitionen, sowie in die Fremdenverkehrsförderung fließen.

Daß daneben die Möglichkeit der vorzeitigen Abschreibung für Kombiwagen und LKW's - nur eine der vielen Möglichkeiten der Kapitalisten, ihren Gewinn der Besteuerung zu entziehen - gestrichen bzw. eingeschränkt wurde, fällt für große Unternehmungen kaum ins Gewicht, da bei ihnen der Anteil solcher Investitionsgüter am Gesamtkapital relativ gering ist. Anders bei kleinen Unternehmungen, im Handel und in ähnlichen Zweigen, die relativ große Fuhrparkinvestitionen benötigen.

6. Im Anschluß an die Hernstein-Tagung wurde von der Nationalbank der sogehannte Diskontsatz von vier auf 5.5% hinaufgesetzt, sowie mit den Kreditinstituten vereinbart, die Ausdehnung von Konsumentenkrediten zu dämpfen. (letzteres v.a. in der Hoffnung, die hohen Autoimporte zu beschränken) Diese Maßnahmen haben bereits dazu geführt, die Konsumentenkredite für die Massen spürbar zu verteuern.

Der Leser wird sich noch daran erinnern, wie sich die ÖGB-Führung bei der Sparzinssenkung im letzten Jahr für eine Senkung der Kreditzinsen als „Kompensation" stark gemacht hat. Seither haben die Sparkassen und Banken Kreditzinsen ohnehin stillschweigend erhöht, einfach, weil die Nachfrage nach Krediten ständig stieg. Die Maßnahmen der Regierung kommen dem Finanzkapital gerade recht, um sich das hohe Zinsniveau segnen zu lassen. Die Vertreter der Banken „begrüßten einhellig die Politik des klaren Restriktionskurses" (Presse, 10.6.77) Die ÖGB-Führung schwieg dazu. ÖGB-Kienzl sitzt ja selbst an der Spitze der Nationalbank.

Gerade an der Zinserhöhung wird deutlich, wie sich die Regierungspolitik an den Interessen des Finanzkapitals ausrichtet, gegen die Interessen der Lohnabhängigen, der kleinen Bauern, wie sie aber auch den Gewerbetreibenden und kleineren Kapitalisten systematisch das Wasser abgräbt. Nur so ist eine Stellungnahme der Bundeswirtschaftskammer zu verstehen, die ganz im Gegensatz zu den Stellungnahmen der Industriellenvereinigung und der Bankenvertreter erklären mußte: „Treffen werde die Zinserhöhung vor allem die kleinen und mittleren Unternehmer, Staat und Großkapital könnten sich ihre Kredite nämlich auch im Ausland und auf dem (billigeren) Kapitalmarkt besorgen". (Presse, 10.6.)

Wir haben in der Vergangenheit oft darauf hingewiesen, daß und wie das Finanzkapital, das zu einer Oligarchie verwobene Monopolkapital in Industrie und Banken, die Staatsfinanzen seinen Interessen unterordnet und wie die Wirtschafts- und Budgetpolitik der Regierung seinen Stempel trägt. Dies ist mit dem neuen Programm der Regierung deutlicher denn je geworden. Deutlicher als zuvor wurde hier den Forderungen und Vorstellungen der Vertreter des Finanzkapitals Rechnung getragen. Nur insofern kann . von einem „neuen wirtschaftlichen Kurs" (Presse) oder einer „Kurskorrektur" (Pressedienst der Industrie) die Rede sein. Nicht aber, weil die Regierung nicht schon bisher versucht hätte, die Krise der kapitalistischen Wirtschaft auf dem Rücken der Werktätigen zu sanieren. Die Monopolkapitalisten verlangen von der Regierung schon die längste Zeit, in ihren Angriffen auf die Interessen der Massen rücksichtsloser, härter und umfassender vorzugehen und „der Wirtschaft" noch stärker als bisher unter die Arme zu greifen.

Die Forderungen des Großkapitals und die Politik der Regierung sind die Reaktionen auf die großen Probleme, in denen die kapitalistische Wirtschaft nach wie vor steht: Ein „Wirtschaftsaufschwung", der auf wackligen Füßen steht und fortwährend in sich zusammenzufallen droht; eine verschärfte Konkurrenz am nationalen und internationalen Markt, die ihren Ausdruck in dem gestiegenen Handelsbilanzdefizit gefunden hat; Staatsfinanzen, die durch die Krise und die verschärfte Plünderung durch das Finanzkapital noch tiefer in die Verschuldung geraten sind und die in diesem Zustand ihrerseits zu einer Quelle der Zerrüttung der Wirtschaft werden.

Die Industriellenvereinigung fordert deshalb über die Unterstützung des Lohnabbaus hinaus entschiedene Maßnahmen zur Sanierung des Budgets: genauer gesagt, Sparmaßnahmen, die bei gleichzeitiger Ausdehnung der Unterstützung für das Großkapital ein Ansteigen des Budgetdefizits verhindern sollen. Im „Pressedienst der Industrie" stand nach der Hernstein-Tagung zu lesen: „Die Ansätze für eine erhöhte Sparsamkeit bei der öffentlichen Hand, v.a. im Zusammenhang mit dem Budget 1978, seien zu begrüßen. Ein nachhaltiger Erfolg könne sich aber erst dann einstellen, wenn auf *vielen* Gebieten von einer Gesinnung des Nulltarifs Abschied genommen werde. Statt immer neue kostenlose, in Wahrheit aber von der Allgemeinheit zu tragende Leistungen, etwa *auf dem Gebiet der Sozial- und Bildungspolitik* zu verlangen, müsse mehr zur Stärkung der Eigenvorsorge und der Eigenverantwortung getan werden". Ebenso entschieden verlassen sich die Großkapitalisten selbst aber nicht auf die „Eigenvorsorge" sondern fordern gerade Sparsamkeit auf der einen Seite, um auf der anderen Seite vom Staat billige Kredite, Subventionen, Unterstützung jeder Art zur Stärkung ihrer Konkurrenzfähigkeit und zu ihrer Bereicherung zu verlangen.

Die Regierung hat mit ihrem Maßnahmenpaket den Forderungen des Finanzkapitals unverhohlen Rechnung getragen. Der Masse der Werktätigen werden diese Maßnahmen weitere schwere Belastungen bringen.

W.R.

Wertheim/Wien: „Saure Trauben" für die Angestellten

Eines der Ergebnisse der langen Auseinandersetzungen über innerbetriebliche Lohn- und Gehaltserhöhungen (siehe Berichte in Klassenkampf 8/76 und 1 - 4/77) waren individuelle Erhöhungen. Diese Rechnung ist uns jetzt präsentiert worden. Zirka 190 Gehaltserhöhungen konnten festgelegt werden, d.h., daß jeder 2. Angestellte was kriegt.

In den Abteilungen werden die Kollegen gegeneinander aufgehetzt und die Einheit zwischen Betriebsrat und Angestellten wird untergraben.

Der Betriebsrat verhandelt mit den zuständigen Abteilungs- und Bereichsleitern über die Erhöhungen, und wenn er den einen Kollegen vorschlägt, läßt er dabei notwendigerweise den nächsten unter den Tisch fallen. Da hat sich der Betriebsrat und haben wir uns alle auf nichts Gutes eingelassen.

In der Abteilung Datenverarbeitung war es besonders kraß, dort konnte „keine Einigung erzielt werden, es wurden wenige, sehr hohe Gehaltserhöhungen fast ausschießlich an Abteilungsleiter und höhere Angestellte vergeben, fast alle anderen Angestellten in dieser Abteilung erhalten keine Gehaltserhöhung.

Drei Kolleginnen haben daraufhin gekündigt, weil sie unzufrieden sind und woanders mehr verdienen können!

Wichtig wäre es jetzt, um den Spaltungsmanövern der Firmenleitung nicht ins Messer zu laufen, in den einzelnen Abteilungen offen zu besprechen, wer wieviel bekommt und aus welchen Gründen. Dabei sollte berücksichtigt werden, daß in der Regel die, die was bekommen, nicht „schuld" sind, daß die anderen nichts bekommen.

Von individuellen Erhöhungen profitiert nur die Firmenleitung. Nicht die Belegschaft und nicht jeder einzelne! Das müssen wir uns merken, und das muß sich der Betriebsrat merken!

A./Zelle Wertheim

Dienstposten herab

liche Arbeitspapiere erstellen, Prüfungs- und Studienberatung, Bibliothekskrimskrams etc. etc.

Also ist die Arbeit ziemlich vielfältig, erfordert Kenntnisse und ist in Masse vorhanden. Durch die bestehende Aufnahmesperre und die von Kreisky 1977 wieder geplante Dienstpostenkürzung (1976 war schon eine) wird die Arbeit sicher nicht weniger.

In Klagenfurt hat es im Personal schon heftigste Debatten über die geplante Rückstufung, die 1%-Dienstpostenkürzung und die Aufnahmesperre gegeben. Demnächst wird die Personalvertretung eine Sitzung einberufen. „Wir müssen klare Forderungen erheben und die Einheit mit den Bediensteten an anderen Hochschulen herstellen", war die Meinung einer Bediensteten. R.H., Ortsaufbaugruppe Klagenfurt

Protestaktionen gegen die Beschlußfassung der Wehrgesetznovelle

Am 29.6. wurde im Nationalrat die Wehrgesetznovelle beschlossen. Bereits zwei Tage später trat sie in Kraft. 6000 Wehrpflichtige traten ihren Wehrdienst an, von diesen muß so gut wie jeder damit rechnen, daß vielleicht er zu den 12 % jedes Jahrganges gehört, die zwangsweise zu den drei Monaten dauernden Kaderübungen kommandiert werden.

Schon Anfang Juni, anläßlich der parlamentarischen Aussch ußberatungen, als auch gegen Ende des Monats auf die bevorstehende Beschlußfassung hin, ist es zu zahlreichen Protestaktionen in mehreren Städten gekommen. Die Beschlußfassung war nicht zu verhindern. Aber die Aufmerksamkeit insbesondere vieler Jugendlicher wurde geweckt. In dieser Hinsicht haben die Aktionen und ihre Vorbereitung – die folgende Zusammenfassung beschränkt sich auf die letzten Aktionen – ihre Wirkung und ihren Sinn gehabt. Nicht allerdings spiegelt die Teilnahme an diesen Demonstrationen die wirkliche Breite der Ablehnung der Wehrgesetznovelle unter den Jugendlichen und im Volk wi der. Auf die Mobilisierung all dieser Kräfte aber wird es ankommen, wenn nach Beschlußfassung der Novelle dennoch der Kampf gegen die in ihr enthaltenen Bestimmungen geführt werden soll.

Wien: In etlichen ÖGJ-Gruppen (so bei den Metall- und Bergarbeitern im 2. Bezirk) und in den sozialdemokratischen Jugendorganisationen wurde heftig über die SP-Regierung debattiert, die scharf angegriffen wurde. Wenige Wochen vor der Beschlußfassung hatte die Soldaten- und Reservistengruppe „Querschläger" mehrere Aktionseinheitsbesprechungen einberufen, um Protestschritte zu organisieren. Die Vertreter der SJ und des KSV setzten alles daran, um eine Demonstration zu verhindern, wie sie die Ortsgruppe des KB vorschlug. Noch beim Treffen Vorster-Mondale hatten die selben Elemente erklärt, sie könnten nicht viel unternehmen, weil sie alle ihre Kräfte für Aktionen gegen die Wehrgesetznovelle einsetzen müßten.

Schließlich wurde die Abhaltung einer Protestveranstaltung der „Querschlägergruppe" am 24. 6. beschlossen. Am selben Tag wurde ein Aktionstag in der Stadt durchgeführt. Die Veranstaltung wurde von etwa 100 Menschen besucht, davon 20 aus der Gewerkschaftsjugend oder der SP-Jugend. Veranstaltung und Aktionstag wurden für die Vorbereitung einer Demonstration am 29.6. genutzt.

Die Demonstration am 29.6. selbst wurde vom KB, Ortsgruppe Wien, organisiert. Unter den Losungen: „Weg mit der Wehrgesetznovelle", „Keinen Mann und keinen Groschen für das reaktionäre Bundesheer" und „Gegen die Militärpolitik der österreichischen Bourgeoisie" marschierten 260 Menschen auf der Mariahilferstraße zum Ring.

Salzburg: Am 1. Juli, dem Tag des neuen Einrückungstermins, führte die Ortsgruppe Salzburg des KB eine Demonstration gegen die Wehrgesetznovelle durch. Obwohl sie nur 30 Menschen umfaßte, war sie von einer kämpferischen Stimmung geprägt und trug den Protest auch in Salzburg zum Termin der Beschlußfassung dieses verhaßten Gesetzes auf die Straße. In der Abschlußrede, der 80 Menschen zuhörten, wurde der Charakter der Wehrgesetznovelle entlarvt, die „Friedenskonferenz" in Belgrad, an der sich auch die österreichische Regierung beteiligt, erläutert, das Bundesheer als Gewaltmittel der Bourgeoisie angegriffen und die entschlossene Unterstützung der Kämpfe der Soldaten angekündigt.

Linz: Bereits am 24.6. führte die Ortsgruppe des KB in der Arbeiterkammer eine Saalveranstaltung durch. In drei Referaten wurde die Militärpolitik der herrschenden Klasse, der Kampf gegen die Wehrgesetznovelle und die gegenwärtige internationale Lage im Zusammenhang mit der Belgrader Konferenz behandelt.

Am folgenden Sonntag trat eine Zelle der Ortsgruppe vor der Ebelsberger Kaserne auf, in der der neue psychologische Eignungstest bereits probeweise durchgeführt wird. In drei Stunden wurden über 30 Broschüren verkauft.

Am 28. 6. fand eine Protestkundgebung gegen die Beschlußfassung der Wehrgesetznovelle am Schillerplatz statt. An der anschließenden Demonstration beteiligten sich 50 Menschen.

Klagenfurt/Celovec: Für den 28.6. rief die Ortsaufbaugruppe Klagenfurt des KB zu einer Protestkundgebung am Alten Markt auf. Mit einer intensiven Flugblätterverteilung wurde die Kundgebung vorbereitet. An der Kundgebung nahmen über 20 Menschen aktiv teil, u.a. auch drei Soldaten aus einer Klagenfurter Kaserne. Bis zu 60 Menschen verfolgten mit Interesse die Reden.

„SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN GEGEN DIE ANTIFASCHISTEN!"

Dokumentationsbroschüre des KB Österreichs, Ortsgruppe Salzburg. Solidaritätspreis: S 10,-
(Zu beziehen über: Bertram Ortner, Linzerbundesstraße 33, 5023 Salzburg).

Aus Anlaß der Vorfälle um den Nazipropagandastand am Alten Markt in Salzburg Ende Mai und der Verhaftung von Antifaschisten, darunter drei Mitglieder des KB und des MSB (siehe „Klassenkampf 11,12/77) bringt die Ortsgruppe Salzburg eine Dokumentationsbroschüre heraus. Aus dem Inhaltsverzeichnis: * „Offenkundige Verherrlichung des Naziterrorregimes" (Untersuchung des Propagandamaterials), * Chronik der antifaschistischen Aktionen, der Verhaftungen und der anschließenden Solidaritätsbewegung, * Wie tritt man wirksam gegen faschistische Propaganda bzw. solche Organisationen auf; * Über den Klassencharakter des Faschismus und die Bedingungen seiner Entstehung als Produkt des Imperialismus, * Zusammenarbeit der Polizei und Justiz zum Schutz des Nazistandes und die Kriminalisierung der Antifaschisten, * Spendenaufruf.

Diese Broschüre soll der weiteren Entwicklung der Solidaritätsbewegung gegen die laufenden Verfahren – über Salzburg hinaus – dienen. Eine Spendenaktion zur Deckung der Prozeßkosten wurde bereits eingeleitet.
ZAHLUNGSZWECK: „SOLIDARITÄT MIT DEN ANGEKLAGTEN ANTIFASCHISTEN (LUDWIG HARTINGER)"
KONTONUMMER: 12 42 544, SALZBURGER SPARKASSE.

Spendenaktion gegen die Kriminalisierung der Antifaschisten

Für das 'Salzburger Straßenfest' kochten wir 50 Marillenknödel und verteilten sie gegen Spenden für die Prozeßkosten.

Zuerst hielten wir eine Ansprache und erklärten den Leuten die Bedeutung der Kriminalisierung einzelner Antifaschisten. Die Spendensammlung traf auf große Zustimmung – die Knödel auch. Der Letzte wurde versteigert. Insgesamt sammelten wir an diesem Abend S 920,-!

MSB-Zelle Psychologie/Salzburg

Der Zusammenschluß der Soldaten muß

Obwohl der Widerstand gegen die jüngste Wehrgesetznovelle, welche am 29. Juli 1977 im Parlament beschlossen wurde, sie nicht verhindern konnte, hat er jedenfalls sehr deutlich gezeigt: Der Kampf der Arbeiter- und Schuljugend gegen den Ausbau des Bundesheeres, gegen die imperialistische Militärpolitik lebt, trotz aller Manöver der Regierung, trotz aller Abwiegelei der verschiedensten Jugendorganisationen. Lebendig ist auch der Widerstand im Bundesheer selbst, unter den Präsenzdienern in den verschiedenen Kasernen, gegen politische Unterdrückung und Entrechtung, gegen die elende Lage der Soldaten. Aber der organisierte Zusammenschluß der Soldaten, der gemeinsame Kampf für bestimmte Forderungen und z.B. auch die Einreihung in den Kampf gegen die Wehrgesetznovelle steht immer noch auf verhältnismäßig niedriger Stufe. Wo sich Soldaten in Demonstrationen gegen die Wehrgesetznovelle einreihten, so noch in den wenigsten Fällen in Uniform – angedrohte Strafen (in diesem Fall sind zwei Wochen Bau vorgesehen) oder meist schon Beobachter und Spitzel des Bundesheeres haben Wirkung gezeigt. Der feste und breitangelegte Zusammenschluß der Soldaten in den Kasernen tut not, um hier weiterzukommen. Die Militärarbeit der Kommunisten muß durch die systematische Arbeit unter den Soldaten ihr festes Rückgrat erhalten. Diese Militärarbeit muß einerseits betreiben und beschleunigen die Zersetzung der bürgerlichen Armee, des reaktionären Bundesheeres, andererseits und Hand in Hand damit die militärische Vorbereitung der proletarischen Revolution. Diese Linie gibt das Programm des KB Österreichs an: „Ersetzung des stehenden Heeres, der Polizei, der Gendarmerie und aller anderen bewaffneten Formationen des Staates durch die allgemeine Volksbewaffnung; Wahl, Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit der Offiziere; Bezahlung in der Höhe des bisherigen Lohns durch die Kapitalisten bzw. bei öffentlich Bediensteten durch den Staat während der Dienstzeit in der allgemeinen Volksmiliz."

Warum hat sich die spontane Rebellion unter den Soldaten bisher nicht zu einer breiten Bewegung entwikkelt?

Wo es Unterdrückung gibt, da gibt es unvermeidlich Widerstand. Im österreichischen Bundesheer gibt es unzählige Beispiele aus der Vergangenheit und Gegenwart dafür. Die bisher zögernden Fortschritte im organisierten Zusammenschluß der Soldaten haben ihre Ursachen nicht nur in solchen Dingen wie der im Vergleich zu anderen imperialistischen Staaten kürzeren allgemeinen Wehrdienstzeit („die paar Monate übertauchen") und der scharfen Entrechtung und Unterdrükkung im Heer im Zuge des verstärkten Ausbaus des Bundesheeres im Rahmen der Umfassenden Landesverteidigung, sprich Vorbereitung der österreichischen Bourgeoisie auf den Bürgerkrieg wie auf die Teilnahme am imperialistischen Krieg der beiden Supermächte.

Daß der Widerstand, die versteckte und offene Rebellion bisher nicht zu einer breiteren Bewegung unter den Soldaten angewachsen ist, dafür tragen insbesondere Reformismus und Revisionismus die Verantwortung, bürgerliche Strömungen, die zwar verschiedene Mißstände anprangern, aber die Massen ablenken von der einzig konsequenten, revolutionären Orientierung des Kampfs auf die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats und seiner bewaffneten Organen wie Polizei, Gendarmerie und Bundesheer.

Das Vorherrschen solcher bürgerlicher Strömungen hat bisher jeden Ansatz zum Zusammenschluß der Soldaten und zur Entwicklung einer anhaltenden und breiten Bewegung unter ihnen scheitern lassen. So zuletzt vor einem Jahr, als die vor allem in Wien entstehenden Kasernenkomitees und ein Personenkomitee für die Rechte der Soldaten zwar eine Reihe dringender Aktionsforderungen zu Plattformen erhoben, aber das bürgerliche Heer nicht grundsätzlich in Frage stellten, und damit indirekt und zum Teil ganz offen („Demokratisierung des Heeres") die Existenz der Armee gerechtfertigt wurde. Ins Herz getroffen zeigten sich auch die Führungen der verschiedenen reformistischen und revisionistischen Organisationen immer wieder, wenn sie auf Demonstrationen von den Kommunisten mit der Propagierung der allgemeinen Volksbewaffnung konfrontiert wurden. Oder wenn die Kommunisten über die Rolle des Bundesheeres nicht nur als „innerer Ordnungsfaktor", als Instrument gegen den Kampf der Arbeiter- und Volksmassen aufklärten, sondern auch über seine Rolle für die herrschende Klasse Österreichs im Zuge der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges durch die beiden Supermächte und der folglichen Konfrontation ihrer Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt. Hier Klarheit zu schaffen, ist grundlegende Aufgabe der revolutionären Aufklärungs- und Zersetzungsarbeit im Bundesheer durch die Kommunisten. Dies muß Hand in Hand gehen mit der praktischen Förderung des Zusammenschlusses der Soldaten und der Entwicklung einer breiten Bewegung auf der Grundlage der politisch vordringlichsten Aktionsforderungen. Dazu gehört eine intensive Enthüllungstätigkeit über die Zustände im Heer und die Lage der Soldaten.

Das heißt zweitens, daß die Arbeit der Kommunisten im Bundesheer und unter den Soldaten nicht überlassen werden darf der spontanen und zeitweiligen Initiative eingerückter Genossen.

Es handelt sich dabei um eine Frage des entschiedenen Bruchs mit allen ökonomistischen Traditionen, um eine Frage der allseitigen Vorbereitung der proletarischen Revolution, denn „solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung ihres Eigentums und ihrer Herrschaft verfügt, kann die Arbeiterklasse die politische Macht nur mit Waffengewalt erobern." (Programm des KB Österreichs, Seite 15/16).

Zum Forderungsvorschlag der Soldatengruppe „Querschläger"

Die Gruppe „Querschläger" ist heute der bekannteste Ausdruck organisierten Widerstands im Bundesheer. Die Zeitung ist zwar bis in Tiroler Kasernen bekannt – immerhin wurden von der zweiten Nummer etwa 600 Stück direkt an Soldaten verkauft – aber eine arbeitende Gruppe existiert gegenwärtig nur in Wien. Zu unseren aktuellen Aufgaben in der Soldatenarbeit gehört der Kampf um eine richtige Plattform der „Querschläger"-Gruppe. Nur unter dieser Voraussetzung und auf Grundlage der dabei von uns angestrebten Festlegungen wird sich einerseits die Gruppe „Querschläger" gut entwickeln, als auch anderswo der organisierte Zusammenschluß von Soldaten Fortschritte machen können. Das wiederum wird von ungeahnt großer Bedeutung sein für die enge Verbindung der Masse der Soldaten und der Arbeiter- und Volksmassen im Kampf gegen den österreichischen Imperialismus und gegen die Kriegstreiberei der beiden Supermächte.

Über die notwendigen Grundlagen des Zusammenschlusses der Soldaten hat der „Querschläger" Nr. 2 ein Forderungsprogramm als Vorschlag veröffentlicht und die Diskussion darüber soll in nächster Zeit auf die Verabschiedung einer Plattform zugespitzt werden.

in ganz Österreich Fortschritte machen!

Forderungsprogramm

„1. Volle politische Rechte für alle Soldaten. Keine Beschränkung der Informations-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit
2. Volle politische Rechte für demokratisch gewählte Soldatenvertreter. Ermöglichung ihrer Zusammenarbeit im Bereich der Kaserne, der Garnison und des gesamten Bundesheeres
3. Einrücken in die nächstgelegene Kaserne
4. Garantie eines wöchentlichen Mindesturlaubs von zwei vollen Tagen! Voller Zeitausgleich für Dienste in der dienstfreien Zeit!
5. Nachturlaub für alle dienstfreien Soldaten!
6. Entlohnung in der Höhe des gesetzlichen Mindestlohns!
7. Kostenlose Benützung aller öffentlichen Verkehrsmittel!
8. Selbstverwaltung der Kantinen durch die Soldaten bei Verkauf zu Selbstkostenpreisen!
9. Änderung des Beschwerderechtes: Zulassung von Gemeinschaftsbeschwerden! Verbot negativer Auswirkungen von Beschwerden auf den Beschwerdeführer!
10. Wirksame Verhinderung schikanöser und unmenschlicher Ausbildungsmethoden
11. Keine Verlängerung des Präsenzdienstes durch Zwangsverpflichtungen
12. Gegen den Ausbau des Bundesheeres zur „inneren Ordnungsmacht", Auflösung der Objektschuttruppen
13. Ausbau des Zivildienstes zur echten Alternative
14. Keinerlei Zusammenarbeit mit Militärbündnissen"

Der Großteil dieser Forderungen ist geeignet, den Zusammenschluß der Soldaten zu fördern und kann dazu beitragen, daß im Bundesheer eine Front gegen den bürgerlichen Staat und seine Offiziere entsteht. Ein Forderungsprogramm dieser Art – abgesehen von der Richtigkeit einzelner Forderungen – sollte zweifellos den Hauptteil der Plattform einer solchen Soldatengruppe bilden. Soll aber nicht von vorneherein dem Reformismus und Revisionismus Tür und Tor in die Gruppe geöffnet, soll eine längerdauernde Arbeit und eine Ausbreitung der Gruppe angestrebt werden, dann ist es nötig, in die Plattform auch einige Festlegungen zur grundsätzlichen Orientierung der Gruppe aufzunehmen. Dazu ist einerseits in den Forderungen 12. und 14. des Vorschlags bereits enthalten, was man im Textteil der Plattform besser sagen kann: Daß sich die Gruppe gegen den äußeren und innneren reaktionären Zweck des Bundesheeres richtet, gegen seinen Ausbau als imperialistische Armee in enger Verbindung mit der NATO und gegen seinen Ausbau als Bürgerkriegsarmee gegen die österreichische Arbeiterklasse und das Volk. Darüber hinaus treten wir dafür ein, daß Gruppen wie der „Querschläger" in ihrer Plattform bezüglich Linie und Orientierung der Arbeit von der allgemeinen Volksbewaffnung und den anderen Militärforderungen des Programms der österreichischen Kommunisten (siehe Zitat am Anfang des Artikels) ausgehen. So sehr dies der Kernpunkt zwischen bürgerlichen und proletarischen, revolutionären Auffassungen in der Militärfrage heutzutage ist, so sehr müssen wir hier durch gute und intensive Überzeugungsarbeit erst die Voraussetzungen schaffen, um schließlich eine taugliche und von allen wirklich fortschrittlich gesinnten Mitkämpfern akzeptierte Plattform der Gruppe zu schaffen.

Die genaue Ausformulierung der unterstützenswerten Forderungen, sowie eventuelle Ergänzung (etwa gegen das gesamte Heeresdisziplinargesetz) soll ein anderes Mal behandelt werden. Hier sei nur auf die Probleme beim vorliegenden Forderungsprogramm eingegangen: Forderung 6. nach Entlohnung in der Höhe des gesetzlichen Mindestlohns sollte ersetzt werden durch die Forderung nach Bezahlung der Soldaten in der Höhe ihres bisherigen Lohnes. Denn was ist der gesetzliche Mindestlohn? In Wirklichkeit nichts Einheitliches oder Vereinheitlichtes, sondern die entweder sehr verschiedenen, meist katastrophal niedrigen KV-Mindestlohnsätze, die ohnehin dringend möglichst weit an die tatsächlich gezahlten Löhne angeglichen werden müßten, oder im Falle eines allgemeinen Mindestlohnes nichts anderes als eine andere Art der Festlegung eines staatlichen Hungersoldes anstatt der bisherigen Taggeldsätze. Keines von beiden ist eine taugliche Orientierung. Spalterisch bzw. falsch sind die siebente und die dreizehnte Forderung. Zweckmäßig ist es, die volle Vergütung der Fahrten zwischen Kaserne und Wohnort zu fordern.

Den Ausbau des Zivildienstes zu einer echten Alternative zum Bundesheer fordern wir nicht. Die Aufhebung der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Ausplünderung und Unterdrückung des Volkes kann nur durch die proletarische Revolution erreicht werden. die historischen Erfahrungen zeigen, daß die Bourgeoisie ihre Macht nicht freiwillig abgeben wird, sondern von der Arbeiterklasse und den Volksmassen im bewaffneten Aufstand gestürzt werden muß. Deshalb ist es auch notwendig, daß die Arbeiterklasse und das Volk jede Möglichkeit nutzt, sich militärisch auszubilden. Deshalb sind wir auch dagegen, daß man dem Militärdienst aus dem Weg geht und den Zivildienst macht. Genauso sind wir allerdings dagegen, daß der imperialistische Staat die Menschen aus dem Volk unterdrückt und schikaniert, die aus den verschiedensten Gründen nicht den Militärdienst absolvieren wollen. So entschieden wir *dafür* eintreten, daß sich die Arbeiterklasse und das Volk militärisch ausbildet und vobereitet für den militärischen Kampf zum Sturz der Bourgeoisie, so entschieden treten wir für das *Recht* eines jeden ein, den Militärdienst zu verweigern, und so entschieden treten wir gegen jede Form der Gängelung und Schikanierung der Zivildiener durch den imperialistischen Staat auf. Die heutige Zivildienstregelung enthält jede Menge solcher Regelungen der Schikanierung und Gängelung. Wir sind für die vollständige Beseitigung aller dieser Regelungen und damit für die praktische und vollständige Verwirklichung des Rechts auf die Wehrdienstverweigerung. In diesem Sinn würden wir eine Forderung vorschlagen, die sich gegen alle Beschränkungen des Rechts auf Wehrdienstverweigerung und gegen alle Möglichkeiten der Schikanierung und Gängelung der Zivildiener richtet.

Machen wir – unter Berücksichtigung der konkreten Lage und des Standes der Bewegung unter den Soldaten – unverzüglich Ernst mit der Weisung der Gründungskonferenz des KB Österreichs vom August 1976: "Es müssen Organisationen aufgebaut werden, in denen Soldaten, Reservisten sowie andere interessierte Menschen zur gemeinsamen Arbeit in Militärfragen zusammengefaßt werden, zur Aufklärung der Bevölkerung über die Lage im Heer und über Militärfragen, zur Unterstützung der Bewegung und Kämpfe der Soldaten, zur Vorbereitung der Jugend auf die Dienstpflicht". ("Kommunist" 1/76 S.78)

Der Aufbau der neuen kommunistischen Partei der Arbeiterklasse auf der Linie des Programms des KB Österreichs schließt die Zersetzung und weitestgehende Untauglichmachen der bewaffneten Formationen des bürgerlichen Staates für seine Zwecke und die umfassende Vorbereitung der Arbeiter und Volksmassen auf den bewaffneten Kampf gegen die bewaffneten Einheiten der herrschenden Klassse von allem Anfang an mit ein.

J.R.

Bregenzer Stadtverwaltung mußte Jugendzentrum eröffnen - Jetzt erst recht Kampf um Selbstverwaltung!

Am 7. Juni wurde endlich das langersehnte Bregenzer Jugendhaus eröffnet. Weit mehr als ein Jahr waren vergangen, seit der Verein „Zündschnur", dessen erklärtes Ziel ein Jugendhaus in Selbstverwaltung ist, gegründet worden war. Mit allen Mitteln hatte die Stadt versucht, die Initiative der Jugendlichen abzuwürgen. Sie ist kläglich gescheitert. Aber so schnell wollten die Stadtväter nicht aufgeben. Wenn schon ein Jugendhaus, dann eines unter ihrer Fuchtel. So wurde als verantwortlicher Leiter ein Soziologe eingestellt, der, wenn er das Wort Selbstverwaltung nur hört, schon einen Ausschlag kriegt, so allergisch ist er dagegen. Da erschien plötzlich ein „Organisationskomitee" von Stadtes Gnaden, in dem sich neben Vertretern der Pfadfinder, des MKV (Mittelschüler-Kartellverband), der Katholischen Jugend und parteitreuen SP-Jugendlichen, die bis dahin keinen Finger für ein Jugendzentrum gerührt hatten, netterweise auch ein Vertreter der „Zündschnur" aufhalten durfte. Natürlich setzt die Stadt auch ihr wichtigstes Druckmittel gezielt ein – das Geld.

Daß das alles nichts nützen wird, zeigte sich schon am ersten Abend. Die zahlreichen Jugendlichen, die die erste Vollversammlung besuchten (weit über 100), ergriffen selbst die Initiative und hängten ein großes Plakat an die Wand, auf dem sich jeder in Arbeitsgruppen eintragen konnte. Die anwesenden Vertreter der Stadt reagierten sichtlich nervös und murmelten etwas von „nichts übereilen" und so.

Doch es kam noch schlimmer für sie. Eine Woche später, 2. Vollversammlung. Mag. Glaser, der „Leiter" des Hauses, wartet mit seiner Schreckensbilanz auf: aufgeklebte Zeitschriften zum Großteil entwendet, ein Teil der vorhandenen Spiele zerstört, Brandflecke im PVC-Boden, Schmutz und Scherben überall. Tenor des Ganzen: Wie wollen die Jugendlichen Selbstverwaltung üben, wenn sie nicht einmal ein Mindestmaß an Eigenverantwortlichkeit zeigen? Das hätte er besser nicht gesagt, denn jetzt gings los, zuviel hatte sich in der einen Woche schon angestaut. Es waren anscheinend lauter Kleinigkeiten, aber zusammen ergaben sie ein Bild davon, wie versucht wird, die Jugendlichen zu gängeln. Typisches Beispiel: Ein Mädchen berichtete, als sie putzen wollte, seien ihr Kübel und Fetzen mit den Worten „Geputzt wird am Donnerstag" aus der Hand gerissen worden. Kurz davor hatte sich Mag. Glaser aufgeregt, daß niemand aufräumen würde! Andere beschwerten sich über die unfreundliche und arrogante Art einiger Mitglieder des „Organisationskomitees". Außerdem wehrten sich die meisten dagegen, dafür verantwortlich gemacht zu werden, daß einige wenige Unfug machten. Außerdem sei das ein Argument für die Selbstverwaltung, denn nur die könne gewährleisten, daß so etwas nicht mehr (oder fast nicht mehr) vorkommt.

Nach zweistündiger Diskussion wurde folgender Antrag gegen den Widerstand von Mag. Glaser zur Abstimmung gebracht: „*Das Jugendhaus wird von den Benützern selbst verwaltet. Leitungsorgan ist ein neues Organisationskomitee, bestehend aus je einem gewählten Vertreter der bestehenden Arbeitskreise. Dieses Organisationskomitee ist der Vollversammlung, die vorläufig wöchentlich stattfindet, rechenschaftspflichtig und verantwortlich und kann von ihr jederzeit abgewählt werden.*" (sinngemäße Wiedergabe des Antrages)

Abstimmungsergebnis: 2 Gegenstimmen, 9 Enthaltungen, 105 dafür.

Daß die Arbeitsgruppen arbeitsfähig sind, zeigten sie gleich am folgenden Wochenende, als bereits 3 von ihnen die ersten Aktivitäten setzten:

Freitag, 17.6.: Bundesheer-Diskussion mit ca. 80 Teilnehmern.
Samstag, 18.6.: Konzert mit Jeff's Unit vor vollem Haus, veranstaltet von der AG Musik,
Sonntag 19.6.: Film über Zimbabwe mit Diskussion, ebenfalls ca. 80 Besucher, Veranstalter: AG Film.

Wir werden uns nicht unterkriegen lassen!
FÜR EIN JUGENDZENTRUM IN SELBSTVERWALTUNG!

w., Bregenz

Podiumsdiskussion im Bregenzer Jugendhaus entlarvt volksfeindlichen Charakter des Bundesheeres

„Die beste Haltung ist die Maulhaltung! Und tatsächlich gab uns Gott zwei Ohren zum Hören und nur einen Mund zum Reden. Ob im Staat oder im Betrieb, es gibt Befehle, die wir gehorsam erfüllen sollen."

Dieser Satz aus dem offiziellen Ausbildungsbuch für Grundwehrdiener war sozusagen der Ausgangspunkt einer Podiumsdiskussion über das Bundesheer, die am 17. 6. im neueröffneten Bregenzer Jugendhaus mit einer Beteiligung von etwa 80 Jugendlichen stattfand. Auch zwei Vertreter des Bundesheeres waren erschienen, darunter der Vorarlberger Militärkommandant Oberst Simma.

Ein ehemaliger Soldat, Vertreter der Arbeitsgruppe „Aktive Friedenspolitik", die die Veranstaltung organisiert hatte, begann mit einer Schilderung seiner Erfahrungen im Bundesheer: Jeden Tag kleinliche Schikane, Verachtung der einfachen Soldaten, Privilegierung der Offiziere usw. Bereits im Veranstaltungsflugblatt war zitiert worden, was Bundesheerkader in der Kaserne in Lochau so zu den Grundwehrdienern sagen:

„Denken dürft ihr schon, aber was ich denke, ist richtig."

„Sie haben Pflichten und Rechte, beschränkt euch auf die Pflichten."

„Einem Untertanen steht es nicht zu, so etwas zu sagen."

Die beiden Offiziere wollten davon natürlich nichts wissen, obwohl andere Anwesende diese Erfahrungen bestätigten. Kleine Mißstände könne es zwar geben, aber im übrigen sei das Bundesheer eine legale Organisation, die einen klaren gesetzlichen Auftrag habe. Und eines sei klar, jede Armee müsse nach dem Prinzip „Befehl und Gehorsam" funktionieren.

Das war aber den Zuhörern nicht klar.

„Über Befehle kann, soll und will ich nicht nachdenken," sagte darauf Oberleutnant Schröckenfuchs. Er sei sogar bereit, auf seine eigene Familie zu schießen, wenn ihm dies befohlen werde.

Daraufhin auf den Befehl auf Arbeiter zu schießen und über die Rolle des Bundesheeres im Februar 1934 angesprochen, sagte er, das sei damals eben der legitime Befehl der Regierung Dollfuß gewesen. Im übrigen sei eine Armee ja nur das ausführende Organ der Politik, über die nachzudenken nicht die Aufgabe des Soldaten sei. In die gleiche Bresche schlug der Vorarlberger Militärkommandant, der voll Stolz auf die Verwundungen hinwies, die er bei Hitlers Eroberungsfeldzügen erlitten hatte sowie auf die Tatsache, daß er es im Hitlerheer vom einfachen Soldaten zum Bataillonskommandanten gebracht hatte.

Wenn auch nach der Veranstaltung noch viele Fragen offen blieben, wie etwa die Frage, *wie* man gegen das Bundesheer kämpfen soll, so hat sie doch nicht zuletzt durch die Stellungnahmen der Offiziere zu einem besseren Verständnis des volksfeindlichen Charakters des Bundesheeres, vor allem bei den anwesenden Jugendlichen beigetragen.

Nach einem Bericht von F.B., Bregenz

Belgrader Konferenz: Die österreichische Regierung als Vorreiter der „Entspannungspolitik"

In Belgrad gibt es nichts Neues. Hinter den Kulissen geht ein zähes Ringen der Supermächte vor sich. USA und SU versuchen, eine solche Tagesordnung für die Hauptkonferenz im Herbst durchzusetzen, die ihren jeweiligen Interessen entspricht. Gleichzeitig geht jenseits der Belgrader Konferenz die Rivalität der beiden Supermächte erbittert weiter. Sie treiben ihr Hegemoniestreben und ihre Kriegsvorbereitungen nachhaltig voran. Es ist kein Wunder, daß die Belgrader Konferenz „stockt" und „stagniert". Das liegt am Widerspruch zwischen der Wirklichkeit und dem Entspannungsschwindel und an der Härte, die das Ringen der Supermächte heute auch auf diplomatischem Gebiet bestimmen.

In dieser Situation ist die österreichische Delegation federführend für den „Block der Neutralen" mit einem „Kompromißvorschlag" hervorgetreten. Statt im Plenum sollen die verschiedenen Fragen in getrennten Ausschüssen diskutiert werden und es soll nicht zwischen der Diskussion über die bisherige Erfüllung der Helsinki-Akte und der über die zukünftigen Perspektiven getrennt werden. Was ist der Gesichtspunkt dieses Vorschlags? Es ist der Gesichtspunkt, mit allen Mitteln an der „Entspannungspolitik" festzuhalten, den Entspannungsschwindel aufrechtzuerhalten, die Konfrontation in Belgrad zu vermeiden. Es ist der Gesichtspunkt der Vernebelung der Kriegsgefahr und des Völkerbetrugs. Es ist der Gesichtspunkt, die Völker zu täuschen und politisch zu entwaffnen. Es ist ein reaktionärer und schädlicher Gesichtspunkt, der den Kriegstreibern nur Vorschub leistet. Die österreichische Bourgeoisie bezieht diesen Gesichtspunkt nicht aus Naivität und aus „gutem Willen". Es ist vielmehr auch der Gesichtspunkt, einen möglichst großen diplomatischen, politischen und schließlich auch ökonomischen Nutzen aus der „Entspannungspolitik" und der Neutralität Österreichs zu ziehen. Es ist einfach der Gesichtspunkt der eigenen imperialistischen Interessen, wie sie in der heutigen Weltsituation am besten verfolgt werden können. Aus diesen Interessen heraus macht sich die österreichische Regierung wieder, ja mehr noch als in Helsinki, zum Vorreiter der „Entspannungspolitik" und zum Handlanger der Supermächte. Die Belgrader Konferenz und der ganze Knäuel von Widersprüchen, den der Imperialismus dort vorfindet, bietet ihr ein geeignetes Parkett, sich in diesem Sinn international hervorzutun.

Das österreichische Volk und alle Völker der Welt haben an dieser Politik und an der ganzen Belgrader Konferenz nicht das geringste Interesse. Wir führen den Kampf gegen die Politik der österreichischen Regierung unter der Forderung: *Keine Teilnahme Österreichs an der Belgrader Hauptkonferenz im Herbst!*

Dem Komplott der Belgrader Konferenz müssen weiters die internationalen Abrüstungsforderungen entgegengestellt werden.

- Abzug aller im Ausland stationierten Truppen! Insbesondere: Abzug der amerikanischen und sowjetischen Truppen von den Territorien der europäischen Länder!
- Auflösung aller Militärstützpunkte, insbesondere der beiden Supermächte in Europa, einschließlich der Kernwaffenstützpunkte auf Territorien fremder Länder!
- Abzug der Kriegsflotten der beiden Supermächte aus dem Mittelmeer!
- Verbot der Herstellung und Lagerung von Kernwaffen! Verpflichtung aller Atommächte – insbesondere der beiden Supermächte – niemals als erste und insbesondere nicht gegen kernwaffenlose Länder und kernwaffenfreie Zonen Kernwaffen einzusetzen! Vernichtung aller Kernwaffen!
- Keine Militärmanöver von NATO und Warschauer Pakt in souveränen europäischen Ländern und an deren Grenzen!

Wir werden die nächsten Wochen und Monate nutzen, um Unterstützung für diese Forderungen zu gewinnen und ihnen Nachdruck zu verleihen.

W.L.

Die imperialistische Rivalität kennt keine Entspannung

In Belgrad beraten die beiden imperialistischen Supermächte über „Sicherheit und Zusammenarbeit" in Europa. Sie wollen die Völkern glauben machen, daß sie sich dort auf der KSZE-Konferenz um die Aufrechterhaltung der Stabilität in Europa bemühen. In Wirklichkeit hat es seit Abschluß der KSZE-Akte in Helsinki keine „Stabilität" gegeben zwischen den Imperialisten und dem Sozialimperialismus und wird es auch in Zukunft keine geben. Das Ringen der beiden Supermächte zur Unterwerfung der Völker und Übervorteilung des Gegners auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet hat sich im Gegenteil verschärft. Zur selben Zeit, während sie sich in Belgrad gegenübersitzen, suchen sie ihre Positionen bei der gegenseitigen Rivalität zu verbessern.

Breschnew's Einmischungsversuche in Paris

Bei seinem Frankreich-Besuch Ende Juni hat Breschnew den französischen Imperialisten eine ganze Reihe von Konzessionen abverlangt. Vor allem verlangt er, wie schon seit längerem, eine Änderung der Militärpolitik: Der Häuptling der aggressivsten imperialistischen Macht der Welt sieht „die Entspannung durch die französische Rüstung bedroht", sowie durch ein stärkeres Einschwenken Frankreichs auf die Nato-Positionen. Er forderte darüber hinaus Beteiligung am Abrüstungsschwindel, wie er bei den Wiener Gesprächen praktiziert wird und nahm sich überhaupt das Recht heraus, Rechenschaft über die französische Außenpolitik zu fordern.

Giscard hat die Einmischungsversuche in die eigene Politik zurückgewiesen und eine Änderung der Militärpolitik abgelehnt.

Die letzten Jahre war Frankreichs Politik gegenüber der Sowjetunion eine einzige Serie von Konzessionen, die zu der wohl einmaligen Situation führten, daß ein Nato-Staat kurz vor Breschnews Visite sowjetische Bürgerrechtskämpfer zensuriert, TV-Sendungen mit ihnen kurzfristig abbläst, daß hohe sowjetische Führer im letzten halben Jahr bereits mehrere Male die Gelegenheit hatten, über das französische Fernsehen die gesamte Bevölkerung mit ihrer angeblichen Friedensliebe und ihren Entspannungsillusionen zu betören, sowie direkt und offen die französische Außenpolitik zu kritisieren. Die Grundlage dieser Konzessionen: In den 60er Jahren ist der französische Imperialismus gegen Osten vorgeprescht, in der Hoffnung, die Sozialimperialisten ausnutzen zu können. Umgekehrt ist es gelaufen. Der Sozialimperialismus hat diese relative Lösung Frankreichs aus dem westlichen Lager ausgenutzt, um dieses Land zu einem Versuchsballon bilateraler Beziehungen à la Moskau zu machen. Die Verschärfung der internationalen Lage treibt den französischen Imperialismus einerseits wieder stärker in die Arme des US-Imperialismus und zwingt ihn andererseits, auch gegenüber den Sozialimperialisten eine Politik des Beschwichtigens und Nachgebens zu betreiben.

Die Marxisten-Leninisten Frankreichs, PCR (ML) und „Humanité Rouge" haben den Besuch Breschnews zum Anlaß genommen, die französische Arbeiterklasse und das Volk gegen die Kriegstreiberei des Sozialimperialismus und die Beschwichtigungspolitik der eigenen Bourgeoisie zu mobilisieren. In einer gemeinsamen Demonstration, an der sich zahlreiche Pariser Arbeiter beteiligten, wurden die Parolen verbreitet: „Breschnew spricht von der Entspannung, er bereitet den Krieg vor", „Giscard, Mitterand, Marchais kapitulieren vor Moskau, nur ein sozialistisches Frankreich kann sich den Supermächten widersetzen," Breschnew-Carter bereiten den Krieg vor, bereiten wir die Revolution vor", „Es lebe der antifaschistische Kampf der sowjetischen Völker!"

W.W.

Der neue US-Botschafter: „Menschenfreund" und Spezialist für Ost-West-Handel

Carter schickt einen gewissen Milton Wolf als neuen US-Botschafter nach Wien. Der Kerl rühmt sich für seine „philantropischen (menschenfreundlichen) und humanitären Aktivitäten" um die Flüchtlinge aus dem Osten für die er Wien als „Drehscheibe" zu nutzen gedenkt. (Presse, 23.6.)

Der US-Diplomatenverband hat zuerst Einspruch gegen die Berufung von Wolf erhoben, weil dieser angeblich sich seinen Posten mit 50.000 Dollar Wahlspende für Carter erkauft hat. Das amerikanische Außenministerium ist aber der Meinung, Wolf sei der richtige Mann für Österreich, weil er nicht nur Geld hat, sondern auch „Menschenfreund" ist, was bei den Imperialisten immer auch mit Geschäftssinn verbunden ist: Wolf „interessiert sich für Ost-Westhandel".

Österreich ist für die Art von „Ost-West-Handel", wie ihn die Imperialisten treiben und lieben, ein ausgezeichnetes Wasser. Allein im Juli wurden folgende Beispiele dieses Handels auf österreichischem Gebiet erkannt:

*Das Grundig-Farb-TV-Werk in Wien Meidling wird seine Kapazität von 200.000 Stück auf 500.000 ausdehnen. Ausschlaggebend dafür sind einmal die gegenüber der BRD niedrigen Lohnnebenkosten für die österreichische Arbeitskraft, zum anderen der Markt des Comecon, während auf dem Westmarkt bereits Überproduktion herrscht. (1.6.)

*Steyr arbeitet seit langem mit dem ungarischen Autobusproduzenten Ikarus zusammen. Die Ungarn produzieren die Karosserie, Steyr die Motoren und gegenseitig schanzt man sich die Märkte zu. Steyr hofft auf diese Art nach Angola und Mozambique zu kommen. (20.6)

Der BRD-Konzern MAN beteiligt sich mit Fahrgestellen.

*Der japanische Yoshida-Konzern produziert im Burgenland Reißverschlüsse „made in Austria". Ab Herbst soll das gesamte neue Ostgeschäft von Österreich aus abgewickelt werden. (24.6.)

*Sincotact, ein Gemeinschaftsunternehmen zwischen ungarischen Betrieben (51%) und Siemens-BRD und Siemens-Österreich (zusammen 49%) organisiert eine Expansionstour nach Indien für elektroakkustische Systeme. Schon im Vorjahr konnte auf diese Art der Siemens-Konzern Märkte in Jamaica (Bauxitaufbereitung) erobern und in der Folge sich auch in Griechenland, Persien und Ghana betätigen. 10% Dividende hat der Handel eingebracht.

Man kann sich gut vorstellen, daß der US-Imperialismus alles Interesse an einem „rührigen" Botschafter in Österreich hat, der neben seinen ideologischen Aufgaben als „Menschenrechtskämpfer" auch noch handfest die ökonomischen Interessen der Monopole im Osten wahrnimmt. Man kann sich auch gut vorstellen, daß der Kontakt zwischen dem neuen US-Botschafter und der sozialdemokratischen Regierung ausgezeichnet ist. „Menschenrechte" und Ausbeutung, ideologische, diplomatische und ökonomische Infiltration in den Marktbereich des Sozialimperialismus – auf dieser Grundlage wird man sich verstehen.

Ausbau der US-Raketenwaffen

Vorige Woche hat Carter seine Entscheidung bekanntgegeben, das Rüstungspotential des US-Imperialismus voll auf den Ausbau der Cruise Missiles zu werfen. Von einer Produktion des Bombers B-1 wird vorläufig abgesehen, die Testreihen werden jedoch fortgesetzt. Ein „Nachgeben" gegenüber der Sowjetunion bedeutet diese Entscheidung nicht, im Gegenteil.

Die Cruise-Raketen sind unbemannten Flugzeugen ähnliche Geschosse, die mit einer Flughöhe von nur 40 m die gegnerischen Radarabwehranlagen unterwandern können. Ihr bisheriger Nachteil gegenüber dem Bombenflugzeug bestand in der relativen Zielungenauigkeit auf weite Entfernungen. Dies haben die US-Imperialisten jetzt gelöst durch elektronische Verfahren, in denen das Ziel auf Grund der von ihm ausgehenden Magnetfelder mit hoher Präzision getroffen wird.

Wegen dieser für den imperialistischen Krieg höchst nützlichen Eigenschaften ist diese Vernichtungsmaschine bei den Imperialisten hoch begehrt. Denn: Die Kriegsführung besteht zu einem wesentlichen Teil im Abschneiden des gegnerischen Nachschubs und der möglichst großen Zerstörung gegnerischer Truppen bei der *Aufstellung* im Hinterland. Nützlich ist für sie eine Rakete, die beispielsweise die Eisenbahnstrecke Sowjetunion-DDR in Polen genau trifft und zerstört, ohne gleich Warschau und das halbe Land mitzuverwüsten. Weil sonst das Kriegs*ziel*, sich das Land inklusive Arbeiterbevölkerung und Produktionsmitteln zum Zweck der Ausbeutung und Ausplünderung unter den Nagel zu reißen, gleich mit zerstört wird.

Die Forcierung der Cruise-Raketen gegenüber dem Superbomber B-1 bedeutet kein Abgehen von der sogenannten Abschreckungs-Dreiheit (Tirade), hat Carter betont. Die Raketen können von Land, von U-Booten, und auch von dem alten B-52 Bomber aus abgefeuert werden, von dem zu diesem Zweck 250 Stück umgebaut werden sollen.

Wenige Tage vor Carters Entscheidung, das Cruise-Programm zu forcieren, haben ihm die Militärkommissionen des US-Kongresses empfohlen, Cruise-Raketen auch für den Einsatz in Europa zu konstruieren. Allerdings ohne Nuklearsprengköpfe, wie das von den BRD-Imperialisten schon länger gefordert wird. Die US-Supermacht will die Verfügung über den Einsatz der Nuklearsprengköpfe selbst in der Hand behalten: die Europa-Konstruktion soll so beschaffen sein, daß über Nacht in einem speziellen Hangar die Atombestückung montiert werden kann.

Nach amerikanischen Geheimdienstinformationen haben die Sozialimperialisten die Produktion ihres „Backfire"-Bombers von 5 auf 12 Stück pro Monat erhöht. (Neue Zürcher, 1.7.). Cruise und „Backfire" waren die Streitpunkte bei den letzten, gescheiterten, SAL-Gesprächen. Beide Supermächte wollten diese Waffen nicht in jeweils ihre „Begrenzungen" einbeziehen.

M.Z.

Veranstaltung mit der PCR Uruguays

Gemeinsam mit dem KB und der Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation organisierte die Revolutionäre Kommunistische Partei Uruguays (PCRU) eine Veranstaltung am 22.6., zu der ca. 120 Menschen kamen. Sie wurde eine scharfe Anklage gegen das faschistische Regime in Uruguay und den das Land knechtenden Imperialismus, ein Zeichen enger Verbundenheit und Solidarität mit allen vom Faschismus ermordeten und verfolgten, mit den im Kampf stehenden Revolutionären und der Arbeiterklasse Uruguays.

Ein Genosse aus Uruguay sang Lieder, die in den Gefangenenlagern entstanden sind und bekannte Lieder des Kampfs der lateinamerikanischen Völker. Ein Vertreter der PCRU gab einen ausführlichen Bericht über die aktuelle Situation und Geschichte seines Landes und seines Volkes,über die Feinde der uruguayanischen Revolution und ihre Kampfaufgaben: Bis Anfang der 70er-Jahre wurde Uruguay als eine in Lateinamerika eingeschlossene demokratische Insel betrachtet, als die „Schweiz von Südamerika". Mit dem Eindringen des Imperialismus und der Einführung ausländischen Kapitals hatten sich Bourgeoisie und Proletariat entwickelt. Nationaler Kapitalismus und Nationalbourgeoisie entwickelten sich hauptsächlich während der beiden Weltkriege, als die Produkte des Landes teurer abgesetzt werden konnten, eine Industrie entwickelt wurde und der Imperialismus seine Kontrolle über das Land lockerte. Die Arbeiterklasse und das Volk nutzten dies zur Erkämpfung besserer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Der Niedergang des englischen Imperialismus nach 1930 schafft einen Leerraum, der von der Nationalbourgeoisie für ihre Entfaltung genutzt wird. Der US-Imperialismus nutzt den schwankenden Charakter der Nationalbourgeoisie, um die Engländer endgültig hinauszuwerfen und selbst einzudringen. Ab 1955 verankert sich der Yankee-Imperialismus noch tiefer im Land, preßt es aus und bewirkt somit verschiedene volksfeindliche, antidemokratische und antinationale Veränderungen. Seine Antwort auf die Krise und das Fortschreiten des Volkskampfes war der faschistische Militärputsch 1973. Durch ihn wird endgültig die grundlegende Struktur des Landes bloßgestellt, eine Struktur, die nur durch eine Revolution zu vernichten ist, die gegen die Grundbesitzer-Oligarchie und gegen die Diener des Imperialismus gerichtet ist.

Im Auftrag des Imperialismus herrscht heute in Uruguay blutige und grausamste Unterdrückung. Auf 500 Einwohner kommt ein politischer Gefangener. Verschleppungen, Folterungen und Morde stehen auf der Tagesordnung. Das Leben der Arbeiter und Bauern ist geprägt von brutaler Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Unterernährung ihrer Kinder.

Trotz Sabotage der revisionistischen KP war die Antwort der Arbeiterklasse auf den Putsch ein 15 Tage dauernder Generalstreik. In ihrem Kampf gegen das faschistische Joch stehen die Arbeiter und Bauern Uruguays auch den sowjetischen Sozialimperialisten gegenüber, die wie die Raben versuchen, sich an den Leiden des uruguayanischen Volkes zu bereichern, und die faschistische Diktatur unterstützen. Seit zwei Jahren sind sie die Hauptkäufer der Wolle Uruguays.

Die PCRU sagt klar: Uns fehlen hauptsächlich zwei Sachen: Unabhängigkeit und Demokratie. In der nationaldemokratischen Revolution muß die Arbeiterklasse eine breite Front unter ihrer Führung gegen Imperialismus und Oligarchie aufbauen. Sie ruft alle Organisationen, die auf der Seite des Volks kämpfen wollen, auf, eine breite antifaschistische Front für den Kampf und für den Krieg zu bilden.

LIBERTAD O MUERTE, VENCEREMOS!

FREIHEIT ODER TOD, WIR WERDEN SIEGEN!

Rundreise von Rex Chiwara (ZANU)

Seit Feber 1977 führten mehrere Organisationen, darunter auch der KB und seine Massenorganisationen, eine Spendensammlung zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe durch. Diese Solidaritätskampagne wurde Ende Juni mit einer erfolgreichen Rundreise Rex J.K. Chiwaras, Vertreter der ZANU für Westeuropa, durch Österreich abgeschlossen. Vorläufiges Ergebnis dieser Spendensammlung. Zirka 3 Tonnen Kleider, Schulmaterial im Wert von 5.000,- S und zirka 28.000,- Schilling in bar. Nach Wien gab es noch Veranstaltungen in einer Reihe von Städten.

Graz: Am 22.6. sprach Rex Chiwara vor 71 Menschen im Haus der Jugend. Er sagte: „Unser Volk befindet sich im Krieg gegen das illegale Kolonialregime. Es hat zu den Waffen gegriffen, um für seine Befreiung zu kämpfen und dieses Unterdrückerregime zu beseitigen. Und nach seiner Befreiung wird es diese Waffen in der Hand behalten und seine Unabhängigkeit verteidigen." Chiwara dankte den Anwesenden für ihre Unterstützung des Befreiungskampfes und forderte sie zu noch stärkerer Solidarität mit dem Volk von Zimbabwe auf. Entschlossen folgten alle diesem Aufruf: 3.079,40 S wurden gespendet.

Linz: 58 Freunde und Genossen waren am 23.6. in den Gasthof Lindbauer gekommen und bekundeten ihre Solidarität mit dem kämpfenden Volk von Zimbabwe. Rex Chiwara erklärte, die Bildung der Patriotischen Front von Zimbabwe durch die ZANU und ZAPU sei ein wichtiger Schritt vorwärts gewesen. Auf der Veranstaltung wurden 3.182,40 S gesammelt.

Innsbruck: 65 Menschen begrüßten am 24.6. im Festsaal der Arbeiterkammer mit stürmischem Beifall Genossen Rex Chiwara. Nach seinem Bericht und einer Grußadresse der Ortsleitung des KB beschlossen die Versammelten einstimmig eine Resolution, in der die Forderung nach Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung erhoben wird und die Einschüchterungsversuche der Polizei gegen die Unterstützungsarbeit für das Volk von Zimbabwe (Verbot von Informationsständen, Bedrohung von Kundgebungsrednern) zurückgewiesen wurde. In der Resolution heißt es: „Das zeigt: Der österreichische Staat steht auf der Seite der Ungerechtigkeit, der Unterdrückung, der Ausplünderung und Ausbeutung der Völker der 3. Welt. ... Wir werden unsere Unterstützungsarbeit nicht einschränken lassen, sondern ausweiten. ..."

Die Anwesenden spendeten 1.636,- S.

Bregenz: Vor ca. 90 Schülern, Lehrlingen und Angestellten sprach R. Chiwara am 25. 6. im neuen Jugendzentrum. Viele hörten zum ersten Mal über den Befreiungskampf in Zimbabwe, und einige erkundigten sich spontan, wie sie diesen Kampf unterstützen können. Die rege Diskussion, der herzliche Applaus und das Spendenergebnis von 1.538 S zeigen, wie beeindruckt die Anwesenden von dem Bericht Rex Chiwaras über den Kampf des Volkes von Zimbabwe waren.

Salzburg: Mit Rex Chiwara sprach erstmals ein Vertreter des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe in Salzburg. Die Ortsgruppe hatte die Veranstaltung mit einer Broschüre über die Geschichte des bewaffneten Befreiungskampfes und der ZANU vorbereitet, von der 200 Exemplare verkauft wurden. Auf der Veranstaltung, zu der 60 Personen gekommen waren, sprach Rex Chiwara ausführlich über die heutige Lage und die Fortschritte im Kampf und begeisterte die Anwesenden für die Sache des Volkes von Zimbabwe. Eine Singgruppe trug Lieder des Befreiungskampfes vor und Rex Chiwara sang selber, unterstützt von allen Teilnehmern, ein revolutionäres Lied. 1750,- S wurden gesammelt.

Ein Jahr nach dem Generalstreik - Volkswiderstand in Polen

Ziemlich genau ein Jahr ist es her, daß die polnische Arbeiterklasse in einer großen Massenstreikbewegung die Regierung zur Rücknahme einer geplanten, horrenden Preiserhöhung zwang. Der Streik erfaßte zur gleichen Zeit alle wichtigen Industriezentren des Landes, in vielen großen Städten gab es mächtige Demonstrationen, die Bahndämme wichtiger Fernverkehrslinie wurden besetzt, in Radom wurden in mehreren Stunden dauernden Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Sonderabteilungen der Polizei Barriaden errichtet und Parteihäuser in Brand gesteckt.

Mit der überstürzten Rücknahme der angekündigten Preiserhöhungen hoffte die polnische Regierung die Lage zu „befrieden" – eine Hoffnung, die sich sehr schnell als trügerisch erwies. Das ganze letzte Jahr ließ der Widerstand des polnischen Volkes nicht nach: vor Weihnachten verlangten mehrere hundert Arbeiter der landwirtschaftlichen Traktorenfabrik „Ursus" in Warschau eine Generalamnestie für alle im Zuge des Generalstreiks Verhafteten, zur Unterstützung dieser Forderungen schlossen sich in ganz Polen eine Reihe von Intellektuellen in einem „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter" zusammen und entwickelten trotz massiver Einschüchtrungsversuche und Verhaftungen eine breite Öffentlichkeitsarbeit. Vor knapp zwei Monaten kam in Krakau an einer Protestdemonstration gegen die Ermordung von Stanislaw Pyjas teil, einem Studenten, der Mitarbeiter des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter" war. In den letzten Tagen erhielt die polnische Regierung zahlreiche Petitionen, in denen die Freilassung aller verhafteten Oppositionellen gefordert und die Verunglimpfung des „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter" durch die Propaganda der herrschenden Revisionistenclique scharf zurückgewiesen wurde. Die Ursache für die zunehmende Verschärfung der Klassenkämpfe in Polen tritt immer klarer zutage: Sie liegt in der Herrschaft einer handvoll neuer Herren, die die polnische Arbeiterklasse und alle werktätigen Schichten des Volkes unterdrücken und den Sozialismus verraten haben; die sich mit Haut und Haar der sozialimperialistischen Sowjetunion verschrieben haben, die Besetzung des Landes durch russische Truppen befürworteten, die Ausplünderung der polnischen Wirtschaft durch die neuen Zaren aktiv unterstützen und damit die Zerrüttung vor allem der Landwirtschaft vorantreiben.

So ist Polen heute gezwungen, die Sowjetunion mit großen Mengen von Fleisch und Fleischprodukten zu beliefern, was dazu führte, daß es selbst im letzten Jahr über 55.000 Tonnen Schweinefleich importieren mußte. Und weil die Sowjetunion aufgrund ihres eigenen Rückgangs in der landwirtschaftlichen Produktion nicht wie vereinbart Polen mit Weizen belieferte, mußte Polen seine Weizeneinkäufe anderswo tätigen: aus Kanada importiert es 2,5 Millionen Tonnen Weizen. Zur Dekkung dieses Kaufs mußte Polen Kanada und andere westliche kapitalistische Länder um neue Kredite ersuchen, was sein Handelsdefizit noch mehr vergrößert und außerdem mit der Bedingung verbunden war, daß sich kanadische Firmen in Polen niederlassen dürfen. In den letzten Jahren gab es in Polen eine Mißernte nach der anderen. Die Ursachen der Mißernten liegen nicht in irgendwelchen klimatischen Bedingungen. Tatsächlich hat die revisionistische Clique die Landwirtschaft völlig zugrundegerichtet. 85% der polnischen Landwirtschaft sind heute in Privatbewirtschaftung. Der überwiegende Teil der Bauern hat Höfe unter 5 Hektar. Alle Maßnahmen zur Einleitung der Kollektivierung der Landwirtschaft, die von der polnischen Arbeiterklasse nach der Befreiung vom Hitler-Faschismus durchgeführt wurden, haben die Revisionisten rückgängig gemacht. Ihre Art der Vergesellschaftung ist die kapitalistische: Große Einzelgehöfte werden gefördert, Staatsgüter sollen ebenfalls vergrößert werden.

Für die österreichische Bourgeoisie ist Polen ein Ausbeutungsobjekt

Auch die österreichischen Kapitalisten versuchen aus der verzweifelten Lage Polens Profit zu ziehen. So gelang es ihnen vor kurzem, eine große Menge von Futtergetreide an Polen zu verkaufen, die nirgends anders mehr absetzbar war. Und die zunehmende Verschuldung Polens gegenüber Österreich nutzen sie dazu, um möglichst viel aus Polen zu importieren – zu für die österreichischen Kapitalisten äußerst günstigen Bedingungen, die sie unter dem Druck der Schuldenlast Polens erzwingen können.

Von 1980 bis 1984 wird die österreichische Verbundgesellschaft 400 Millionen kWh Strom beziehen, und vom Jahr 1985 bis 2000 dann 1,6 Mrd. kWh Strom pro Jahr. Ein Teil des Preises ist überhaupt fix während des ganzen Zeitraumes, der andere Preisanteil richtet sich, zur Hälfte nach dem Kohlen- und Rohölindex. (Presse, 22.6.)

Auch mit Hilfe von sogenannten Kooperationsabkommen läßt sich für die österreichischen Kapitalisten ein schöner Gewinn erzielen. Unter dem Motto „Hirn haben wir. Die Produktionskapazitäten haben die" (Steyr-Generaldirektor zu „Profil") schlossen zum Beispiel die Steyr-Werke mit dem polnischen Außenhandelsunternehmen ein Kooperationsabkommen, das neben der Lieferung schwerer LKWs und dem „Know-How" für den Ausbau einer LKW-Fabrik und dem Aufbau eines Motorenwerks in Polen, die Lieferung Polens von allen Teilen für leichte LKWs an Steyr vorsieht. Die fix und fertigen Teile werden in Steyr zusammengebaut und so erobert der österreichische Imperialismus dann Positionen auf dem Weltmarkt.

Handelsbeziehungen dieser Art sind es, die den österreichischen Imperialisten den Osthandel so schmackhaft erscheinen lassen. Sie ziehen dadurch Nutzen aus der verzweifelten Lage, in der sich viele osteuropäische Länder durch die Ausplünderung ihrer Wirtschaft durch die Sozialimperialisten befinden. Und das macht es auch verständlich, warum die österreichische Regierung ein so eifriger Verfechter der Entspannungs- und Beschwichtigungspolitik ist. Sie öffnet ihr Tür und Tor für den Osthandel, für die Beteiligung an der Ausplünderungspolitik der osteuropäischen Länder.

E.R.

Vor 30 Jahren:

Der Marshall-Plan – ein Plan zur Unterwerfung Europas unter das Diktat der USA

Am 5. Juni 1947 hielt der US-Staatssekretär J. Marshall auf der Harvard-Universität eine Rede, die unter dem Namen „Marshall-Plan“ berühmt geworden ist. Heute noch wird der Marshall-Plan als selbstlose Hilfe der USA für das durch den Weltkrieg zerstörte Europa bezeichnet. Auch heute wird der Marshall-Plan den Schulkindern als ein Zeichen der Freiheitsliebe und Großzügigkeit der USA gegenüber Europa und auch gegenüber Österreich dargestellt.

Tatsächlich war der Marshall-Plan ein Baustein der amerikanischen Politik der Erringung und Festigung der Weltherrschaft, ein Baustein zur Schließung des imperialistischen Lagers in Europa, ein Baustein für die Vorbereitung des Krieges gegen die sozialistische Sowjetunion und zur Niederringung des antifaschistischen, antiimperialistischen, demokratischen Lagers. Das wichtigste Ziel des Marshallplanes war die wirtschaftliche Unterordnung Europas unter den US-Imperialismus und die Wiedererrichtung eines mächtigen, westdeutschen imperialistischen Staates als Brückenkopf für die amerikanische Hegemoniepolitik.

Eine neue Weltlage entsteht im Gefolge des 2. Weltkrieges

Der Sieg der Anti-Hitlerkoalition brachte die Niederlage der beiden militaristischsten und aggressivsten Länder des Kapitalismus (Deutschland und Japan) und damit einen großen Sieg der Kräfte der Weltrevolution über die Kräfte der Reaktion. Der Imperialismus insgesamt ging äußerst geschwächt aus dieser Schlacht hervor, die Krise des Kapitalismus spitzte sich weiter zu, während auf der anderen Seite die Arbeiterbewegung einen ungeheuren Aufschwung nahm. In den meisten Ländern Osteuropas wurde die Arbeiterklasse zur führenden politischen Kraft und es wurde der Weg der Volksdemokratie eingeschlagen. Besondere Bedeutung kommt der Zertrümmerung des alten Kolonialreiches unter den Schlägen der nationalen Befreiungsbewegungen zu. Das chinesische, vietnamesische und koreanische Volk schritten an der Spitze der revolutionären Erhebung der unterdrückten Völker. Auf der anderen Seite zerfiel die Anti-Hitlerkoalition selbst:

„Die Sowjetunion und die demokratischen Länder betrachteten als Hauptziele des Krieges die Wiederherstellung und Festigung des demokratischen Systems in Europa, die Liquidierung des Faschismus, die Verhütung der Möglichkeit einer neuen Aggression Deutschlands und allseitige Zusammenarbeit der Völker Europas.“

„Die USA, in Übereinstimmung mit ihnen England, setzten sich im Krieg ein anderes Ziel. Beseitigung ihrer Konkurrenten auf dem Weltmarkt (Deutschland und Japan) und Festigung ihrer eigenen Vormachtstellung.“ (Kommunistisches Informationsbüro 1947, sog. „Kominform“)

Während die Sowjetunion ihre Friedenspolitik fortsetzte, verfolgten die USA nach Kriegsende unverhohlen ihre imperialistischen Ziele. Als einzige imperialistische Macht waren sie nicht geschwächt wie England und Frankreich aus dem Weltkrieg hervorgegangen. Westeuropa betrachteten sie als ihren Satelliten und auf der ganzen Welt versuchten sie, wo immer sie nur konnten, Fuß zu fassen.

Doch die US-Imperialisten standen vor einer ungleich mächtigeren Gegenkraft, als sie sie jemals gekannt hatten: die sozialistische Sowjetunion, die Länder der neuen Demokratie, die wachsende nationale Befreiungsbewegung und die erstarkende Arbeiterbewegung.

Der amerikanische Imperialismus begann daher sich für den Krieg gegen das demokratische Lager mit der Sowjetunion an der Spitze zu rüsten. Freilich waren die Bedingungen für ihn nicht günstig, er hatte die Völker der Welt, das amerikanische eingeschlossen, gegen sich, er mußte sich gegen die Gebiete zwischen den USA und dem sozialistischen Staat und den Staaten der neuen Demokratie unterwerfen, wobei er mit beträchtlichem Widerstand rechnen mußte.

So konzentrierten die US-Imperialisten ihre Bemühungen maßgeblich auf die Unterwerfung Europas unter ihr Diktat. Umgekehrt mußten alle an Frieden, Freiheit und Demokratie interessierten Menschen und Kräfte den Kampf gegen diese Unterwerfung führen, wollten sie nicht ihre Erfolge im antifaschistischen Krieg für neue Unterdrückung und Weiterbestehen des Imperialismus hingeben. Imperialisten und Bourgeoisie der europäischen Länder setzten von Anfang an auf die US-Imperialisten, um ihre eigene Herrschaft wiedererringen und festigen zu können.

1947: Truman-Doktrin und Marshall-Plan – zwei Seiten derselben Medaille

Mit der „Truman-Doktrin“ brachte der US-Präsident unverhüllt und aggressiv die Ziele der amerikanischen Außenpolitik zum Ausdruck. Für Europa sah dieser Plan vor:

Schaffung amerikanischer Stützpunkte im östlichen Mittelmeer, Stützung der reaktionären Regimes am Rande der europäischen Volksdemokratien, allseitiger Druck auf die Staaten der neuen Demokratie, ständige Einmischung in deren innere Angelegenheiten, Unterstützung der Konterrevolution, wirtschaftlicher Boykott.

Der US-Imperialismus konnte sich aber nicht mit der militärischen Unterwerfung Westeuropas, mit Subversion und Infiltration begnügen. Diese ergänzte er durch den „Marshallplan“, der die ökonomische Abhängigkeit von den USA herstellen sollte.

Shdanow kennzeichnete den Marshallplan: „Das Wesen der verschwommenen, absichtlich verschleierten Formulierung des Marshallplanes besteht darin, einen Block der Staaten zu schaffen, die durch Verpflichtungen den USA gegenüber gebunden sind und den europäischen Staaten als Lohn für ihren Verzicht auf die wirtschaftliche und dadurch auch politische Selbständigkeit amerikanische Kredite zu gewähren. Die Grundlage des Marshallplanes bildet dabei der Wiederaufbau der von den amerikanischen Monopolen kontrollierten Industriebezirke Westdeutschlands.“

Praktisch sah der Marshallplan so aus, daß die Staaten, die ihn akzeptierten, einen von den USA zu genehmigenden 4-Jahres-Plan aufstellen sollten. Amerikanische Beauftragte kontrollierten die Verwendung der Mittel und hatten das Recht, sich in die gesamte Wirtschaftspolitik einzumischen.

Während mehrere westeuropäische und mitteleuropäische Staaten die „Marshallhilfe“ annahmen, lehnten dies die Staaten des demokratischen Lagers und namentlich die UdSSR ab. Die Staaten der neuen Demokratie erkannten den Charakter der „Hilfe“: Ökonomische Ausplünderung, Eingliederung in den amerikanischen Monopolkapitalismus und politische Abhängigkeit.

Gegenüber der Idee der versklavenden Hilfe erhob die Sowjetunion das Prinzip, daß ausländische Kredite, die die wirtschaftliche Entwicklung fördern, durchaus akzeptiert werden, aber „niemals das Hauptmittel für die Wiederherstellung der Wirtschaft darstellen sollen. Die wichtigste und entschiedenste Bedingung einer wirtschaftlichen Wiederherstellung muß die Erschließung der eigenen Kräfte und Hilfsquellen des betreffenden Landes und die Errichtung einer eigenen Industrie sein.“

Daß die revolutionäre UdSSR damals diese völlig korrekte Ansicht vertreten hat, ist ein Schlag ins Gesicht für die heutigen revisionistischen Kremlzaren, die unter Phrasen von „internationaler Arbeitsteilung“ und „beschränkter Souveränität“ dasselbe vertreten und verfolgen wie die US-Imperialisten 1947.

Österreich und der Marshallplan

Wie die Imperialisten anderer Länder begrüßte auch die österreichische Bourgeoisie begeistert den Marshallplan. Gleichzeitig wurde mit einer damit verbundenen Eingliederung Österreichs in einen „Westblock“ spekuliert. Die österreichische Sozialdemokratie übernahm dabei die traurige Aufgabe, mit sozial-imperialistischen Argumenten diese Politik der Versklavung Österreichs im Interesse der amerikanischen Kriegspolitik den Arbeitern als „fortschrittlich“ unterzujubeln. In einem Leitartikel der „Arbeiter-Zeitung“ wurde der Marshall-Plan als ein Stück Sozialismus begrüßt und seine Bedeutung für die „Einigung Europas“ gelobt. Dazu muß man wissen, daß der damalige Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Oscar Pollak, bereits 1940 den „Anschluß“ Österreichs an Hitlerdeutschland als „fortschrittlich“ bezeichnet hatte, da jeder Schritt zur „Vereinheitlichung Europas“ fortschrittlich sei. In bezug auf den Marshallplan schrieb das Zentralorgan der SPÖ im Juni 1947: (nach „Weg und Ziel“ 1947/634) „Haben wir nicht längst erkannt, daß das Gelingen jeder politischen und wirtschaftlichen Organisierung der Welt davon abhängt, daß die einzelnen Staaten bereit sind, auf einen Teil ihrer Souveränität zugunsten der höheren Weltorganisation zu verzichten?“ Diese Art von Fortschritt hat die KPÖ damals treffend charakterisiert: „Es ist eine wölfische Philosophie, die Vereinigung von Lebewesen im Magen eines Wolfes als einen geschichtlichen Fortschritt zu bezeichnen ...“ (ebenda, 637).

Wenn es den Plänen der USA entsprach, Deutschland zu ihrem Hauptstützpunkt und Brückenkopf auszubauen, so war Österreich die Rolle als vorgeschobener Posten zugewiesen. Die führenden Politiker der SP-VP-Koalition bekannten sich voll zu dieser Politik. So erklärte z.B. Figl ein paar Jahre später bei einem Amerikabesuch ausdrücklich: „Wer Wien hat, hat Europa und damit die Welt“. Er bot Österreich faktisch als Aufmarschgebiet gegen die Volksdemokratien an und sagte wörtlich: „Durch die Schaffung eines Freiheitshortes in Zentraleuropa wird die Hoffnung genährt, daß das Banner der Freiheit dereinst von Österreich aus seinen Siegeszug in die unfreien Länder antreten wird.“ Und Pittermann sekundierte: „Wer in Österreich glaubt, daß für ihn der Kalte Krieg nicht existiert, daß er sein privates und wirtschaftliches Leben in Frieden leben kann, der ist ein Deserteur.“ (Zitiert nach Brandweiner, Die Anschlußgefahr, Seite 29).

Kein Wunder, daß – im Auftrag der USA – die österreichische Regierung sich immer wieder weigerte, die Staatsvertragsverhandlungen zügig zu führen und zu einem Abschluß zu bringen. Damit hätten sie frühzeitig ihre wichtigste Stütze, die amerikanische Besatzermacht, verloren.

Wirtschaftlich brachte der Marshallplan sowohl die Rettung des österreichischen Kapitals als auch die Auslieferung der österreichischen volkswirtschaftlichen Reichtümer an die amerikanischen Imperialisten. Saniert haben sich die österreichischen Kapitalisten, ihnen wurden riesige Beträge aus der Ausplünderung des Volkes zugeschoben. Selbst die SP-Politiker mußten nüchtern feststellen, daß „die Marshallhilfe in Österreich überwiegend eine Unternehmerhilfe geworden ist“ (Pittermann am 10.6.51 in Innsbruck).

Vor allem brachte die Marshallhilfe eine einseitige Ausrichtung der Volkswirtschaft auf die amerikanischen Kriegspläne. Die US-Imperialisten waren an den österreichischen Rohstoffen – Magnesit, Eisen, Holz und Strom – interessiert, während sie die übrige österreichische Industrie (Halbfertigprodukte und Konsumgüter) in jeder Hinsicht niederzukonkurrieren trachteten. Dies führte zu riesiger Arbeitslosigkeit Anfang der 50er Jahre. Auf der anderen Seite untersagten die amerikanischen Verwalter faktisch den Handel mit den volksdemokratischen Staaten, die damals, da sie noch den Weg des Sozialismus gingen, wirklich Verträge, die vorteilhaft waren, zum Vorteil abzielten anboten – ganz im Gegensatz zu heute. So hätte die Kältenot des Jahres 1951 gemildert werden können, wenn Österreich im Austausch gegen einheimische Industrieprodukte polnische Kohle erworben hätte, doch dies wurde verhindert.

Jeder österreichische Arbeiter bekam die Auswirkungen der amerikanischen Kontrolle und ihrer Kooperation mit den wieder erstarkenden österreichischen Kapitalisten in den damaligen Jahren zu spüren. Auf Betreiben der amerikanischen Kontrolleure wurden verschiedene Gesetze erlassen, die die „Angemessenheit des Wechselkurses“, „die Ausgeglichenheit“ des Staatshaushaltes, den Abbau der Zollschranken u.a.m. sicherstellen sollten. Mit diesen Gesetzen etwa wurde für die Kapitalisten der Schilling saniert und damit die Ersparnisse der werktätigen Massen entwertet. Der berühmteste Fall solcher Eingriffe der amerikanischen Hochkomissare aber waren die Lohn-Preis-Pakte. Nach dem Abschluß des vierten, der zum heroischen Oktoberstreik führte, schrieb die „New York Times“: „Der USA-Hochkomissar hat der österreichischen Regierung aufgetragen, das Lohn-Preis-Verhältnis zu ändern, worauf die Regierung eine Erhöhung der Löhne um durchschnittlich 14 Prozent und eine Erhöhung der Preise um 20 bis 35 % verlautbarte“.

Unterstützung der Sanierung der österreichischen Kapitalisten. In-Dienst-Stellen der österreichischen Wirtschaft für die Rüstungsmaschinerie der USA, Degradierung zum Absatzmarkt amerikanischer Waren und zum Rohstofflieferanten, Verelendung der Massen, Erhöhung der Ausbeutung – das ist das wirkliche Gesicht des Marshallplans.

Dementsprechend wurde am 14. Parteitag vom Vorsitzenden der KPÖ, Genossen Koplenig, 1948 festgestellt: „Marshallisierung, das bedeutet nicht nur Preisgabe der nationalen Souveränität, Würdelosigkeit der offiziellen Stellen gegenüber den amerikanischen Herren, Bettlermentalität der Regierungen gegenüber den amerikanischen Kommissionen, vollständige politische und wirtschaftliche Kontrolle durch die amerikanischen Imperialisten – Marshallisierung bedeutet auch Senkung des Lebensstandards breiter Massen, Senkung des Reallohns der Arbeiterschaft, Verelendung der werktätigen Schichten.“

Der Kampf gegen den Marshallplan – Beitrag für die Erhaltung des Weltfriedens, Klassenkampf gegen die Bourgeoisie!

Im internationalen Maßstab verband sich der Kampf gegen die „Marshallisierung“ Europas aufs engste mit dem Kampf gegen die Kriegstreiberei der Imperialisten und trug so viel zur Vorbereitung der großen Friedensbewegung Anfang der 50er Jahre bei, die neben der chinesischen und koreanischen Revolution einen großen Beitrag zur Schwächung des Imperialismus und zum Erhalt des Weltfriedens leistete. Auch in Österreich breitete sich die

Datjing -das ist die Diktatur des Proletariats

Nach der Landeskonferenz zum Lernen von Datjing entfaltet sich gegenwärtig in ganz China eine große Massenbewegung zum Lernen vom vorbildlichen Ölfeld mit dem Ziel, China noch in diesem Jahrhundert zu einem großen, starken und modernen sozialistischen Staat aufzubauen. Datjing ist ein Vorbild „für das Studium der Maotsetungideen, für die Anwendung der großen Theorie der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats auf die Industriefront, für das Kommandieren der Industrialisierung durch die Revolutionierung und für das Einschlagen von Chinas eigenem Weg zur Entwicklung der Industrie." (Hua Guo-feng, Peking-Rundschau 21/77).

Gerade weil die Datjinger immer den Klassenkampf als das Hauptkettenglied fest angepackt haben, standen sie auch an vorderster Front gegen die Sabotagemanöver der „Viererbande", die die ökonomische Basis der Diktatur des Proletariats untergraben wollte, indem sie Revolution und Produktion gegenüberstellte. Gerade weil die Datjinger seit Beginn der „Massenschlacht" zur Erschließung des Erdölfeldes die Diktatur des Proletariats bis in die Grundeinheiten durchsetzten und die Produktionsverhältnisse ständig revolutionierten, konnten sie ihren großen Beitrag zum Aufbau des Sozialismus leisten. Die Diktatur des Proletariats in Datjing ist so gefestigt und wirksam, daß auch durch den scharfen Angriff der Viererbande die Führungsorgane niemals in Wanken gebracht, die Arbeiterreihen niemals gespalten und der Produktionsablauf niemals durcheinandergebracht werden konnten.

Eine wichtige Frage in der Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, dafür, ob die Arbeiter tatsächlich die Herren der Betriebe sind, sind die Beziehungen zwischen Kadern und Massen. Der folgende Auszug aus einem Bericht in der „Peking-Rundschau" 21/77 gibt Aufschluß über einige Maßnahmen, die die Datjinger getroffen haben, um die Kader eng mit den Massen zusammenzuschmieden. Red.

"Diener der Gesellschaft"

Wie man die Verwandlung von Kadern aus „Dienern der Gesellschaft" in über dem Volk stehende „Herren der Gesellschaft" verhindert, ist eine wichtige Frage, die Marx und Engels bereits aufwarfen, als sie die Erfahrungen der Pariser Kommune, dieser im Jahre 1871 gegründeten ersten proletarischen Macht der Welt, zusammenfaßten. Auch Vorsitzender Mao hat immer wieder unterstrichen, daß die Kader von Partei und Staat gewöhnliche Werktätige sind und keine Herren, die dem Volk auf dem Nacken sitzen, und daß das Hauptangriffsziel in der historischen Periode des Sozialismus die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg sind.

Durch erfolgreiche Kämpfe gegen die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg wie Liu Schao-tschi, Lin Biao und die Leute der „Viererbande" sind Datjings Führungsgremien auf allen Ebenen weiter revolutioniert worden, haben sie sich noch enger mit den Arbeitern verbunden.

Zu diesem Ergebnis kam der Korrespondent bei einem Besuch bei einer der wichtigsten Einheiten des Ölfeldes, dem Kommandostab für Brunnenbohrung. Dieser Kommandostab leitet eine Vielzahl von Bohrmannschaften und mit der Brunnenbohrung in Zusammenhang stehende Einheiten mit einer Belegschaft von 8320 Personen. Unter seiner Leitung stehen außerdem 3620 Familienangehörige, die sich mit landwirtschaftlicher Produktion, Nebengewerben und verschiedenen Dienstleistungen befassen.

Die Führungsgruppe des Kommandostabs (das Partei- und das Revolutionskomitee) ist aus 23 Mitgliedern zusammengesetzt. Davon sind 19 Arbeiter, die, nachdem sie zuerst zu Leitern von Grundeinheiten wie den Bohrmannschaften ernannt worden waren, auf ihre jetzigen Posten avanciert sind. Ein anderes Führungsmitglied, die Frau eines Bohrarbeiters, ist für die landwirtschaftliche Produktion der Familienangehörigen zuständig. Die übrigen drei sind Intellektuelle und zwar Hochschulabsolventen. Der Sekretär des Parteikomitees ist der 39jährige Tang Hsi-er, ein früherer Bohrarbeiter; die Sekretärin des Komitees des Kommunistischen Jugendverbandes ist Wu Schu-dschen, 28 Jahre alt, zuvor Leiterin einer 1974 gegründeten, aus jungen Frauen bestehenden Bohrmannschaft.

Wenn diese leitenden Kader auch aus den Reihen der Arbeiter stammen oder aus Grundeinheiten kommen, sehen sie sich nach Übernahme leitender Ämter doch weiterhin dem Problem der Beibehaltung der guten Eigenschaften von Werktätigen gegenüber. Was die Intellektuellen anbelangt, so wird selbstverständlich von ihnen erwartet, daß sie sich mit den Arbeitern zusammentun.

Datjing hat dieser Frage seit jeher große Aufmerksamkeit geschenkt. Schon in Datjings ersten Tagen wurde eine „Drei-Punkte-Vereinbarung" für leitende Kader festgelegt. Erstens, die Kader müssen den Stil harter Arbeit und einfachen Lebens beibehalten und dürfen keine Privilegien beanspruchen; zweitens, sie müssen an produktiver Arbeit teilnehmen und dürfen sich nicht wie Beamte und Herrschaften aufführen; und drittens, sie müssen die „drei Regeln für Ehrlichkeit und die vier Vorschriften für Strenge" befolgen. (Das heißt, ehrlich in Gedanken, Worten und



Sung Dschen-ming (rechts), Sekretär des Parteikomitees und Vorsitzender des Revolutionskomitees von Datjing, bei der Schichtarbeit.

Taten sein und strenge Maßstäbe setzen für Arbeit, Organisation, Haltung und Disziplin. Unter der Abkürzung „San Lao Si Yän" oder die „Drei Ehrlich und vier Streng" sind diese Anforderungen für jede Person und jeden Haushalt in Datjing zu einer Maxime geworden). In jüngsten Jahren wurden die leitenden Kader aufgefordert, „offen und ehrlich in vierfacher Ansicht" zu sein. Erstens, ihre Ansichten offen darzulegen und nicht zu verheimlichen; zweitens, offen in Kritik und Selbstkritik über die eigenen Mängel und Unzulänglichkeiten zu sprechen; drittens, über die eigene Arbeit vor der gesamten Führungsgruppe Bericht zu erstatten und nichts hinter dem Rücken anderer zu tun; und viertens, einen untadeligen Lebenswandel zu führen und nichts zu tun, was dem Gemeininteresse abträglich ist. Diese vier Anforderungen tragen dazu bei, die leitenden Mitglieder unter die Aufsicht des Kollektivs und der Massen zu stellen und begünstigen die Durchsetzung der vom Vorsitzenden Mao aufgestellten drei grundlegenden Prinzipien: „Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren; sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen."

Um sicherzustellen, daß den obigen Anforderungen auch entsprochen wird, hat Datjing darüber hinaus eine Vielzahl von konkreten Maßnahmen ergriffen, die auf jahrelangen praktischen Erfahrungen basieren. Im folgenden einige Beispiele, die uns Genossen des Kommandostabs für Brunnenbohrung gaben.

Bei diesen Maßnahmen liegt die Betonung auf der Teilnahme der Kader an produktiver Arbeit. Alle leitenden Kader und Büroangestellten müssen jeden Freitag an produktiver Arbeit teilnehmen. Ein Tag im Monat ist zum „Tag des Lernens von den Arbeitern" bestimmt; an diesem Tag gehen die leitenden Kader in die Grundeinheiten, arbeiten mit den Arbeitern zusammen in einer Schicht, beteiligten sich an deren politischer Schulung, bleiben bei ihnen über Nacht und nehmen mit ihnen zusammen drei Mahlzeiten ein. Alle Kader müssen jedes Jahr einen Monat lang in den Grundeinheiten als einfache Arbeiter arbeiten.

Über die Teilnahme an der industriellen Produktion hinaus müssen sie sich auch von der Aussaat bis zur Ernte an der landwirtschaftlichen Produktion beteiligen. Freitags und in freien Stunden bebauen z.B. leitende Mitglieder des Kommandostabs in der Nähe ihres Büros ein Fünftel Hektar großes „Experimentierfeld" und experimentieren mit hohen Erträgen. Außerdem wird Wert darauf gelegt, daß die Kader bei der Arbeit eine oder mehrere technische Fertigkeiten von den Arbeitern erlernen.

Die Maßnahmen betonen darüber hinaus die Notwendigkeit, daß die leitenden Kader in die Grundeinheiten gehen.

All diese Maßnahmen legen Wert auf die Überwachung der Leitung durch die Massen. Neben den regulären Kanälen (wie die Sitzungen der Partei, des Jugendverbandes, der Schicht oder der Gruppe), durch die die Massen den Führungsorganen Vorschläge machen und Kritik an ihnen üben können, werden mindestens einmal im Jahr „Arbeiter-Kontrollgruppen" organisiert. Im letzten Jahr zum Beispiel lud der Kommandostab für die Brunnenbohrung 100 Vertreter aus seinen Grundeinheiten zur Überprüfung seiner Arbeit ein. Bei ihrer Ankunft wurden sie vom Personal des Kommandostabes mit Trommel- und Gongklängen begrüßt. Die führenden Genossen gaben einen Bericht über ihre Arbeit, beantworteten Fragen und holten kritische Meinungen und Vorschläge ein. Dann inspizierten die Vertreter die verschiedenen Abteilungen des Kommandostabes und äußerten, wann immer sie es nötig fanden, ihre Meinung.

Es ist offensichtlich, daß die Kader von Datjing ein einfaches und sparsames Leben führen. Sie essen mit den Arbeitern in derselben Kantine, wohnen in denselben einstöckigen Backsteinhäusern, genießen dieselbe medizinische Betreuung auf Staatskosten und tragen dieselben Arbeitskittel. Äußerlich ist es kaum möglich, führende Kader, die Zehntausende von Menschen leiten, von einfachen Arbeitern zu unterscheiden.

China befindet sich heute noch in der historischen Etappe des Sozialismus, in der das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen" gilt und es ein achtstufiges Lohnsystem gibt. Vorsitzender Mao hat darauf hingewiesen, daß solche Dinge unter der Diktatur des Proletariats nur eingeschränkt werden können. Die „Viererbande" aber versuchte, durch Verdrehungen der revolutionären Theorie mit Lügen und hochtrabenden Phrasen den Eindruck zu erwecken, als ob das „bürgerliche Recht" sofort liquidiert werden könnte. Ihr Ziel war, Chaos zu stiften. Im Gegensatz dazu wirken die Datjinger Kader bewußt auf die Einschränkung des bürgerlichen Rechts hin und unternehmen praktische Schritte, um mit den Arbeitern eins zu werden.

Friedensbewegung rasch aus und ergriff beträchtliche Teile der Volksmassen. In vielen Betrieben wuchs der Protest über die Ausrichtung der Produktion auf die Rüstungsbedürfnisse der USA, in vielen Industriegebieten Österreichs entstanden Friedensinitiativen, selbst in der amerikanischen Besatzungszone, bei der VOEST, der die Besatzer besonderes Augenmerk schenkten, entwickelte sich der Widerstand. Im Jahre 1949 scheiterte die Regierung mit ersten Militarisierungsplänen.

Die damalige Friedensbewegung war in ihrer großen Mehrheit eine echte antiimperialistische demokratische Massenbewegung, die den Widerstand von Teilen des österreichischen Volkes gegen die Eingliederung Österreichs in die amerikanischen Pläne zum Ausdruck brachte. Daran kann man den Betrug ermessen, den die KPÖ-Revisionisten heute begehen, wenn sie an diesen Traditionen anknüpfen wollen, um ihre Entspannungslügen und ihre Unterstützung für eine andere Supermacht zu propagieren.

Der Marshallplan rief gewaltige Bewegungen der Massen gegen die durch ihn forcierte Wiederherstellung des Kapitalismus in Österreich hervor, gegen das Diktat des Lohnabbaues, der Steuerausplünderung, gegen den Aufbau der kapitalistischen Großindustrie auf Kosten des Blutes und der Knochen der österreichischen Arbeiterklasse.

Hier ist vor allem der berühmte Oktoberstreik des Jahres 1950 zu nennen, in dem große Teile der österreichischen Arbeiterklasse sich gegen das ganze System der Lohn-Preis-Diktate wandten, gegen die österreichischen Kapitalisten und das ganze System des Marshallplanes.

Dieser Kampf gegen den Marshallplan mußte in Österreich besondere Züge annehmen, da Österreich die politische Selbständigkeit erst erkämpfen mußte und dazu der Staatsvertrag abgeschlossen werden mußte. Die Haltung der KPÖ dazu erläuterte Genosse Koplenig:

„In unserem Kampf für den raschen Abschluß des Staatsvertrages und den Abzug der Besatzergruppen geben wir uns nicht der Illusion hin, daß der Staatsvertrag schon die völlige Sicherung und Unabhängigkeit bedeutet, aber das Ende der Besetzung würde es der Regierung unmöglich machen, ihre Politik mit den angeblichen und tatsächlichen Schwierigkeiten der Besatzung zu verschleiern. Die Lakaien der Marshall-Politik würden ihre wichtigste Stütze – die amerikanische Besatzung – verlieren. So wäre der Staatsvertrag ein entscheidender Schritt zur Entfaltung des Kampfes gegen das dem österreichischen Volk aufgezwungene Marshall-Diktat."

W.W./Red.

Vor 50 Jahren: Aufstand der Wiener Arbeiter gegen den Unterdrückerstaat

Die Erstürmung und die Inbrandsetzung des Justizpalastes am 15. Juli 1927 war der erste große selbständige, revolutionäre Kampf der österreichischen Arbeiterklasse seit 1918/19. Damals war der Sieg der Arbeiterklasse über die Ausbeuterklasse in greifbarer Nähe gewesen, die Führung der Sozialdemokratischen Partei hatte jedoch alles daran gesetzt, um die Revolution zu verhindern.

Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) an den Staat ausgeliefert worden. Die Arbeiterschaft war nicht gewillt gewesen, ihre Entwaffnung hinzunehmen und Arbeiter und Schutzbund hatten sich auf den Kampf vorbereitet. Doch für diesmal gelang es der SDAP-Führung, die Arbeiter vom Kampf abzuhalten, indem sie vor der Tür stehende Wahlen als reale Möglichkeit hinstellte, endgültig die Macht zu erringen.



In der Früh des 15. Juli 1927 sammelt sich der Zug der E-Werkarbeiter zum Abmarsch auf die Ringstraße.


Die Massen blockieren die Zufahrt zum brennenden Gebäude, um das Löschen des Brandes durch die Feuerwehr zu verhindern.

Die Herrschenden nutzten diese Situation aus, die krisengeschüttelte kapitalistische Wirtschaft auf dem Rücken der Arbeiterklasse und des Volkes zu sanieren. Preisanstiege von bis zu 48 % in einem Jahr, Rationalisierungen in der Industrie, die Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit von zeitweise 18 % der arbeitsfähigen Bevölkerung zur Folge hatten, Verschlechterungen der sozialen Fürsorge bedeuteten auf der einen Seite wachsendes Elend für die Arbeiterklasse und auf der anderen Seite Hochkonjunktur bis 1929 für die Kapitalistenklasse..

Die Kapitalisten finanzierten faschistische Terrorbanden, um auch auf diese Weise den Kampf der Arbeiterklasse zu schwächen. Arbeiterfunktionäre wurden von Faschisten ermordet, die bürgerliche Klassenjustiz sprach die Mörder frei. Auch der unmittelbare Anlaß für die Erstürmung des Justizpalastes war ein solches Klassenurteil – der Freispruch jener Faschisten, die in Schattendorf einen Arbeiter und ein Kind ermordet hatten.

Die Bedingungen für den spontanen Aufstand der Wiener Arbeiterschaft am 15. Juli 1927 waren nicht günstig. Im März war das bedeutendste Waffenlager der Wiener Arbeiterschaft, die Arsenalwaffen, von der

gen.

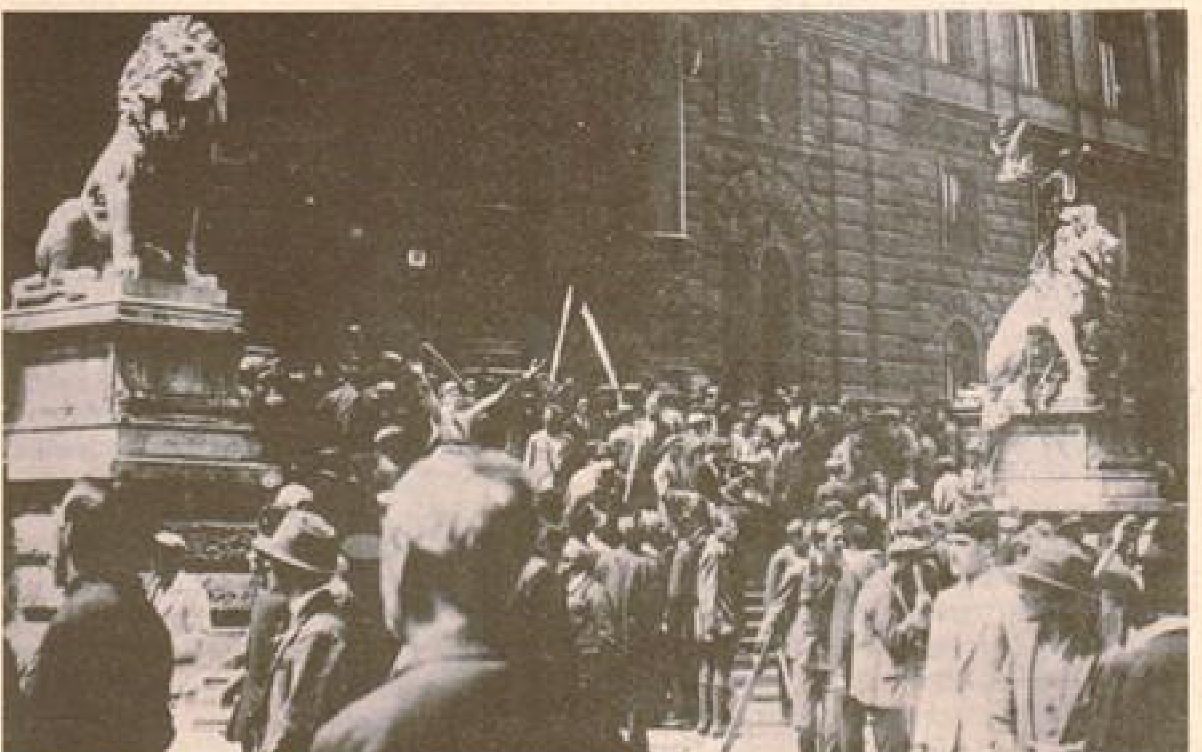
In dieser Situation forderte die Kommunistische Partei die Entwaffnung aller faschistischen Organisationen und die Bewaffnung aller Arbeiter, doch war ihr Einfluß in der Arbeiterklasse, auf Grund heftiger Fraktionskämpfe in den Reihen der KPÖ, nur gering.

Die Wahlen im April brachten einen bedeutenden Stimmengewinn der SDAP. Die Parteileitung versuchte verstärkt, Illusionen über den Parlamentarismus zu verbreiten.

Als das Geschworenengericht am 14. Juli die Arbeitermörder freisprach, war die Arbeiterschaft nicht länger gewillt, die Angriffe der Reaktion hinzunehmen. Der spontane Ausbruch der Empörung konnte durch die sozialdemokratische Parteileitung nicht mehr aufgehalten werden.

Unmittelbar nach dem Urteilsspruch beschloß die Nachtschicht der Wiener E-Werksarbeiter Kampfmaßnahmen. Sie schickte eine Delegation zur SDAP-Parteileitung. Als die SP-Funktionäre vom Nahen der Delegation hörten, flüchteten sie im Aufzug auf die Straße, während die Arbeiter die Stiegen hinaufgingen. Die Parteileitung wollte keinerlei Aktionen gegen das Urteil zulassen. Sie mobilisierte den Schutzbund nicht und verhinderte alle Kontakte zu anderen Bundesländern.

Doch die E-Werk-Arbeiter ließen sich nicht vom Kampf abhalten. Von 8 - 9 Uhr wurde der Strom abgeschaltet. Das war das Zeichen für die Wiener Arbeiter, in den Streik zu treten. Die E-Werk-Arbeiter und andere mobilisierten alle erreichbaren Betriebe. Bald waren tausende Arbeiter vorm Parlament und vorm Justizpalast versammelt. Während die Demonstration einen immer mehr kämpferischen Charakter annahm, ging die berittene Polizei brutal gegen die Massen vor. So beschafften sich die Arbeiter Waffen von umliegenden Baustellen, schlugen die Polizeikräfte zurück und stürmten schließlich den Justizpalast – das Symbol der Klassenjustiz. Gerichtsakten wurden aus den Fenstern geworfen,


Die Demonstration hat bereits das Portal des Justizpalastes besetzt.


Blindwütig verfolgen die Polizeieinheiten Teile der Demonstration.

draußen angezündet und wieder hineingeworfen. Der Justizpalast brannte.

Aus der Masse der an der Demonstration teilnehmenden Schutzbündler stellte deren Kommandant Julius Deutsch eine Abteilung zusammen – um den Justizpalast zu schützen. Beim 15. Anlauf durchbrachen sie die Barrikaden, die die Arbeiter errichtet hatten, um der Feuerwehr die Löscharbeiten zu verunmöglichen. Deutsch und auch der SP-Bürgermeister Seitz hatten die Arbeiter nicht zur freiwilligen Aufgabe überreden können. Der gegen die Demonstration gerichtete Einsatz des Schutzbundes desorientierte und schwächte die Demonstration. Das nutzte die Reaktion sofort aus. Die Polizei begann in die Menge zu schießen. 85 Menschen wurden getötet, hunderte verletzt.

Die Kommunistische Partei forderte die sofortige Bewaffnung der Arbeiter und rief zum unbefristeten Generalstreik auf.

Die SDAP-Führung rief nur zu einem 24-stündigen Streik auf. Während sich die KPÖ voll hinter die Ziele der Demonstration stellte, beschimpfte die SDAP-Leitung die aktivsten Teile der Demonstration als „Plattenbrüder" und verurteilte die Brandlegung.

Die Ereignisse des 15. Juli 1927 waren die erste schwere Niederlage der österreichischen Arbeiterklasse in der ersten Republik nach dem Jahr 1918/19. Die Reaktion wurde dadurch gestärkt. Durch die Politik der SDAP-Spitze, jeden Kampf abzuwürgen, wurde die Reaktion ermutigt, einen Angriff nach dem anderen gegen die Arbeiterklasse zu führen.

Gleichzeitig löste der Juli 27 jedoch die Herausbildung einer Opposition innerhalb der SDAP aus. Bis 1934 gab es beträchtliche oppositionellen Gruppen unter den jugendlichen Betriebsarbeitern und Schutzbündlern. Sie alle verurteilten die Kapitulationspolitik der SDAP-Führung. Diese Kräfte waren es auch, mit denen zusammen sich die Kommunisten im Februar 1934 an der Spitze der österreichischen Arbeiterklasse dem Faschismus entgegenstellten.

Wenn heute die SPÖ des Juli 1927 gedenkt, so tut sie das gezwungenermaßen, denn die österreichische Arbeiterschaft hält den Kampf des 15. Juli 1927 in hohem Ansehen. Das weiß auch die KPÖ-Führung, die – längst schon selbst zum Verräter an der sozialen Revolution des Proletariats geworden – heute bemüht ist als die Fortsetzerin der Julikämpfe aufzutreten und so die Arbeiter zu täuschen.

Die Arbeiter werden jedoch die Lehren aus dem Kampf der österreichischen Arbeiterklasse ziehen und kein zweites Mal auf eine falsche Partei vertrauen. Dabei müssen ihnen wir Kommunisten, die wir als einzige die Tradition des 15. Juli 1927 hochhalten, den Weg weisen.

Gr.Sch.